Ex-BVerfG-Präsident
Papier kritisert Asylrecht, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 45 – 10. November 2017 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Aufstand gegen Seehofer: Delegierte der JU Bayern auf ihrer Landesversammlung am 5. November in Erlangen Bild: pa

In der CDU knirscht es

Merkel und ihre Kritiker verfolgen gänzlich gegensätzliche Partei-Strategien

Noch erscheint die CDU wie der ruhende Pol von „Jamaika“. Im Hintergrund aber braut sich ein heftiger Richtungsstreit zusammen.

Führende Repräsentanten der „Jamaika“-Runde richten ihr Bemühen zunehmend darauf, das Profil ihrer Parteien zu schärfen. Dazu gehört es auch, die Grenzen des Erträglichen abzustecken, wie es FDP-Chef Christian Lindner vergangenen Sonntag tat: Lieber lasse er die geplante Koalition mit Union und Grünen scheitern, als sich dem Verdacht auszusetzen, ein „Umfaller“ zu sein. Streit gibt es vor allem mit den Grünen in der Energie- und „Klima“-Politik. Hier erscheinen die Positionen derzeit unvereinbar.

Erhebliches Aufsehen erregte die Attacke der Jungen Union (JU) Bayern gegen CSU-Chef Horst Seehofer. Dass die eigene Jugendorganisation den Parteichef in erstaunlicher Geschlossenheit dazu auffordert, seinen Stuhl zu räumen, ist zumindest in der Union ein Novum.

Die Kanzlerpartei CDU wirkt neben diesen wachsenden Rissen äußerlich wie der ruhende Pol der „Jamaika“-Verhandler, die bislang noch von „Sondierungen“ sprechen, obwohl längst hart um einzelne inhaltliche Positionen gerungen wird. Die Ruhe wird jedoch zunehmend gestört, nicht nur aus Sachsen. Aus dem dortigen CDU-Landesverband erhält Parteichefin Merkel bereits offenen Gegenwind.

Der Aufstand der CSU-Jugend ist ein Novum

Hinter dem wachsenden Unbehagen steckt Insidern zufolge mehr als der Schock über das Wahlergebnis oder der Verdruss über Merkel selbst. Stattdessen schälten sich, wie es heißt, in der CDU zwei grundverschiedene Meinungen über die Zukunft der Partei heraus, die in eine unvermeidliche Konfrontation geraten müssten.

Der Merkel-kritische Flügel will demnach die konservativen Wähler zurückgewinnen. Für diese Position steht beispielhaft Sachsens zukünftiger Ministerpräsident Michael Kretschmer.

Merkel und ihre Anhänger verfolgen laut Beobachtern eine ganz andere Strategie: Sie wollen demnach die Linksverschiebung der Partei weiter vorantreiben, um die SPD in die Enge zu drängen. Dass dabei Wähler an die AfD verlorengingen, sei aus ihrer Sicht zweitrangig. Auch, dass die Union auf diesem Weg bei Bundestagswahlen kaum mehr als 35 Prozent erlangen könne, falle ab gegenüber der Chance, durch die Marginalisierung der Sozialdemokraten zur dauerhaften Kanzlerpartei aufzusteigen. Aus diesem Winkel heraus betrachtet erscheint die Äußerung Merkels nach der Wahl, man habe „alle strategischen Ziele erreicht“, nicht wie Trotz, sondern folgerichtig.

Welcher der Flügel sich durchsetzt, ist offen. Doch sobald der Streit zwischen Mitte-Rechts und Mitte-Links in der CDU entschieden ist, drohen erst die wirklichen Umbrüche. Siegt Merkel, könnte der unterlegene Parteiflügel ganz von der Fahne gehen. Damit hätte die CDU-Chefin nach dem AfD-Erfolg eine zusätzliche dramatische Neuordnung des Parteiensystems eingeleitet. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Glückliche Panne

So, wie es parlamentarischem Brauch entspricht – außer, es handelt sich um den Kandidaten der AfD –, haben die Bundestagsabgeordneten Claudia Roth erneut zur Vizepräsidentin des Parlaments gewählt. Damit ist die schrille Grüne weiterhin Vertreterin des Inhabers des protokollarisch zweithöchsten Staatsamtes Deutschlands. Ausgerechnet des Landes, das sie zutiefst verabscheut. Es sei daran erinnert, dass sie Anfang der 90er Jahre als EU-Abgeordnete ein Plakat mit der Aufschrift „Nie wieder Deutschland“ durch die Straßen trug. Und vor zwei Jahren marschierte sie in einer Demonstration mit, deren Teilnehmer Parolen wie „Deutschland verrecke“ oder „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ skandierten. Selbstredend hat sich die Bundestagsvizepräsidentin nie davon distanziert.

Es hätte aber noch schlimmer kommen können. Man stelle sich vor, der Bundespräsident könnte sein Amt nicht ausüben und der protokollarisch Rangnächste, der in seiner Mobilität erheblich eingeschränkte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, wäre daran gehindert, ihn beispielsweise bei einem Staatsbesuch zu vertreten. Dann wäre es womöglich wiederum dessen Vertreterin Roth, welcher die Aufgabe zufiele, die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu repräsentieren. Diese Blamage bleibt unserem Land glücklicherweise erspart. Denn als die fünf Bundesorgane 1949 darüber berieten, wer den Bundespräsidenten vertreten solle, gab es eine Kommunikationspanne. Deshalb wurde nicht der protokollarisch an zweiter Stelle stehende Bundestagspräsident, sondern der Bundesratspräsident als sogenannter Befugnisinhaber zum zweiten Mann im Staate. So kann eine peinliche Panne noch Jahrzehnte später Gutes bewirken.

Der »Lage angepasst«

Niedersachsen führt lokale Obergrenze für Asylsucher ein

Noch bevor die „Jamaika“-Koalitionäre anfingen, sich den Kopf über eine sogenannte Obergrenze für die Aufnahme von Immigranten im Bund zu zerbrechen, hat ausgerechnet ein SPD-geführtes Bundesland, nämlich Niedersachsen, erstmals den weiteren Zuzug von Immigranten auf lokaler Ebene untersagt. Nur noch in absoluten Ausnahmefällen dürfen jetzt etwa enge Familienangehörige von Asylsuchern nach Salzgitter ziehen, das ja auch wie ganz Deutschland auf den großen Familiennachzug aus dem Orient wartet. Der Erlass weist die Ausländerbehörden in allen Kommunen in Niedersachsen an, in die Aufenthaltserlaubnis anerkannter Flüchtlinge einen verbindlichen Zusatz aufzunehmen, der den Zuzug nach Salzgitter verbietet. Das Innenministerium geht davon aus, dass dieser Erlass mit Bundesrecht vereinbar ist.

Kein Zuzug nach Salzgitter

Damit haben Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) für einen Paukenschlag gesorgt. Der Flüchtlingsrat nannte die Entscheidung „rassistisch“, die Grünen distanzierten sich. Doch Weil verordnete der Stadt, in der die AfD bei der Bundestagwahl überdurchschnittlich viel gewonnen hatte, eine Atempause. Als Begründung für die Einführung einer Obergrenze durch die Hintertür diente die Überlastung der kommunalen Integrationsmöglichkeiten. In Salzgitter sind mit 5700 Asylsuchern gerade einmal 1,8 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt in den letzten drei Jahren Zugewanderte. Deutschland als Ganzes hat jedoch auch 1,8 Prozent seiner Bevölkerung in den letzten drei Jahren, das sind etwa 1,5 Millionen Asylsucher, aufgenommen. Das hieße, dass es jetzt nach der Logik der SPD in Niedersachsen eigentlich auch für ganz Deutschland einen Zuzugsstopp geben müsste. Für den Bund jedoch lehnt die SPD dies ebenso wie Grüne, Linkspartei und Kanzlerin Angela Merkel weiterhin ab. Dabei müssen Asylsucher nicht auf Bundes-, sondern auf kommunaler Eben integriert werden. Freien, bezahlbaren Wohnraum gibt es nur in ländlichen Regionen, in welche die Asylsucher jedoch nicht wollen, weil sie selbst fast alle aus städtischen Gegenden kommen. Die Aufnahmekapazitäten in den Städten Deutschlands sind oft erschöpft, vor allem auch das Integrationsangebot.

Der Bund hatte im Rahmen der Asylgesetz-Novellierungen der letzten Jahre ein Gesetz zur sogenannten lageangepassten Wohnsitzauflage geschaffen. Demnach kann der Zuzug unterbunden werden, wenn dies aus Gründen der Integration notwendig erscheint. Dieses Gesetz erkennt bereits eine

Grenzen der Integration erreicht

von den Integrationsmöglichkeiten abhängige Obergrenze indirekt an. Aber das Wort Obergrenze hat man vermieden, um den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und weiterhin von unbegrenzten Aufnahmekapazitäten und von Verfassungsverpflichtungen zur unbegrenzten Aufnahme von Asylsuchern zu sprechen.

Die Zuzugsbeschränkung für Salzgitter wurde nicht damit begründet, dass die deutsche Bevölkerung vor einer Überfremdung geschützt werden soll, sondern damit, eine soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung von Flüchtlingen zu verhindern. In der Stadt gibt es inzwischen Kindergärten und Schulen, in denen der Anteil von syrischen Kindern zwischen 60 und 80 Prozent liegt. Bei 20 syrischen Kindern und nur noch zwei deutschen in der Klasse kann es schon mal vorkommen, dass die Deutschen schneller Arabisch lernen als die Syrer Deutsch. *Bodo Bost*

Unermüdlich für Ostpreußen

Ostpreußische Landesvertretung tagte in Wuppertal – Historiker Sebastian Kubon erhielt Gierschke-Dornburg-Preis

Wie in jedem Jahr Anfang November, kamen am vergangenen Wochenende die Mitglieder der Ostpreußischen Landesvertretung (OLV) in Wuppertal zusammen. Vereinsrechtlich ist das Treffen die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und deren oberstes Beschlussorgan, das für grundsätzliche Entscheidungen und die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes zuständig ist. Politisch gesehen nimmt sie die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr. Da grundlegende Weichenstellungen bereits bei den letzten Versammlungen beschlossen worden waren und auch der Bundesvorstand erst im vergangenen Jahr neu gewählt worden war, standen überwiegend Routineangelegenheiten wie die Entgegennahme der Berichte, die Entlastung des Vorstandes und die Verabschiedung der Haushalts- und Wirtschaftspläne



Ehrung: Stephan Grigat verleiht Bärbel Wiesensee das Silberne Ehrenzeichen der LO

auf der Tagesordnung der zweitägigen Versammlung im Internationale Evangelischen Tagungszentrum „Auf dem Heiligen Berg“.

Nach der Begrüßung durch den LO-Sprecher Stephan Grigat und der Totenehrung sorgte Dawid Banach, evangelischer Pfarrer in Suwalki und Goldap, mit seinem Geistlichen Wort für andächtige Momente. Die Ostpreußen in der Heimat, versicherte Banach, hätten zwar ihr Vaterland verloren, nicht aber ihren ostdeutschen Geist. Ihre Herzen schlügen im ostpreußischen Rhythmus. „Wir



Konzentriert bei der Arbeit: Der LO-Vorstand

Bilder (4): J.H.

machen weiter“, lautete Banachs Versprechen. Am Beispiel eines mitgebrachten preußischen Kavalleriesäbels, der kürzlich auf einem Dachboden in Ostpreußen gefunden worden war, charakterisierte er die Ostpreußen: Der verrostete Säbel sei zwar äußerlich zerstört, habe aber nichts von seiner Schönheit und Pracht verloren. So seien auch die Ostpreußen, bei allem, was geschehen sei, edel geblieben. Anschließend richtete Heinrich Hoch, Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, ein Grußwort an die Delegierten.

Zu den angenehmsten Pflichten eines Vereinsvorsitzenden gehören Ehrungen, die Grigat in diesem Jahr gleich zweimal vornehmen konnte. Zunächst verlieh er dem Historiker Sebastian Kubon für dessen überwiegend auf Grundlage der Bestände des Historischen Staatsarchivs Königsberg, heute Teil des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin, erstellte und als ausgezeichnet bewertete Dissertation „Die Außenpolitik des Deutschen Ordens unter Hochmeister Konrad von Jungingen (1393 – 1407)“ den von der Dr. Herbert und Marga Gierschke-Stiftung ausgelobten Gierschke-Dornburg-Preis. Diese mit 5000 Euro dotierte Auszeichnung wird in der Regel alle drei Jahre verliehen „für wissenschaftliche Leistungen, die dazu beitragen, dass die gewaltigen 1000-jährigen Leistungen und Leiden der Deutschen im Osten Europas in der Geschichtswissenschaft nicht vergessen und aus dem historischen Zusammenwirken der Staaten und Völker in Osteuropa immer wieder Lehren für die Zukunft gezogen werden“.

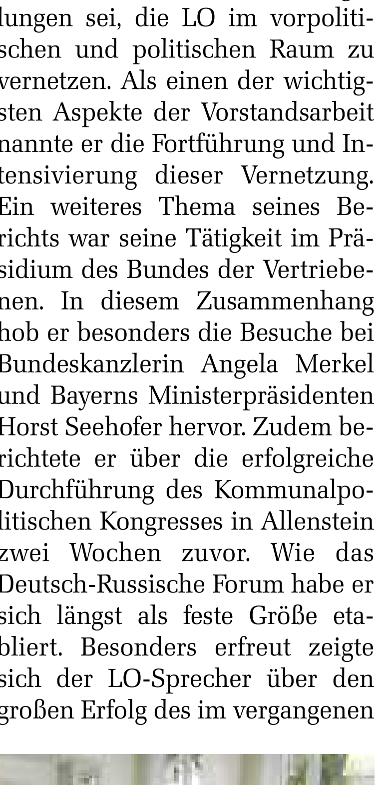
Die zweite Ehrung ging an die Lycker Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee. Sie wurde für ihr engagiertes Wirken für Ostpreußen mit dem Silbernen Ehrenzeichen der LO ausgezeichnet. Den Weg zur Kreisgemeinschaft Lyck fand sie 2007, und nur zwei Jahre später wurde sie in den Kreisausschuss gewählt. Sie übernahm zunächst die Aufgaben der Protokollführerin, bevor ihr das Amt der Archivwartin übertragen wurde. Seit Oktober 2013 steht sie als Kreisvertreterin an der Spitze der Kreisgemeinschaft.



Höchstes Beschlussorgan der LO: Plenum der Landesvertretung

Nach den Ehrungen und einigen vereinsrechtlichen Formalien informierte Grigat in seinem Tätigkeitsbericht die Delegierten über seine zahlreichen Gespräche mit Politikern, Gremien und Vertretern von Institutionen und Verwaltungen hierzulande und in der Heimat. Er stellte fest, dass es gelungen sei, die LO im vorpolitischen und politischen Raum zu vernetzen. Als einen der wichtigsten Aspekte der Vorstandsarbeit nannte er die Fortführung und Intensivierung dieser Vernetzung. Ein weiteres Thema seines Berichts war seine Tätigkeit im Präsidium des Bundes der Vertriebenen. In diesem Zusammenhang hob er besonders die Besuche bei Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer hervor. Zudem berichtete er über die erfolgreiche Durchführung des Kommunalpolitischen Kongresses in Allenstein zwei Wochen zuvor. Wie das Deutsch-Russische Forum habe er sich längst als feste Größe etabliert. Besonders erfreut zeigte sich der LO-Sprecher über den großen Erfolg des im vergangenen Jahr erstmals durchgeführten Jahrestreffens. Diese Veranstaltung in Neuss habe mehr politische Beachtung gefunden als die weitaus größeren Deutschlandtreffen in den Jahren zuvor.

Der Bericht des LO-Sprechers wurde, ebenso wie die Berichte





Auszeichnung für ausgezeichnete Leistung: Stephan Grigat (li.) überreicht Sebastian Kubon den Gierschke-Dornburg-Preis

des Bundesgeschäftsführers, des Chefredakteurs der Preußischen Allgemeinen Zeitung, der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, des Referats Heimatpolitik der LO, des Bundes Junges Ostpreußen sowie der Jahresbericht und die Jahresrechnung des Schatzmeisters nach kurzer Aussprache zustimmend zur Kenntnis genommen. Danach war die einstimmige Entlastung des Vorstandes nur noch eine Formsache. Auch der Haushaltsplan für 2018 wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

Ein Novum in der Geschichte der OLV war die Eröffnung des zweiten Sitzungstages mit einem Gottesdienst. Danach standen mehrere Anträge auf der Tagesordnung, über die teilweise leidenschaftlich, aber sachlich und konstruktiv diskutiert wurde – was die Funktionsfähigkeit der OLV als Kontroll- und Gestaltungsorgan beweist. Den Abschluss der Versammlung bildeten die Vorträge von Hubertus Hilgendorf über den Stand der Arbeiten am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, das am 25. August des kommenden Jahres wiedereröffnet werden soll, und des Direktors des Kulturzentrums Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen, Wolfgang Freyberg.

In seinem Schlusswort erklärte Grigat, die LO sei „auf Dauer“ angelegt. Wie schon in den Jahren zuvor trat er damit der Annahme entgegen, es gäbe in der LO angesichts des langsamen Dahinscheidens der Erlebnisgeneration irgendwelche Abwicklungstendenzen. Vielmehr werde die LO die Kultur und Geschichte Ostpreußens bewahren und weitertragen. Dabei richte sie sich ausdrücklich auch an die Menschen außerhalb der Schicksalsgemeinschaft der vertriebenen Ostpreußen und deren Nachkommen. *J.H.*

MELDUNG

32 Millionen Beschäftigte

Berlin – Das sind Zahlen, die die Bundesagentur für Arbeit gern nennt: Im September gab es knapp 2,5 Millionen Arbeitslose – ein Rekordtief. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich von 26,8 auf knapp 32 Millionen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten sank von 5,2 auf rund 4,9 Millionen. Was die Behörde ebenso wie die Regierung hingegen gern verschweigt oder herunterspielt: Rund 3,2 Millionen Deutsche üben mehrere Berufstätigkeiten aus, zumeist, weil sie mit einem Gehalt allein nicht auskommen. 2,7 Millionen Menschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach und haben zusätzlich mindestens eine geringfügige Beschäftigung. Mehr als 310 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte üben mindestens eine weitere solche Tätigkeit aus. Eine dritte Variante ist die Ausübung einer ausschließlichen geringfügigen Beschäftigung und mindestens einer weiteren geringfügigen Beschäftigung. In dieser Situation befanden sich 260 000 Menschen. *J.H.*

»Überall Gauner hier«

Seit seinem Beitritt zur Europäischen Union versinkt Malta in Korruption und organisiertem Verbrechen

Morde durch Autobomben kannte man bisher eher aus dem Libanon oder aus Russland. Kürzlich hat eine Autobombe in dem kleinsten EU-Mitglied Malta, die bekannteste Journalistin des Landes in den Tod gerissen. Der Mord an der investigativen Journalistin und Bloggerin Daphne Caruana Galizia macht deutlich, dass das sozialdemokratisch regierte Malta eines der korruptesten Mitglieder der EU ist. Die Mittelmeerinsel gilt als Paradies für Steuerhinterzieher, Finanzjongleure und Geldwäscher - und zieht dadurch auch das organisierte Verbrechen an.

Die ehemaligen Kreuzfahrerinsel auf halbem Weg zwischen Europa und Afrika, die noch bis 1964 eine britische Kolonie war, beherbergt heute laut italienischen Antimafia-Ermittlern neben Offshore-Firmen auch Drogenbarone der 'Ndrangheta, der Vereinigung der kalabrischen Mafia. Außerdem dient Malta, das im letzten Halbjahr noch die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, auch als Drehscheibe für Menschenschmuggler. Galizia bekämpfte die Korruption in Malta auf ihrem Blog, und ist dabei mit vielen auf die Füße getreten, Regierung und Opposition, Legislative und Exekutive, Geschäftsleuten, Beamten und sogar Richtern.

Einer der drei Söhne der Ermordeten, ebenfalls Journalist, machte den maltesischen Regierungschef Joseph Muscat und dessen Ehefrau Michelle, die laut „Panama Papers“ bei einer Bank in Panama ein Konto besaß, auf das Schmiergelder in Millionenhöhe aus Aserbaidschan geflossen waren, via Facebook namentlich für den Anschlag mitverantwortlich. Der Premier wie der Oppositionsführer hatten Verleumdungsklagen gegen die jetzt Ermordete angestrengt. Galizia hatte dem Team des International Consortium of Investigative Journalists angehört, das im April 2016 die „Panama Papers“ veröffentlichte. In dem Dossier spielte nicht nur Panama, sondern auch Malta mit seinen 70 000 Offshore-Firmen als Steuerparadies eine wichtige Rolle. Derselbe Labour-Premier, der kurz nach dem Attentat vor laufenden Fernsehkamaras das Attentat als „barbarischen Akt“ verurteilte, habe jahrelang die ermordete Journalistin zu dämonisieren und einzuschüchtern versucht. Das behauptet zumindest deren Sohn. Er warf der Regierung Muscat vor, sie erzeuge eine Kultur der Straflosigkeit wie in einem Mafia-Staat, die eine solch grausame Tat überhaupt erst ermöglicht habe.



Foto: Imago

Einfallstor für Kriminelle: Maltas Hauptstadt Valetta

Daphne Galizia hatte nicht nur die Gattin des Premierministers, Michelle Muscat, belastet. Auch gegen den Energieminister sowie gegen Muscats Kabinettschef waren die Beweise der Korruption erdrückend, die Daphne Galizia herausfand. Unter dem Eindruck des Skandals musste Premier Muscat zurücktreten, aber da auch die Oppositionsparteien nicht weniger im Korruptionssumpf versunken waren, konnte Muscat die Neuwahlen trotz der Affäre gewinnen und ins Amt zurückkehren.

Fünf Menschen sind in Malta, das nur 430 000 Einwohner zählt und wo im ersten Halbjahr 2017 viele hochrangige EU-Treffen stattgefunden haben, in den vergangenen zwölf Monaten durch Bomben getötet worden, die meisten waren Journalisten. Die schreibende Zunft ist zur einzigen Opposition in diesem von Korruption versumpften Land geworden, das vor seinem Beitritt zur EU 2004 ein ganz normales Land war. Angesichts der vielen Feinde, die sich die 53-jährige Galizia mit ihrer Arbeit gemacht hatte, dürften viele ein Motiv gehabt haben, sie zu beseitigen. Deshalb war es konsequent, dass die Regierung europäische Bombenexperten und das FBI zur Hilfe aufgefordert hat.

Dennoch ist jetzt die Europäische Union am Zuge, gegenzusteuern, immerhin ist die kleine Insel nur dank ihrer EU-Mitgliedschaft zum interessanten Ziel der Verbrechersyndikate geworden. Galizia wusste, welches Risiko sie einging durch ihre Arbeit. Noch zwei Wochen vor ihrem Tod hatte sie Morddrohungen erhalten und diese auch bei den Behörden gemeldet. Dennoch wurden keine Maßnahmen zu ihrem Schutz ergriffen. Die Polizei behauptete gar, von Morddrohungen überhaupt nichts gewusst zu haben, solch ein Korruptionssumpf wütet selbst in der maltesischen Polizei. „Überall sind Gauner. Die Lage ist hoffnungslos“, das waren die letzten Eintragungen auf Galizias Blog, wenige Minuten vor ihrer Ermordung.

Bodo Bost

»Das Asylrecht muss reformiert werden«

Ex-Bundesverfassungsgerichtspräsident Papier fordert zukunftsorientierte Gestaltung der Rechtslage

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat gefordert, dass das Asylrecht „nicht länger zweckentfremdet“ werden könne „gewissermaßen als Türöffner für illegale Einwanderung, und zwar von Personen, die offenkundig kein Recht auf Asyl in Deutschland haben“. Es bestehe „dringender Reformbedarf“.

Der Professor Hans-Jürgen Papier war zuerst Vizepräsident und dann von 2002 bis 2010 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. In einem Vortrag in der Berliner Katholischen Akademie übte er deutliche Kritik an der gegenwärtigen Asylrechtspraxis. Der „Kardinalfehler“ der Politik sei es gewesen, nicht hinreichend zwischen „Asylgewährung im Rechtssinne“ und einer freiwilligen, nicht auf Rechtspflichten beruhenden Aufnahme von Zuwanderern sowie einer Einwanderung aus eigenem volkswirtschaftlichen oder demographischen Interesse zu unterscheiden und „alles über die hoffnungslos überforderten Asylverfahren laufen zu lassen“.

Die Handhabung des Asylrechts müsse sich „strikt auf das konzentrieren, was es leisten kann und was es leisten soll, nämlich aktuell politisch Verfolgten Schutz zu gewähren“. In Deutschland lebten jedoch „sehr viele Ausländer, die den materiellen Status als Flüchtling nicht erlangt haben und ihn auch nie erlangen werden“, erklärte Papier. „Oder aber“, fügte er hinzu, „das muss man auch offen aussprechen, aufgrund unkorrekter, oberflächlicher oder eiliger Anwendung geltenden Rechts in fragwürdiger Weise erlangt haben“.

Papier verwies auf Artikel 16a Grundgesetz. Dessen ersten beiden Absätze lauten: „(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“

Deutschland sei umgeben von sicheren Drittstaaten, sagte Papier, „sodass auf dem Landwege eine Inanspruchnahme des Asylrechts in aller Regel nicht möglich“ sei. Die Dublin-III-Verordnung gewähre zwar in Artikel 17 jedem EU-Mitgliedsstaat ein sogenanntes Selbsteintrittsrecht, wonach er auch freiwillig ein Asylverfahren übernehmen könne, ohne dazu verpflichtet zu sein. Dabei handele es sich um eine Ermessensvorschrift. Deutschland habe davon Gebrauch gemacht. „Aber“, erklärte Papier, „diese Vorschrift ist eine Ausnahmevorschrift, die eine zeitlich und zahlenmäßig unbegrenzte nationale Abweichung von der europäischen Regelnorm nicht enthält“.

„Außerdem“, fügte er hinzu, „müsste man bei der Ausübung des Ermessens zum Selbsteintritt

> »Asylkompromiss der Union wenig aussagekräftig«

die Grenzen wahren, die das nationale zwingende Recht setzt“. So sei insbesondere Paragraph 18 Absatz 2 des Asylgesetzes zu beachten, „wonach bei Einreisen aus sicherem Drittstaat grundsätzlich die Einreise zu verweigern ist“.

Der Rechtsstaat könne Ausländer, die „ersichtlich kein Recht auf Asyl oder internationalen Schutz“ hätten, an der Grenze abweisen. „Er kann aber nicht“, fügte Papier hinzu, „Nicht-EU-Ausländer ohne Weiteres ausweisen, wenn diese einmal, sei es legal, sei es illegal, in sein Hoheitsgebiet gelangt sind“. Dem Ausländer wachse „mit jedem Gebietskontakt ein deutscher Grundrechtsstatus zu, der verschiedene und relativ hohe Hürden gegen Ausweisungen und Abschiebungen errichtet – von den praktischen Schwierigkeiten einmal ganz abgesehen“.

Das geltende Recht sei „zugegebenermaßen auf diesem Politikfeld äußerst kompliziert, unüberschaubar, verworren und auch nicht widerspruchsfrei“.

Angesichts Artikel 16a Absatz 2 Grundgesetz sei aber das „im sogenannten Asylkompromiss von CDU und CSU vom Oktober 2017 enthaltene Bekenntnis zum Recht auf Asyl im Grundgesetz wenig aussagekräftig und wenig hilfreich“.

Der „immer wieder ausgebrochene Streit“ darüber, ob das Asylrecht die Festlegung von Obergrenzen zulasse, sei „im Hinblick auf die Migration auf dem Landwege wegen der offenkundigen Nichtgeltung des Asylgrundrechts im Grunde ein ziemlich unsinniger Streit, dessen Austragung in der politischen Diskussion möglicherweise auf schlichter Rechtsunkenntnis beruht“, so Papier. Das Asylrecht und das Recht von Staaten zur humanitären Aufnahme von Menschen beziehungsweise einwanderungspolitische Entscheidungen seien „vermengt“ worden. „Recht und Wirklichkeit“ seien „vor allem im Jahr 2015“ in einem „kritischen Maße auseinandergedriftet“.

Wie viel Zuwanderung „dieses Land verträgt oder hinzunehmen bereit ist“, sei eine „politische Grundsatzentscheidung“. Sie müsse vom Parlament getroffen werden. Die bisherigen Entscheidungen seien von der „geltenden Asylrechtslage nicht mehr gedeckt“. Sie dürften „jedenfalls auf Dauer nicht von exekutivischen Organen des Bundes im Gewand eines scheinbaren Asylrechtsvollzuges“ erfolgen.

Papier erklärte, es gebe „keinen vorbehaltlosen Anspruch von Ehegatten und Familenangehörigen auf Familiennachzug“. Das habe das Bundesverfassungsgericht bereits 1987 entschieden. „Allerdings“, fügte er hinzu, „haben die zuständigen Behörden und Gerichte bei jeder Einzelfallentscheidung im Hinblick auf Familiennachzug die wertsetzenden Grundsatzentscheidungen des Artikel 6 Grundgesetz zugunsten von Ehe und Familie hinreichend zu berücksichtigen“.

Papier forderte eine Neuordnung des Asyl- und Zuwanderungsrechtes. Für Lösungen gebe es „sicher nicht den Königsweg“. Es sei ein Bündel von Maßnahmen erforderlich. „Aber dazu gehört eben auch die zukunftsorientierte Gestaltung der eigenen Rechtslage“, erklärte er, „und das wurde bislang im Wesentlichen versäumt.“ *Michael Leh*



Referierte in der Berliner Katholischen Akademie über den Asylmissbrauch: Hans-Jürgen Papier Bild: Leh

MELDUNGEN

Biber bedrohen Preußen-Erbe

Potsdam – Im Schlosspark von Sanssouci haben Biber Schäden in Höhe von mehr als 100 000 Euro verursacht. Die lediglch fünf bis sieben Tiere haben durch das Anstauen der Parkgewässer mit Geäst und Schlamm unter anderem den Abfluss an einem Wehr so stark beeinträchtigt, dass immer wieder Wiesen überflutet wurden. Die schwankenden Wasserstände gefährden zudem Gebäude wie die Römischen Bäder, die Meierei am Kuhtor, das Chinesische Haus und Brückenbauten, die auf Holzpfählen gegründet sind. Außerdem wurden sehr alte Bäume angenagt und in der Parkgärtnerei ganze Zierpflanzenkulturen vernichtet. Die Biber sollen jetzt eingefangen und an den Templiner See außerhalb der Parkanlagen umgesiedelt werden. Kosten: 35 000 Euro. *J.H.*

Linksfraktion will Transparenz

Berlin – Der Bundestag hat für die gerade begonnene Legislaturperiode die bisherige Geschäftsordnung des Parlaments übernommen. Diese sieht vor, dass die Plenarsitzungen öffentlich sind, nicht jedoch die Beratungen der Ausschüsse. Von der seit 1969 bestehenden Möglichkeit, Ausschusssitzungen im Einzelfall öffentlich durchzuführen, wird nur selten Gebrauch gemacht. Die Linksfraktion will das „aus Gründen der Nachvollziehbarkeit des gesamten demokratischen Prozesses“ nicht länger hinnehmen. Sie hat einen Antrag eingebracht, demzufolge Ausschusssitzungen grundsätzlich öffentlich sein sollen. Dabei ist die Öffentlichkeit nach Meinung der Fraktion hergestellt, „wenn der Presse und sonstigen Zuhörerinnen und Zuhörern im Rahmen der Raumverhältnisse der Zutritt gestattet wird“. Zudem sollen die Sitzungen im Internet übertragen werden. *J.H.*

Tod per Farbverdünner und Zitronensaft

Deutschlands Ärzte bereiten sich auf weitere schlimme Anschläge vor – Der Fall Yamen A. zeigt, wie machtlos die Terrorbekämpfer sind

Viele Krankenwagen in Deutschland sind schon umgerüstet. Sie haben jetzt Tourniquets an Bord. Die robusten Kunststoff-Manschetten werden in der Militärchirurgie verwendet und dienen dazu, große, stark blutende Wunden abzubinden. Normale Druckverbände schaffen das nicht.

Die Terrormedizin empfiehlt die Tourniquets, denn etwa 90 Prozent der Opfer von Anschlägen sterben, weil sie verbluten. In Deutschland gab es Anfang des Jahres in Koblenz eine Fachtagung zum Thema. Neben den Einsatz der lebensrettenden Manschetten wurde über komplexe Schussverletzungen, Sprengsätze und Nagelbomben gesprochen. Die Redner beschrieben, wie die Hochgeschwindigkeitsdruckwellen einer Detonation Blutgefäße in Leber, Lunge. Nieren und anderen Organen zerstören. Betroffene müssen, wenn sie eine Überlebenschance haben sollen, umgehend beatmet werden. Das sei vielen deutschen Ärzten – sonst eher an Sportverletzungen oder die Behandlung von Altersgebrechen gewöhnt – nicht bewusst. Noch ein wichtiger Tipp: Mental gelte es, sich auf schwierigste ethische Entscheidungen vorzubereiten. Bei einem Massenanfall von Verletzten (MANV) muss gegebenenfalls von der individualmedizinischen Versorgung abgewichen werden. Behandelt werden die Patienten, bei denen es sich lohnt. Die anderen erst, wenn genügend Personal und Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Entscheidung zerfetzte Arme und Beine zu amputieren, müsse zudem rasch gefällt werden. Es gelte „Life before Limb“. Die Rettung eines Lebens sei wichtiger als die Erhaltung des fraglichen Gliedes.

> Entscheidungen über Amputationen ohne lange Überlegungen

Von solchen blutigen Szenarien dürfte Yamen A. geträumt haben. Spezialkräfte unter anderem von der GSG9 nahmen den 19-jährigen Syrer vorige Woche in seiner Wohnung in einem Schweriner Plattenbau fest. Er ist dringend tatverdächtig einen Sprengstoffanschlag geplant und vorbereitet zu haben. Aus Ermittlerkreisen sickerte durch, dass der islamische Extremist wohl Weihnachtsmärkte in Schwerin oder Rostock für seinen ganz persönlichen Dschihad auserkoren hatte. Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier dementierte diese Nachricht später. Konkrete Anschlagsziele seien nicht bekannt. Ziemlich konkret waren dagegen die Bombenbasteleien des Terroristen. Als Fernzünder sollten zwei Funkgeräte dienen. Eines war bereits umgebaut. Beim Sprengstoff hielt sich der Syrer an das bewährte TATP, ein hochexplosives weißes Pulver, das im Prinzip aus Desinfektionsmitteln, Farbverdünner und Zitronensaft zusammengemischt wird. Da sich die einzelnen Bestandteile so leicht und zudem für wenig Geld beschaffen lassen, ist der Sprengstoff bei Terroristen besonders beliebt. TATP-Bomben extremistischer Moslems rissen unter anderem 2004 in Madrid 191 Menschen in vollbesetzten Pendlerzügen in den Tod. 2015 nutzten es auch die Attentäter von Paris.

Yamen A. bestellte einige Bestandteile seines Sprengsatzes bei Amazon. Kaum glaublich: Die Internetplattform hilft sogar beim Bombenbasteln. Wer beispielsweise das Desinfektionsmittel Wasserstoffperoxid bestellt, erhält in der Rubrik: „Kunden, die diesen Artikel kauften, kauften auch …“ weitere Vorschläge für explosive Zutaten. Der US-Konzern versprach eilig Besserung und eine Überarbeitung seiner Seiten.

Immerhin war es die verdächtige Amazon-Bestellung, die den Bombenbastler ins Visier der Fahnder brachte. Im Juli hatte er wohl den mörderischen Beschluss gefasst, für Allah möglichst viele unschuldige Menschen umzubringen. Seit September waren ihm deutsche Geheimdienste auf der Spur. „Lang genug gewartet, um zu beobachten, früh genug zugegriffen, um Schlimmes zu verhindern“, lobte Thomas de Maizière nach dem Zugriff. Weidlich nutzte der Innenminister die Gelegenheit, sich und seine Leute als fähige Terrorbekämpfer ins sonnige Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Sein Fazit der Aktion: Alle Beteiligten hätten hervorragende Arbeit geleistet. „Jeder für sich und gemeinsam Hand in Hand.“

> 120 Millionen für Betonbarrieren vor öffentlichen Plätzen

Wer sich genauer mit dem Fall auseinandersetzt, wünscht allerdings, dass sich vor allem Deutschlands Ärzte – „gemeinsam Hand in Hand“ – in der Terrormedizin fortbilden. Sie werden ihr Wissen brauchen. Der Fall Yamen A. zeigt, wie machtlos der Staat letztendlich im Kampf gegen den islamischen Terror ist. Er zeigt auch, wie fatal sich die Versäumnisse der Vergangenheit auswirken. Der Syrer kam im Herbst 2015 als Teil der großen Immigrantenwelle nach Deutschland. Im April 2016 wurde er als „Flüchtling“ anerkannt und erhielt eine Aufenthaltserlaubnis für zunächst zwei Jahre. Dafür musste er nur einen Fragebogen ausfüllen. Niemand schaute genauer hin, niemand wollte wirklich wissen, was für eine Person da in Deutschland um Aufnahme nachsuchte. Das Fragebogen-Verfahren wurde bei Zehntausenden Syrern, Irakern und Eritreern angewandt.

Wo ein Terrorist gefasst wird, mischen also fünf andere vielleicht gerade ihren eigenen TATP-Mix zusammen. Zehn weitere lauschen eventuell den Predigten eines radikalen Imams, der ihnen empfiehlt, dem glorreichen Yamen A.. nachzueifern. Andere üben sich eventuell darin, ihrem Kleinlaster auch in engen Kurven zu beherrschen, wie es Attentäter Sayfullo S. tat, bevor er eine Woche später auf einem New Yorker Radweg wahllos Menschen überfuhr. Vielleicht bereiten sich die simpelsten unter den Dschihadisten-Gemütern auch gerade mental darauf vor, ein herkömmliches Küchenmesser in die Körper anderer Leute zu rammen.

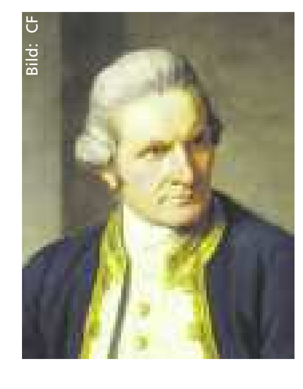
Die mörderischen Moslems bringen die Terrorbekämpfung an ihre Grenzen. Sie agieren als „einsame Wölfe“ oder kaum vernetzte Kleingruppen. Praktisch jede Menschenansammlung kann für ein Blutbad herhalten, Ihr Waffen-arsenal reicht von der Kalaschnikow bis zum Küchenmesser, vom TATP-Sprengstoff bis zum Pkw. Sie kämpfen auf einem globalen Schlachtfeld. Das eine Land mag als Rückzugsort dienen, das andere als gemeinsamer Treffpunkt. In einem dritten schlagen sie zu. „In Zügen, Bahnhöfen, Fußgängerzonen, Einkaufszentren und Konzerthallen sind wir signifikant verwundbar“, stellte die EU-Kommission gerade in einem Gutachten fest. 120 Millionen Euro aus Kassen der Europäischen Union sollen ab sofort Schutzmaßnahmen wie Betonbarrieren gegen Extremisten hinterm Lenkrad finanzieren. 195 Millionen Euro werden für 48 Projekte im Bereich der Sicherheitsforschung ausgegeben. Keinen Cent kostet die Überlegung, warum Länder wie Polen, Tschechien oder Ungarn bislang frei von islamischen Anschlägen sind: Sie beherbergen keine nennenswerte moslemische Minderheit. *Frank Horns*

Zeitzeugen


Bild: Facebook

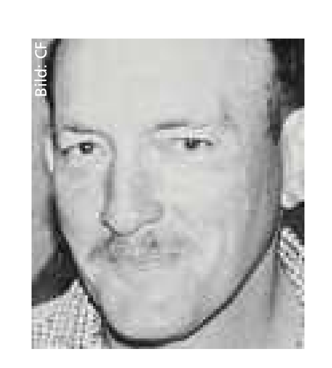
Devin Patrick Kelley – Am vergangenen Sonntag tötete er 26 Menschen und verletzte zahlreiche weitere. Bewaffnet mit einem Sturmgewehr drang der unehrenhaft aus der Armee entlassene 26-Jährige in eine vollbesetzte Kirche im texanischen Sutherland Springs ein. Noch am Tatort wurde der Amokläufer von einem bewaffneten Anwohner gestellt. Er floh und erschoss sich nach jüngsten Erkenntnissen schließlich selbst.

Stephen Singular – In seinem Buch „The Spiral Notebook“ von 2015 analysierte der amerikanische Bestsellerautor sämtliche große Amokläufe in den USA während der letzten 30 Jahre. Singulars Recherchen zufolge waren die zumeist jungen männlichen Täter im Vorfeld in aller Regel mit Antidepressiva oder angstdämpfenden Medikamenten behandelt worden.


Bild: CF

James Cook – Im Jahre 1772 berichtete der englische Seefahrer und Entdecker erstmals davon, dass es Malaien gebe, die „Amok laufen“ („run amok“). Hierdurch ging diese Formulierung in den europäischen und nordamerikanischen Sprachgebrauch ein.

Donald Schell – Nur zwei Tage nach der erstmaligen Einnahme des Antidepressivums (SSRI) Paxil erschoss der ruhige Familienmensch aus Gillette (Montana) im Februar 1998 mitten in der Nacht und ohne jeden ersichtlichen Anlass Frau und Tochter sowie seine neun Monate alte Enkelin Alyssa; danach tötete er sich selbst. Im Juni 2001 sprach ein Gericht den Hinterbliebenen 6,4 Millionen US-Dollar Schadenersatz zu, den der Hersteller des Medikaments SmithKline Beecham zahlen musste, weil die Geschworenen das Paxil für die Tat verantwortlich machten.


Bild: CF

Patrick Sherrill – Am 20. August 1986 erschoss der entlassene Postangestellte 14 ehemalige Kollegen und Vorgesetzte. Dieser Amoklauf in Edmond (Oklahoma) inspirierte den Journalisten Mark Ames zu seinem Buch "Going postal", in dem er die These vertrat, solche Taten seien das Resultat der neoliberalen Wirtschaftspolitik unserer Zeit. Jeder, der im Arbeitsleben zu sehr an die Wand gedrängt werde, könne wie Sherrill in tödliche Rage geraten.

Ist Mordrausch zu verhindern?

Strengere Gesetze für Waffen und »Ballerspiele« am Computer sind nicht die Lösung

Folgenschwere Amokläufe ereignen sich mit bedrückender Regelmäßigkeit. Anschließend beginnt dann ebenso regelmäßig das Spekulieren, ob und wie die Tat hätte verhindert werden können.

Dabei geraten besonders angeblich zu liberale Waffengesetze sowie „Ballerspiele“ am Computer in die Kritik. In Wirklichkeit liegen die Ursachen jedoch zumeist ganz woanders.

Als Amoklauf (von malaiisch „amuk“, also „wütend“ oder „rasend“) gilt üblicherweise ein Ausbruch extrem gewalttätigen Verhaltens, der weder krimineller noch terroristischer Natur ist, aber dennoch auf den Tod möglichst vieler Menschen oder zumindest hohen Sachschaden abzielt. Die Ursachen dieses Verhaltens sind in der Regel sehr komplex. Deshalb kann man hier mit Fug und Recht von einem psychologischen Puzzle sprechen.

In vielen Fällen leidet der Täter – Amokläufer sind fast immer männlich – unter ernsthaften psychischen Problemen. Besonders häufig finden sich dabei Psychosen, die mit paranoiden Wahnvorstellungen einhergehen. Oder der Betreffende produziert nicht genügend von dem Neurotransmitter Serotonin, was neben Depressionen auch aggressive Ausbrüche bedingen kann. Desweiteren weisen viele Amoktäter pathologische Persönlichkeitsveränderungen auf, wie Dissoziale Störungen, die zu Empathiemangel, verminderter Frustrationstoleranz, andauernder Reizbarkeit und der ganz bewussten Nichteinhaltung von bestimmten sozialen Normen führen. Dazu kommen in manchen Fällen noch chronische körperliche Erkrankungen, die den Leidensdruck zusätzlich erhöhen.

Die Amokläufer sind fast immer männlich

Das allein reicht jedoch nicht aus, um Amokläufe zu erklären. Denn diese resultieren ebenso aus einer mehr oder weniger ausgeprägten psychosozialen Entwurzelung, auf die Männer zumeist deutlich sensibler reagieren, was erklärt, warum weibliche Amokläufer zu den großen Ausnahmen zählen. Gründe für die mangelhafte gesellschaftliche Einbindung können unter anderem Arbeitslosigkeit, Mobbing, Kränkungen und Beleidigungen, tiefgehende Beziehungskonflikte, seelische Notsituationen sowie das Gefühl des Zusammenbrechens der gewohnten äußeren Ordnung sein.

Zum Schluss braucht es dann noch konkrete Auslöser. Dabei handelt es sich oft um relativ belanglose Vorfälle – entscheidend ist, dass diese zur plötzlichen psychischen Dekompensation führen, die am Ende eines längeren, quälenden Spannungszustandes steht und den übermächtigen Wunsch nach Gewalt beziehungsweise Rache hervorbringt. Gerade letzteres Motiv ist in rund zwei Dritteln aller Amokfälle nachweisbar. Und diese aggressiven Gelüste richten sich natürlich eher selten gegen völlig Fremde wie im Falle des Las-Vegas-Schützen Stephen Paddock. Üblicherweise massakrieren Amokläufer primär Familienangehörige, Mitschüler beziehungsweise -studenten oder Kollegen.

Ansonsten sorgt nach Ansicht von Experten wie dem Berliner Kulturwissenschaftler Joseph Vogl auch das ungesunde zwischenmenschliche Klima in unserer heutigen, weitgehend durchrationalisierten „Wettbewerbsgesellschaft“ für immer mehr Amokläufe, weil es die Menschen unter einen sozialen Dauerstress setze, dem nicht jeder gewachsen sei. Deshalb lautet die Prognose von Vogl, was die Möglichkeit der Verhinderung solcher Taten betrifft, ganz unmissverständlich: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könne „keine Prävention ... verhindern, dass das Schlimmste passiert“. *Wolfgang Kaufmann*



Vergangenen Sonntag nach dem Amoklauf im texanischen Sutherland Springs: Spurensicherung am Tatort
Bild: ddp images

Viele Täter nahmen SSRI ein

Nach Angaben des britischen Psychiaters David Healy nehmen mittlerweile 41 der rund 323 Millionen US-Bürger Medikamente gegen Depressionen. Dabei stehen bestimmte Antidepressiva, nämlich die Selektiven Serotonin-Wiederaufnahmehemmer (SSRI), im Verdacht, gewalttätig zu machen. Laut Healy liegt die Wahrscheinlichkeit des Auftretens dieser gefährlichen Nebenwirkung bei immerhin fünf Prozent. Ähnliches gilt offenbar auch für einige Beruhigungsmittel und Medikamente zur Behandlung von Aufmerksamkeitsstörungen. Jedenfalls wurden zahlreiche Morde sowie auch Amokläufe unter dem Einfluss solcher Psychopharmaka verübt.

Als typisches Beispiel hierfür kann der „Batman-Killer“ James Holmes dienen, der am 20. Juli 2012 in einem Kino in Aurora (Colorado) zwölf Menschen erschoss und 58 weitere verletzte. Er nahm vor der Tat vier Monate lang den SSRI Zoloft – und zwar, auf ärztliche Verordnung, in immer höheren Dosen. Ebenfalls unter dem Einfluss eines SSRI (nämlich Luvox) stand Eric Harris. Dieser war einer der beiden Todesschützen beim Massaker an der Columbine High School am 20. April 1999.

Gefährliche Nebenwirkungen

Angstlösende Medikamente wiederum konsumierten der Las-Vegas-Schütze Stephen Paddock und der Isla-Vista-Amokläufer und Sechsfachmörder Elliot Rodger. Der eine schluckte Valium, der andere Xanax.

Und auch mehrere deutsche Amoktäter der jüngeren Vergangenheit dürften wegen ihrer Depressionen einen SSRI verordnet bekommen haben. Das gilt unter anderem für Tim Kretschmer, den Todesschützen von Winnenden, auf dessen Konto 15 Ermordete und elf Verletzte gehen.

In den USA setzt daher nun ein Umdenken ein. Davon zeugt nicht zuletzt der Appell von Richard Blumenthal, Senator in Connecticut, statt permanent nur nach schärferen Waffengesetzen zu rufen, endlich auch die Psychopharmaka, an denen die Arzneimittelindustrie weltweit hunderte Milliarden Euro pro Jahr verdient, als Risikofaktor anzusehen. *W.K.*

Immer und überall

Amokläufe waren und sind ein weit verbreitetes Phänomen

Amokläufer gab es schon immer und überall auf der Welt. Die altnordischen Völker sprachen hier von „Berserkern“, in Südafrika nannte man sie „Benzi mazurazura“ und in Korea „Hwa-byung“, die Bewohner der Anden verwendeten das Wort „Colerina“ und die Indianer im Südwesten der USA „Ii'aa“. Die größte Bekanntheit genossen dabei die altindischen „Amuco“, die voller Todesverachtung überlegene Gegner angriffen und dabei entsetzliche Blutbäder anrichteten. Von Indien aus hat die Bezeichnung für diese enthemmten Krieger dann ihren Weg in den malaiisch-indonesischen Kulturraum gefunden.

Dort erhielt das Phänomen Amok im 14. Jahrhundert eine neue Dimension, was aus der wachsenden Durchsetzung des Islam resultierte. Nunmehr wurden Amokläufe zu einem Akt des religiösen Fanatismus und richteten sich vorrangig gegen „Ungläubige“. Gleichzeitig verlor der Amoklauf seinen Charakter als brachiale militärische Gruppentaktik und mutierte zu einem individuellen Phänomen. Da der Suizid unter

Für viele eine Alternative zum Selbstmord

Muslimen verpönt war, versuchten sich beispielsweise zahlungsunfähige Schuldner, denen die Versklavung drohte, dadurch aus dem Leben zu stehlen, dass sie so lange in aller Öffentlichkeit mordeten, bis sie selbst getötet wurden. Ebenso wollten manche Amokläufer mit ihrem Tun gegen Ungerechtigkeiten und Machtmissbrauch protestieren, was die Herrschenden tatsächlich zur Mäßigung im Umgang mit den heißblütigen Untertanen veranlasste. Das galt dann später übrigens auch für die Vertreter der Kolonialmächte.

Die Angst vor den vergleichsweise häufigen Amokläufen war in Südostasien schließlich so groß, dass man am Straßenrand und in Polizeistationen lange mehrzackige Lanzen aufhängte, mit denen die Rasenden, die damals meist noch über keine Schusswaffen verfügten, aus sicherer Entfernung aufgespießt werden konnten. Zu dieser Notwehrmaßnahme durften die Sicherheitsorgane, aber auch beherzte Bürger, bereits dann greifen, wenn jemand nur laut auf der Straße „Amok!“ schrie – hierdurch galt der Betreffende quasi als vogelfrei. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Konsulatsschulen unter Verdacht

»Reinheit im Islam«: Unbehagen über Lehrinhalte von Ankaras Schulen in Berlin



Schon öfter Ort der Einflussnahme auf türkisch-stämmige Bürger: Das Berliner Konsulat der Türkei während der Abstimmung über die türkische Verfassungsreform vergangenen März

Bild: Imago

Nachdem insbesondere der Unterricht für türkischstämmige Kinder in die Kritik geraten ist, suchen mehrere Bundesländer nach Ersatzlösungen für den sogenannten Konsulatsunterricht. In Berlin ist bislang nicht einmal bekannt, an wie vielen Schulen dieser von diplomatischen Vertretungen organisierte Unterricht gegeben wird.

Wie eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Joschka Langenbrinck (SPD) ergeben hat, kann die Berliner Bildungsverwaltung keine Auskunft darüber geben, wie verbreitet der sogenannte Konsulatsunterricht in der Hauptstadt überhaupt ist. Offenbar fehlen bislang sowohl eine Gesamtzahl von Schülern als auch zu den Schulen der konsularischen Vertretungen, die den muttersprachlichen Unterricht für Kinder mit Migrationshintergrund anbieten.

Der Senat kündigte zumindest an, dass die Daten bis Ende November vorlägen. Schon seit mehreren Jahrzehnten organisieren Konsulate einen Unterricht, der auf die Kinder der hier lebenden Landsleute ausgerichtet ist. Dabei sorgen die jeweiligen Heimatländer meist auch für die Fortbildung und Bezahlung der Lehrer und ebenso für die Lehrpläne.

Vor allem der Unterricht, der von den diplomatischen Vertretungen der Türkei organisiert wird, ist mittlerweile in mehreren Bundesländern in die Kritik geraten. Bereits im Oktober war bekannt geworden, dass die Berliner Bildungsverwaltung im Rahmenplan der türkischen Behörden Inhalte ausgemacht hat, die es so eigentlich nicht geben soll: Vorgesehen ist, Kenntnisse der Muttersprache und heimatkundliches Wissen zu vermitteln. In einem Unterrichtsplan aus Ankara für das Schuljahr 2017/18 soll es stattdessen um Dinge wie „Respekt gegenüber Flagge und Nationalhymne“ und „Wichtigkeit der Reinheit im Islam“ gegangen sein.

> Nicht einmal die Zahl der Anstalten ist bekannt

Die bildungspolitische Sprecherin der Berliner SPD-Fraktion, Maja Lasic, kritisierte: „Die im Lehrplan enthaltenen Inhalte sind mehr als besorgniserregend und für uns nicht hinnehmbar.“ Die türkische Seite legte im September einen überarbeiteten Rahmenplan vor; ob dieser weltanschaulich neutral ausfällt und ganz auf die Vermittlung islamischer Inhalte verzichtet, ist bislang nicht bekannt geworden.

Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder hat sich im Oktober mit dem Thema Konsulatsunterricht beschäftigt. Allerdings äußerten sich die Kultusminister zurückhaltend, indem sie signalisierten, sie wollten das Thema erneut auf die Tagesordnung setzen, sollte sich Handlungsbedarf abzeichnen. Tatsächlich ist fraglich, wie sinnvoll das bereits vor Jahrzehnten konzipierte Instrument des Konsulatsunterrichts überhaupt noch ist. Gedacht war die Vermittlung von muttersprachlichen Kenntnissen und Heimatkunde nämlich, um Kinder von Gastarbeitern auf die Rückkehr in die Heimat ihrer Eltern vorzubereiten. Mittlerweile stellen Beobachter allerdings die Frage, ob dieser Unterricht nicht eher dazu führt, dass sich hierzulande Parallelgesellschaften weiter verfestigen.

Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen Vertreter des türkischen Moscheeverbands Ditib haben den Verdacht aufkeimen lassen, dass möglicherweise auch Konsulatslehrer in das Spionagenetzwerk Ankaras eingespannt sein könnten. Die politische Entwicklung in der Türkei hat einen Anteil daran, dass inzwischen mehrere Bundesländer nach Ersatzangeboten für den Konsulatsunterricht suchen.

Ein simples Verbot des Konsulatsunterrichts scheint nur schwer umsetzbar. So kann sich die Türkei auf zwischenstaatliche Abmachungen und vor allem auf eine Richtlinie des Europäischen Rates zu Wanderarbeitern aus dem Jahr 1977 berufen. Auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat inzwischen mit seiner Rechtsprechung gezeigt, dass er den Schutz der Rechte der sogenannten Gastarbeiter samt ihren Nachkommen sehr weit auslegt.

Schwerpunkte des türkischen Konsulatsunterrichts sind neben Berlin auch Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und vor allem Baden-Württemberg. Auf das grün-schwarz regierte Bundesland entfällt mehr als die Hälfte der bundesweit etwa 40 000 Schüler. Nordrhein-Westfalen hat einen Sonderweg eingeschlagen, indem es Türkisch als reguläres Schulfach anbietet. Auch Rheinland-Pfalz organisiert und finanziert den muttersprachlichen Unterricht komplett selbst.

Mittlerweile gehen auch in Berlin die mittelfristigen Planungen dahin, den Konsulatsunterricht durch ein öffentliches Angebot zu ersetzen. Im Zuge der Diskussion ist in Berlin ein bemerkenswertes Detail bekannt geworden: Bislang verzichten die Bezirke darauf, den Vertretern der Türkei für die Bereitstellung von Räumen in den Schulen eine Miete in Rechnung zu stellen. Bestrebungen des Berliner Bezirks Mitte, von der türkischen Botschaft Miete zu fordern, haben zu Befürchtungen geführt, der Konsulatsunterricht könnte künftig in Räumen des türkischen Moscheeverbands stattfinden. Für die Berliner Bildungsbehörde wäre dort noch weniger Kontrolle über die Unterrichtsinhalte gegeben. *Norman Hanert*

Mini-Demos ohne Resonanz

Von Theo Maass

Haben Sexismus-Vorwürfe, Feminismus und die NPD Gemeinsamkeiten? In einer Hinsicht schon, wie in der vergangenen Woche in Berlin zu besichtigen war. Alle drei haben es zunehmend schwer, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass die NPD nicht mehr die mediale Aufmerksamkeit genießt wie noch vor zwei oder drei Jahren, während sich für Feminismus und Sexismus-Debatten zumindest die Medien noch interessieren, auch wenn die meisten Bürger sich längst ermüdet abwenden.

Gerade einmal 850 Teilnehmer kamen zu einer Antisexismus-Demonstration in Berlin zusammen. Anlass waren Vorwürfe wegen sexueller Belästigung in den USA gegen einen Mann namens Harvey Weinstein. Verschiedene Damen, die sonst nicht im Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, versuchten, medial davon zu profitieren. Noch geringere Resonanz erlangte eine Kundgebung der NPD in Berlin-Neukölln, zu der sich fünf Teilnehmer und 40 Gegendemonstranten einfanden.

Die feministische „Me too“-Bewegung wird offenbar lediglich von einigen linken Politsternchen benutzt, um sich etwas Aufmerksamkeit zu verschaffen. Ein echtes gesellschaftliches Anliegen wäre sicher die sexuelle Belästigung als Massenphänomen durch Asylsucher wie in der Silvesternacht in Köln. „Me too“ aber richtet sich gegen „weiße alte Männer“. Wie originell. Das hatte vor Jahren schon Laura Himmelreich (damals noch „Stern“-Reporterin) mit FDP-Senior Rainer Brüderle versucht.

Meist werden die Vorwürfe nicht dann erhoben, wenn sich die Übergriffe angeblich zugetragen haben, sondern später – möglichst dann, wenn nichts mehr nachprüfbar und beweisbar ist. Jedem „normalen“ Zeitgenossen ist zu raten, gewissermaßen die Straßenseite zu wechseln, wenn er einer potenziellen „Me too“-Aktivistin ansichtig wird.

Wenn die betroffenen feministischen „Aktivist*innen“ sich nicht sicher sein könnten, mit ihren Aktionen bei Blättern wie „Neues Deutschland“ oder „taz“ Resonanz zu erzeugen, würden zu ihren Demos auch nur fünf oder 40 Leute erscheinen. Die Fans dieser Blätter werden jedoch immer weniger.

Seit ich einen Kurs in Dialektik besucht habe, weiß ich, dass fast alles mit allem zusammenhängt. NPD, Feminismus (und die dazugehörige Propaganda), „Neues Deutschland“ und „taz“ sind allesamt im Sinkflug begriffen und vielleicht verschwinden alle vier noch zu meinen Lebzeiten. Schon heute erscheinen sie wie Relikte aus einer vergangenen Zeit. Der gesellschaftliche Wind hat sich gedreht, und diese Erscheinungen verwehen mit dem Wandel.

Kreisreform gescheitert

Brandenburgs Koalition macht spektakulären Rückzieher

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat wenige Wochen vor einer geplanten Abstimmung im Landtag die umstrittene Kreisreform gestoppt. Das Vorhaben galt als das zentrale Reformprojekt der in Potsdam amtierenden Koalition von SPD und Linkspartei. Ursprünglich sollte der Landtag am 15. November über die Reform abstimmen.

Anfang des Monats erklärte Woidke gegenüber dem RBB: „Der ausschlaggebende Punkt war die Anhörung im Landtag, wo nochmal deutlich geworden ist, dass fast unisono die kommunale Ebene in Brandenburg die Reform in der jetzigen Art und Weise ablehnt.“ Der Regierungschef bezieht sich damit auf eine gut 17-stündige Marathonsitzung, die Mitte Oktober im Landtag stattgefunden hat. Kommunalpolitiker hatten dabei die geplante Reform scharf kritisiert. Eine Rolle gespielt haben dürfte aber auch das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl. Die Partei war in Brandenburg abgestürzt und hinter der CDU und der AfD nur noch auf Platz 3 gelandet.

Die Landesregierung kündigte nun an, sie wolle statt der Kreisreform Kooperationen und Fusionen auf der Gemeinde- und Landkreisebene fördern. Mehr als 400 Millionen Euro, die ursprünglich für die Reform eingeplant waren, sollen nun in die Infrastruktur Brandenburgs, insbesondere im ländlichen Raum, investiert werden.

> Woidke gilt als angeschlagen: CDU fordert Rücktritt

Umsetzten will die Koalition vor der nächsten Landtagswahl im Herbst 2019 zudem eine Verwaltungsreform, die auf Pflichtkooperationen abzielt. Landkreise und kreisfreie Städte sollen dazu gebracht werden, Behörden gemeinsam zu betreiben.

Das Scheitern der Kreisgebietsreform zeigt inzwischen auch personelle Folgen. Brandenburgs SPD-Generalsekretärin Klara Geywitz, eine Befürworterin der Reform, ist zurückgetreten. Politisch angeschlagen zeigen sich auch Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) und sogar Woidke selbst.

CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben wies darauf hin, dass Woidke nach Forstreform und Polizeireform nun schon an seiner dritten Reform gescheitert sei, und forderte den Rücktritt des Ministerpräsidenten. Auch innerhalb der brandenburgischen SPD ist mittlerweile von Absetzbewegungen gegenüber Woidke die Rede. Wie stark der Rückhalt für ihn noch ist, wird sich am 18. November auf dem SPD-Landesparteitag erweisen. *N.H.*

Senat prüft Tegel

Kritiker: Nur Argumente dagegen gesammelt

Ende Oktober beschäftigte sich der Berliner Senat mit den Folgen eines Weiterbetriebs des Flughafens Tegel. Jedes Ressort sollte Einschätzungen abgeben. Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) behauptet etwa, der derzeit problemlos betriebene Flughafen müsse für 1,1 Milliarden Euro grundsaniert werden. 400 Millionen Euro müssten zusätzlich für Schallschutzmaßnahmen bei 137 000 Anwohnern aufgebracht werden. Der Betrieb würde bei zehn Millionen Fluggästen 100 Millionen Euro jährlich kosten.

> Wird das Votum der Bürger ignoriert?

Gesundheitssenatorin Dilek Kolat (SPD) beklagte angebliche gesundheitliche Folgen eines Weiterbetriebs. Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) sieht durch den Flughafen den Bau von 9000 Wohnungen, sechs Kindertagesstätten, einer Grundschule und einem Jugendfreizeitzentrum gefährdet. Ihr Parteifreund Kultursenator Klaus Lederer sieht erhoffte Freiräume für die Berliner Clubszene gefährdet.

All diese Einschätzungen sollen dem vom Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) beauftragten Schlichter übergeben werden. Kritiker fürchten, dass sich die Senatoren entgegen der eigenen Ankündigung gar nicht ernsthaft mit der Perspektive eines Weiterbetriebs von Tegel beschäftigen, sondern lediglich Argumente dagegen sammeln.

Unterschiedliche Gutachten kamen nämlich zu entgegengesetzten Ergebnissen wie der Senat. Am 24. September hatten rund 56 Prozent der Berliner für den Weiterbetrieb von Tegel gestimmt. Ignoriert Müller das Votum, droht ihm ein weiteres Bürgerbegehren mit dem Ziel von Neuwahlen. *H. Lody*

Radau gegen Garnisonkirche

Anlässlich des Beginns des Wiederaufbaus (zunächst nur des Turmes) der Potsdamer Garnisonkirche hielt der frühere Ratsvorsitzende der EKD, Altbischof Wolfgang Huber, vor 350 Gläubigen einen Gottesdienst ab. Die Proteste gegen den Bau flauen zahlenmäßig zwar ab, bleiben aber militant. „Aktivisten“ hatten versucht, das Baugelände mit Buttersäure zu verseuchen. Die rund 50 Linksextremisten versuchten zudem, Glockengeläut und Gottesdienst mit Trillerpfeifen zu stören. Die Polizei musste drei Platzverweise aussprechen und eine Strafanzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte aufnehmen. Huber zeigte sich gelassen: „Durch Trillerpfeifen werden keine Argumente ausgetauscht und durch Geschrei auch nicht.“ Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) beteuerte: „Wir werden die Licht- und Schattenseiten der Geschichte im Gedächtnis behalten.“ Eine Initiative „Die Nächsten“ will künftig Gottesdienste gegen den Wiederaufbau abhalten. *H.L.*

MELDUNGEN

Umsiedlung in Kasachstan

Astana – Die kasachische Regierung will Menschen aus Südkasachstan mit seiner rasant wachsenden Bevölkerung in die Nordgebiete umsiedeln, um so einen Ausgleich zur dort stagnierenden oder rückläufigen Einwohnerzahl zu schaffen. Die Nordgebiete bilden die Schwerpunktregionen der russischen und europäischen Ansiedlungen, welche durch die Umsiedler unter ethnischen Druck geraten. Darüber hinaus gelten auch den Nordkasachen die südlichen Stämme als unterentwickelt, und man lehnt viele der dortigen Traditionen ab. Eine Zunahme der Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen ist daher zu erwarten. *T.W.W.*

Kairo für Frauen die Hölle

London – Laut einer Studie der Thomson-Reuters-Stiftung ist Kairo weltweit die für Frauen gefährlichste Großstadt. Im Vergleich von 19 Metropolregionen finden die meisten Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffe im indischen Delhi statt, gefolgt von Sao Paulo und Kairo. Am sichersten sind Tokyo, Moskau und Schanghai. Von „kulturell geduldeter" Gewalt wie Genitalverstümmelungen und Zwangsheiraten sind die Frauen von Kairo, Karachi und Dhaka am stärksten betroffen – am wenigsten diejenigen in Moskau. Die geringsten wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten haben Frauen in Kinshasa, Kairo, Karachi und Delhi, die dann auch bei der frauenspezifischen medizinischen Mangelversorgung gerade noch von Lima überrundet werden. Die in der Summe sicherste Stadt für Frauen ist daher die russische Hauptstadt. Es fällt auf, dass die hier erkennbar werdenden kriminell-gewaltkulturellen Schwerpunktzonen jene Regionen betreffen, aus denen ein Großteil der nach Deutschland gelangten Immigranten stammt. *T.W.W.*

»Schreie aus einer Neandertaler-Höhle«

Nicht nur Russlands Beziehungen zur Ukraine sind derzeit belastet

Russland ist kein Einzelfall. Die Beziehungen der Ukraine sind auch zu diversen anderen Staaten aus ihrer weiteren Nachbarschaft derzeit belastet. Genannt seien hier Ungarn, Polen und die Tschechei.

Die Lage der Ukraine ist nicht nur vom Bürgerkrieg, der verheerenden wirtschaftlichen Situation und einer allgemeinen Instabilität gekennzeichnet, sondern ebenso von außenpolitischen Schwierigkeiten. Da ist zum einen die feindliche Haltung Kiews Russland gegenüber, die sich jedem mäßigenden Einfluss entzieht. Dies allein wäre eigentlich genug an selbstverursachter Last. Doch die Umstände sind noch viel komplizierter und damit ernster.

So gibt es unablässig Spannungen mit dem Nachbarn Ungarn, und zwar wegen der in Transkarpatien ansässigen ungarischen Minderheit in der Ukraine. Mitte Oktober fand in der ungarischen Hauptstadt Budapest vor der dortigen Botschaft der Ukraine eine Demonstration statt. Das Motto lautete: „Selbstbestimmung für Transkarpatien". Dort waren Parolen zu lesen wie: „Transkarpatien gehört rechtlich zu Ungarn. Selbstbestimmung für alle unterdrückten Nationen, die gezwungen sind, in der Ukraine zu leben."

Damit haben sich die ungarischen Demonstranten nicht nur zu Parteigängern der Russen im ukrainischen Donbass gemacht, sondern auch noch weitere Bundesgenossen angesprochen. Im Umland von Lemberg nämlich wie in der Stadt selbst leben viele Polen, die sich mehr Autonomie wünschen. Der Sprecher der polnischen Gemeinde in Lemberg, Sergej Lukjanenko, sagte vor einigen Monaten, der wirtschaftliche Rückstand westukrainischer Gebiete hinter den polnischen Grenzregionen betrage etwa 50 Jahre. Lemberg habe Chancen nur in Polen. Dass sich die Regierung in Kiew in eine solche Zusammenarbeit einmische, halte er, Lukjanenko, für „überflüssig". Damit taten die Polen in Galizien das Gleiche wie die Russen im Donbass, diesen trug ihr Verlangen nach Autonomie im Gegensatz zu jenen jedoch den Krieg ein.

> Außer zur EU und zur Nato hat die Ukraine zu kaum noch jemandem gute Beziehungen



Erklärte den tschechischen Präsidenten offiziell zu einer „psychisch kranken Person": Premier Wolodymyr Hrojsman

Außerdem machen die Polen gegenüber der EU eine Rechnung besonderer Art auf, um zu begründen, warum sie keine Asylsucher aus Nahost oder Afrika haben wollen: „Wir werden keine Flüchtlinge aufnehmen", so wird Innenminister Mariusz Blaszczak zitiert, „weil wir bereits Ukrainer aufgenommen haben."

Zusätzlich belastetet wird die Stimmung zwischen Polen und der Ukraine durch den Film „Wolyn" des polnischen Regisseurs Wojciech Smarzowski, bei dem es um die Massaker geht, die im Zweiten Weltkrieg von der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) in Wolhynien an Polen verübt worden sind. Die UPA arbeitete damals mit der deutschen Wehrmacht zusammen.

Eine solche Erinnerung ist nicht ohne aktuellen Bezug. Denn der ukrainische Präsident Petro Poroschenko feierte den 14. Oktober offiziell als Gründungstag der UPA und stellte deren Mitglieder als Vorbild hin, dem das ukrainische Volk nacheifern solle.

Schlechte Stimmung herrscht auch zwischen Kiew und Prag. Vor kaum zwei Wochen meinte der tschechische Präsident Milos Zeman, Russland könnte zur Aussöhnung mit der Ukraine diese wegen des Verlustes der Krim entschädigen. Daraufhin erklärte der ukrainische Premier Wolodymyr Hrojsman den tschechischen Präsidenten offiziell zu einer „psychisch kranken Person". Der wiederum ließ seinen Sprecher Jiri Ovacek erwidern: „Ich betrachte die unhöflichen Angriffe einiger ukrainischer Politiker auf den Präsidenten der Tschechischen Republik, Milos Zeman, als Schreie aus einer Neandertaler-Höhle. Sie haben keinen Platz im modernen Europa."

Gute Beziehungen unterhält die Ukraine eigentlich nur zu den Ländern, die den Putsch auf dem Kiewer Maidan vom Februar 2014 organisiert und finanziert oder wenigstens unterstützt haben, grob gesagt, die USA und die EU. Für diese westlichen Demokratien spielt die Ausrichtung der Regierung in Kiew keine Rolle. Entscheidend für EU wie NATO ist vielmehr, dass die Ukraine ein ideales Aufmarschgebiet gegen Russland darstellt, in geopolitischer wie militärischer Hinsicht. Da ist das politische System für die Entscheidungsträger sekundär. *Florian Stumfall*

Schutzmacht der Schiiten

Die Politik des Westens hat Teherans Stellung in der Region gestärkt

Es war Generalmajor Qassem Soleimani, der Kommandeur der iranischen Quds-Einheit, einer Spezialeinheit der Revolutionsgarden, der den schiitischen irakischen Regierungschef Haider al-Abadi dazu bewegte, nach der Niederringung des Islamischen Staates gleich gegen die kurdischen Gebiete weiter zu marschieren. Suleimani leitete persönlich den Angriff auf die Kirkuk, die noch vor drei Jahren kampflos von der irakischen Armee Hals über Kopf verlassen und von den Kurden gegenüber dem Islamischen Staat verteidigt worden war. Nun wurde sie von iranischen Milizen und nicht etwa von der irakischen Armee den Kurden wieder abgenommen.

Die Islamische Republik Iran ist längst zum Machtfaktor im Nahen und Mittleren Osten sowie zum großen Gewinner der staatlichen Auflösungserscheinungen in Folge des Arabischen Frühlings und der US-amerikanischen Interventionen in den sunnitischen Staaten geworden. Weder die USA noch die arabischen Monarchien der Region konnten dem erklärten Erzfeind Iran wirklich Einhalt gebieten.

Der Iran war bereits der große Gewinner beim Sturz Saddam Husseins 2003 im Irak gewesen. Die US-Amerikaner führten damals das von zu Hause bekannte Mehrheitswahlrecht im Irak ein, was dazu führte, dass erstmals in der jungen Geschichte des Staates die Schiiten, die rund sechs Zehntel der Bevölkerung ausmachen, dort die Macht übernahmen. Nach dem Abzug der US-Amerikaner 2009 verloren jedoch die Schiiten große Teile des Irak an Kurden und sunnitische Rebellen, aus denen später der Islamische Staat hervorging.

In Syrien, das von den zum schiitischen Spektrum des Islam gehörenden Alawiten beherrscht wird, die etwa zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, stellten sich die Iraner gleich nach Beginn des Aufstandes gegen Baschar Al Assad 2011 an die Seite der syrischen Regierung gegen die Rebellen. Teheran und Damaskus hatten schon vorher gemeinsam die schiitische Hisbollah im Libanon unterstützt. Die Strategie Teherans zielt auf einen schiitischen Landkorridor vom Iran bis an die Grenze Israels.

> Landkorridor vom Iran bis an die Grenze Israels

In Syrien blieb das Engagement des Iran zu Beginn der Arabellion eher verdeckt. Seit 2013 begann Teheran die gesamte syrische Armee schiitisch zu restrukturieren. Neben iranischen Kräften wurden auch schiitische Freiwillige aus Afghanistan, dem Jemen und anderen Ländern angeworben. Ohne die Unterstützung des Iran wären die Erfolge der syrischen Armee, die seit 2015 auch von Russland unterstütz wird, nicht möglich gewesen.

Im Irak wurden im Juni 2014 die Haschd-al-Schaabi (Volksmobilmachungskräfte) als Reaktion auf die Ausbreitung des Islamischen Staats gegründet. Diese Dachorganisation aus 40 fast ausschließlich schiitischen Milizen hat der Iran bewaffnet und trainiert. Tausende ihrer Kämpfer wurden anstelle der desertierten sunnitischen Soldaten in die offiziellen irakischen Streitkräfte aufgenommen. So erlangte der Iran auch in der irakischen Armee entscheidenden Einfluss. Wie schon in Syrien sitzt Suleimani auch im Irak im militärischen Oberkommando.

Um den wachsenden iranischen Einfluss einzudämmen, versuchte der US-amerikanische Außenminister Rex Tillerson bei seinem letzten Besuch in der Region, zwischen Riad und Bagdad zu vermitteln. Desweiteren forderte er al-Abadi auf, alle iranischen Milizen unverzüglich des Landes zu verweisen. Es bleibt abzuwarten„ ob Bagdad dieser Aufforderung Folge leisten wird. *Bodo Bost*

Alleingelassen

Nur Israel unterstützt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden

Die Regierungen in Bagdad, Ankara und Teheran wollen die irakischen Kurden dafür abstrafen, dass sie am 25. September im Nordirak ein Referendum durchgeführt und dabei mit einer überwältigenden Mehrheit von 92,3 Prozent der Wähler für eine Unabhängigkeit vom Irak gestimmt haben. Von den Schutzmächten der Kurden hat – mit Ausnahme Israels – keines das Votum begrüßt. Sogar aus den USA kam Ablehnung, obwohl die Kurden ihr engster und einziger Verbündeter im Kampf gegen den Islamischen Staat sind und für sie die Bodentruppen stellen. Die Ablehnung der kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen wird im Westen damit begründet, dass ein unabhängiges Kurdistan die ohnehin instabile Region noch unsicherer machen könnte.

Die unmittelbaren Nachbarländer der Kurdenregion im Nordirak sind bereits zu Aktionen gegen die Kurden übergegangen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die Grenzübergänge geschlossen und droht damit, die irakischen Kurden auszuhungern und ihre Ölexporte zu blockieren. Der bilaterale Handel zwischen der Türkei und Irak-Kurdistan hatte es 2016 immerhin auf ein Finanzvolumen von neun Milliarden Euro gebracht.

Die Metropole Kirkuk, die im Sommer 2014 nach dem Ansturm des Islamischen Staates von irakischen Truppen verlassen und von kurdischen Truppen besetzt worden war, wurde nun von irakischen Truppen zurückerobert. Die arabischen und turkmenischen Einwohner der Stadt haben die irakischen Soldaten, die 2014 zu Zehntausenden kampflos aus der Stadt geflüchtet waren, jetzt als Befreier begrüßt, während die Kurden mit Schimpf und Schande aus der Stadt verjagt wurden. Seit Jahrhunderten wohnen in dieser erdölreichen Region Kurden, Araber und Turkmenen zusammen. Die deutschen haben wie die US-amerikanischen Verbündeten der Kurden nichts zur Unterstützung ihrer Bundesgenossen unternommen. Die Bundeswehr hatte angesichts des irakischen Vormarschs die Ausbildungshilfe für die Peschmerga ausgesetzt. Christen im Ninivetal und Eziden im Sindjargebirge, die 2014 nur von den Kurden, nicht aber von der irakischen Armee geschützt worden waren, schlugen sich nun auf die Seite Bagdads, weil sie glauben, dass die Araber in diesem Kampf um Kurdistan am längeren Hebel sitzen.

> Sogar vom US-Verbündeten kam Ablehnung

Das Bewusstsein, dass die Kurden wie die Aramäer ein separater Volksstamm sind mit eigener Kultur, Sprache und Herkunft, ist in Israel seit jeher präsent und sicherlich ein Grund dafür, dass der Judenstaat als große Ausnahme die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden ohne Wenn und Aber unterstützt. Es gibt große Gemeinschaften kurdischer und aramäischer Juden in Israel. Etwa seit 1960 pflegt Israel diskrete Kontakte mit den Kurden und Aramäern im Norden des Irak. Es sollen sogar Waffen und militärische Berater geschickt worden sein, hieß es aus inoffiziellen Kreisen. Unter den Abgeordneten der israelischen Knesset, von extrem rechts bis links, besteht ein einhelliger Konsens zugunsten der Kurden.

Der Iran, wo selbst eine millionenstarke kurdische Bevölkerung lebt, nutzt diese engen Beziehungen zwischen Jerusalem und den Kurden, um gegen die Kurden Propaganda zu machen. „Kurdistan werde ein zweites Israel werden", hieß es in Teheran. *B.B.*

Goldene Zeiten für die Autoindustrie?

McKinsey gibt sich optimistisch – Die Geschäftsfelder würden sich allerdings verändern

Befindet sich die Autoindustrie in einer schwerwiegenden Krise? Nein, sagen neue Statistiken der Unternehmensberatung McKinsey. Die Geschäftsfelder würden sich allerdings verändern.

Der Umsatz der weltweiten Automobilindustrie könne von heute jährlich 3,5 Billionen auf 6,7 Billionen Dollar im Jahr 2030 steigen. Die jährliche Wachstumsrate würde sich damit von derzeit 3,6 auf 4,4 Prozent im Jahr erhöhen. Neue Mobilitätsangebote und Konnektivitätsdienste seien der Motor dieser Entwicklung, teilte McKinsey in der vergangenen Woche mit. Mit 1,5 Billion US-Dollar Umsatzpotenzial könnten diese 2030 bereits fast ein Viertel des Gesamtumsatzes der Branche ausmachen. Das Umsatzwachstum aus dem Fahrzeugverkauf werde sich hingegen auf rund zwei Prozent pro Jahr halbieren.

„Die Umbrüche in der Automobilindustrie sind heute schon spürbar“, sagte Detlev Mohr, Leiter der europäischen Automobilberatung bei McKinsey: „Vernetztes Fahren, die Elektrifizierung des Antriebs und neue Mobilitätskonzepte stellen die traditionellen Autohersteller vor neue Herausforderungen.“ Die Studie zeige zudem, dass sich das Branchenwachstum insgesamt noch beschleunigen könne. Vor allem durch neue Geschäftsfelder wie Carsharing und Infotainmentangebote im Auto seien weitere Steigerungen nicht auszuschließen. „Noch ist nicht entschieden, in welchem Maße sich traditionelle Hersteller oder neue Anbieter diese zusätzlichen Erlöse sichern können“, sagt Mohr.

Eine besondere Bedeutung kommt nach der Analyse dem Thema „Autonomes Fahren“ zu. „Im Bestfall, wenn die noch bestehenden regulatorischen Hürden im Gleichschritt mit der technischen Entwicklung der Sicherheit ausgeräumt werden, könnten bis zu 15 Prozent der Neufahrzeuge im Jahr 2030 komplett autonom fahren“, schreiben die Autoren. Bereits heute stünden viele Autofahrer dieser Technologie aufgeschlossen gegenüber. Die stärkere Verbreitung innovativer Fahrassistenzsysteme könnte helfen, die Kunden Schritt für Schritt ans autonome Fahren heranzuführen.

Die deutsche Autoindustrie fährt bei der Entwicklung autonom fahrender Autos vorneweg, weil die hiesigen Unternehmen besonders innovativ sind. Das ergab zumindest eine Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. Demnach entfielen 52 Prozent der weltweit angemeldeten Patente zum autonomen Fahren auf deutsche Hersteller. Unter den zehn führenden Konzernen seien sechs Unternehmen aus Deutschland – davon vier Hersteller und zwei Zulieferer. Dagegen spielten US-Herausforderer wie Tesla und Apple bei den Patenten bislang keine Rolle, sehr wohl aber Google.

> »Die Umbrüche in der Automobilindustrie sind heute schon spürbar«

Neben Autobauern und großen Zulieferern wie Bosch und Continental arbeiten Technologie-Unternehmen wie Google ebenfalls an Systemen fürs autonome Fahren, kommen aber laut der Studie nicht einmal auf sieben Prozent der Patente. „Auch wenn es noch dauern wird, bis wir selbstfahrende Autos in großer Zahl auf der Straße sehen, sollten sich Autohersteller schon jetzt mit den möglichen Konsequenzen auseinandersetzen. Die Unternehmen sollten den Technologiesprung durch das vernetzte Auto als Chance begreifen“, sagt McKinsey-Mann Mohr.

Automobilindustrie und Technologiekonzerne rüsten nach Angaben der Unternehmensberatung weltweit für die Neuerungen. Seit 2010 haben sie demnach insgesamt 51,1 Milliarden US-Dollar in Übernahmen rund um Künstliche Intelligenz investiert, 33 Milliarden ins autonome Fahren, weitere 13,6 Milliarden in das Kundenerlebnis beim Fahren (Infotainment, Konnektivität, Sprach- und Gestenerkennung).



Bild: imago

Die deutsche Autoindustrie fährt bei der Entwicklung autonom fahrender Autos vorneweg: Selbstfahrender, elektrisch angetriebener Kleinbus auf dem Campus Mitte des Berliner Universitätskrankenhauses Charité

Auch das herkömmliche Konsumverhalten werde sich stark verändern. „Heutige Autos werden meist für unterschiedlichste Einsatzgebiete verwendet – vom täglichen Pendeln über kurze Fahrten zum Shopping in die Stadt bis hin zur längeren Urlaubsreise“, heißt es in der Analyse. In Zukunft würden die Kunden maßgeschneiderte Lösungen für jedes Einsatzgebiet verlangen. Zum Beispiel über Carsharing. Jedes zehnte verkaufte Fahrzeug im Jahr 2030 könnte ein geteiltes Auto sein, der Markt werde sich absolut verändern. Statt ein eigenes Auto zu besitzen, nutzen immer mehr Menschen Fahrzeuge aller Art auf Zeit. Mehr als 1,7 Millionen Teilnehmer sind laut dem Bundesverband Carsharing (bcs) bei den etwa 150 deutschen Anbietern registriert.

Obwohl sich die hohen Erwartungen in den vergangenen Jahren noch nicht bewahrheitet haben, sehen die Autoren der Studie auch für die Elektro-Autos ein großes Zukunftspotenzial. Strengere Emissionsvorschriften, eine bessere Ladeinfrastruktur und niedrigere Batteriepreise würden die Verkäufe von E-Fahrzeugen weiter ankurbeln. „In einem optimistischen Szenario – mit regulatorischer Förderung und steigendem Kundeninteresse – dürfte nach unseren Prognosen 2030 jedes zweite Neufahrzeug einen (teil-)elektrischen Antrieb haben“, heißt es. Dabei würden sich regional unterschiedliche Märkte herausbilden. In großen Städten würden E-Autos eine sehr viel größere Rolle spielen als auf dem Land. „Die Herausforderungen für traditionelle Hersteller sind enorm“, sagt Dominik Wee, Co-Autor der Studie. „Die langfristigen Trends und Kundenwünsche zwingen sie, an vielen Fronten gleichzeitig aktiv zu werden.“ *Peter Entinger*

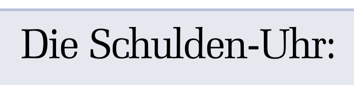
MELDUNGEN

Qualität ist Managern egal

Esslingen – Die meisten deutschen Manager haben aus den Wirtschaftsskandalen der letzten Zeit nichts gelernt. Das geht aus der Studie „Qualitätsbewusstsein als Wettbewerbsfaktor“ der Hochschule Esslingen hervor. Demnach haben fast zwei Drittel der Manager in deutschen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen weder das erforderliche Wissen noch den Willen, um sich um die Verbesserung der Produkt- und Prozessqualität ihres Unternehmens zu kümmern. Für die Studie haben die Wissenschaftler über 200 Führungskräfte befragt. Rund die Hälfte von ihnen gab an, dass es in ihren Unternehmen kein einheitliches Verständnis von Qualität gebe. *J.H.*

Russland stößt seine Euros ab

Moskau – Die russische Zentralbank hat den Anteil des Euros in ihren Valuta- und Goldreserven in den letzten zehn Jahren von rund 40 auf 25 Prozent reduziert. Gleichzeitig stieg der Anteil ihrer Goldreserven nach jetzigem Wert von acht auf fast 74 Milliarden US-Dollar. Der Dollaranteil hingegen schwankte stets nur wenig und lag zwischen 40 und knapp 50 Prozent. Als Grund für den Euro-Abverkauf werden die starken Schwankungen der EU-Währung genannt. *T.W.W.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.978.031.759.262 €

Vorwoche: 1.977.991.514.917 €

Verschuldung pro Kopf:
24.043 €

Vorwoche: 24.043 €

(Dienstag, 7. November 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Boom beim Einzelhandel

Wachstumstreiber ist vor allem das Online-Geschäft

Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden kürzlich wissen ließ, stiegen die Umsätze im Einzelhandel von Januar bis September preisbereinigt um drei Prozent. Wachstumstreiber ist vor allem der Online-Handel. Der Handelsverband Deutschland erwartet, dass 2017 die Rekordmarke von über einer halben Billion Euro erreicht wird. Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte diesen September 2,2 Prozent mehr um als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten war der Umsatz sogar um 2,5 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Im Facheinzelhandel mit Lebensmitteln wurden dagegen 1,4 Prozent weniger umgesetzt. Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lagen die Umsätze 5,8 Prozent über den Werten des Vorjahresmonats. Den höchsten Umsatzzuwachs erzielte der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren mit einem Plus von 17,5 Prozent.

In Deutschland läuft rund ein Viertel des privaten Konsums über den Einzelhandel. Leerstände in vielen Innenstädten zeugen davon, dass sich der Einzelhandel in den vergangenen zwei Jahrzehnten grundlegend verändert hat. Der zunehmende Trend zum Onlinehandel gilt als Folge eines geänderten Freizeit- und Konsumverhaltens.

Der Konsument der Zukunft erwarte ständige Verfügbarkeit, aktiven Service und eine nahtlose Einkaufserfahrung über alle Kanäle hinweg. Shopping werde noch stärker als Freizeitaktivität gesehen werden. Erfolgreich würden deshalb die Unternehmen sein, die ihren Kunden nicht nur ein Produkt, sondern eine authentische Einkaufserfahrung mit Erlebnischarakter bieten – online wie offline, heißt es in einer Studie, die das Technologie-Unternehmen Criteo gemeinsam mit dem Marktforschungs- und Beratungsunternehmen Ovum veröffentlicht hat. Die Grenze zwischen stationärem Handel und Onlinehandel werde im Jahr 2026 verschwunden sein.

> Traditioneller Handel vorläufig nicht chancenlos

Vorläufig sei aber auch traditioneller Handel noch nicht chancenlos. Oftmals seien der persönliche Kontakt zum Verkaufspersonal sowie eine entsprechend kompetente Beratung das Entscheidungskriterium, die entsprechende Ware im Geschäft zu kaufen. Darüber hinaus reize es bestimmte Kundengruppen, die Ware sofort vom Geschäft mit nach Hause nehmen zu können, statt lange auf die Lieferung warten zu müssen. In Zukunft sei eine Verbindung aus beiden Modellen deshalb die erfolgversprechendste Variante.

„Die mobilen Endgeräte werden sich im Jahr 2026 klar als wichtigste Plattform für die Interaktion mit dem Konsumenten durchgesetzt haben; es gilt dann ‚Mobile first‘ in jeder Hinsicht“, heißt es in der Studie. Von der Kundenansprache über die Bezahlung bis hin zu Kundenkarten und Rabattprogrammen werde der gesamte Kaufprozess über immer leistungsstärkere Smartphones mobil möglich sein. Erfolgreich würden dann jene Unternehmen sein, die ihren Kunden diese Mobilität ermöglichen, indem sie in entsprechende Technologien investieren. Das Kauf- und Konsumverhalten werde sich noch stärker individualisieren. Der Kunde der Zukunft wolle Produkte online auswählen und vor Ort ansehen. Der deutsche Einzelhandel habe die Zeichen der Digitalisierung zu spät erkannt, sei aber nun dabei, die entscheidenden Weichen zu stellen. *P.E.*

Teuerstes Stromjahr

Nie war elektrische Energie teurer in Deutschland als 2017

Nach den Berechnungen von Verivox wird 2017 als bislang teuerstes Stromjahr aller Zeiten enden. Das Vergleichsportal beziffert den deutschen Strompreis im Jahresmittel auf 28,18 Cent je Kilowattstunde. Für 2016 waren noch 27,43 Cent ermittelt worden. Legt man eine dreiköpfige Familie mit einem Jahresverbrauch von insgesamt 4000 Kilowattstunden zugrunde, dann ist die Stromrechnung im Vergleich zum Vorjahr um gut 30 Euro gestiegen. Vor zehn Jahren lag die Belastung sogar um rund 40 Prozent niedriger.

Das Vergleichsportal nennt als Hauptgrund für den Preisanstieg die gestiegene Abgabenlast zur Förderung der Energiewende sowie die damit verbundenen Kosten für Betrieb und Ausbau der Stromnetze. Tatsächlich machen Steuern und Umlagen mit 56 Prozent mittlerweile den größten Teil bei den Stromkosten aus.

Wie die vier Übertragungsnetzbetreiber Amprion, Tennet, 50 Hertz und Transnet BW, welche die deutschlandweiten Stromtrassen bauen und warten, mitgeteilt haben, wird im Jahr 2018 die Umlage zur Förderung des Ökostroms leicht sinken. Aktuell beträgt die EEG-Umlage 6,88 Cent, 2018 sollen die Verbraucher 6,792 Cent zusätzlich je Kilowattstunde zahlen. Erstmals seit ihrer Einführung im Jahr 1998 wird die Umlage damit sinken. Die Unternehmen führen als Begründung für den leichten Rückgang unter anderem an, dass der Finanzpuffer zum Auffangen von Schwankungen nicht ausgeschöpft wurde.

Für die Verbraucher muss sich dies nicht unbedingt in fallenden Preisen niederschlagen. Ein Viertel des Strompreises besteht nämlich aus den Netzentgelten. Auch dieser Faktor wirkt sich immer stärker preistreibend aus.

> 56 Prozent vom Preis sind Steuern und Umlagen

Im Osten der Bundesrepublik haben Netzbetreiber im vergangenen Jahr schon Preissteigerungen von bis zu 80 Prozent durchgesetzt. Begründet wird dies mit den Kosten für den Ausbau von Stromleitungen und Eingriffen ins Stromnetz, die im Zuge der Energiewende notwendig werden. Die steigende Zahl von Windkraft- und Solaranlagen macht immer mehr Investitionen in den Ausbau der Übertragungsnetze nötig.

Inzwischen haben die Übertragungsnetzbetreiber auch für den Westen Deutschlands teilweise drastische Erhöhungen angekündigt. So sollen sich zum Jahreswechsel 2017/2018 die Netzentgelte im Saarland voraussichtlich um fast 50 Prozent erhöhen. Amprion aus Dortmund will seine Entgelte ab dem 1. Januar nächsten Jahres um 45 Prozent anheben.

Wie sich dieser Kostenschub bei den Endverbrauchern auswirkt, muss abgewartet werden. Die großen Netzbetreiber reichen die Kosten zunächst an lokale Verteiler weiter. Einige Stromanbieter haben bereits angekündigt, durch interne Kostenoptimierung die Strompreise in den nächsten Monaten stabil halten zu wollen.

Die Preispolitik der großen Übertragungsnetzbetreiber ist nicht unumstritten. Laut einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ rätseln selbst ausgewiesene Experten, wie die großen Übertragungsnetzbetreiber ihre Preiserhöhungen begründen. Zwar müssen die Erhöhungen von der Bundesnetzagentur abgesegnet werden, beklagt wird allerdings, dass die Genehmigungsbescheide der Behörde an wichtigen Stellen meist geschwärzt werden, sodass die Entgelterhöhungen für Außenstehende nicht nachzuvollziehen sind. *Norman Hanert*

Gegenwehr

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Das Landesamt für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen hat – endlich! – seine Art Gegenwehr gegen die zumeist jugendlichen Salafisten intensiviert. Unter der Bezeichnung „Wegweiser in Nordrhein-Westfalen“ gibt es in dem Bundesland zehn Anlaufstellen, die sich an Personen richten, die bereits mit den „Gotteskriegern“ sympathisieren und zum IS abzurutschen drohen. Ihr Radikalisierungsprozess soll bereits in den Anfängen durch viele Gespräche verhindert werden, wozu Wegweiser-Berater den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Davon zu unterscheiden sind die Aussteigerprogramme, die sich an zurückgekehrte „Krieger Allahs“ wenden, die also bislang in die radikalislamische Szene eingebunden waren und jetzt – zumindest nach ihren Äußerungen – mit deren Ideologie gebrochen haben. Bei ihnen gilt es, sie für unsere Gesellschaft zurückzugewinnen.

Der bisherige NRW-Justizminister Ralf Jäger (SPD) hat die Programme kurz vor seinem Abtritt als seine „große Idee“ verherrlicht. Journalisten hatten bereits zehn Jahre zuvor derartige Maßnahmen verlangt – sie wurden verlacht.

Konstruktiv

Von Manuel Ruoff

Zumindest, wer in der Bundesrepublik zur Schule gegangen ist, wird sich daran erinnern, dass er mindestens einmal in seiner Schullaufbahn die Lehren lernen musste, welche die Väter des Grundgesetzes in ihrer Weisheit aus dem Scheitern der Weimarer Republik gezogen haben. Zu diesem Kanon zählt nicht zuletzt das konstruktive Misstrauensvotum. Die linksradikale und die rechtsradikale Opposition sollten nicht mehr wie in der Spätphase der Weimarer Republik in der Lage sein, das Land an den Rand der Unregierbarkeit zu bringen, indem sie sich – destruktiv – auf den Sturz des Kanzlers einigen, ohne sich – konstruktiv – auf eine Alternative geeinigt zu haben. Dafür sollte nun im Grundgesetz die Einführung des konstruktiven Misstrauenvotums sorgen.

Wie wertlos dieses konstruktive Misstrauensvotum in Wahrheit ist, zeigt die gegenwärtige Situation. Seit dem Zusammentritt des 19. Bundestages ist Bundeskanzlerin Angela Merkel nur noch geschäftsführend im Amt, wie es die Weimarer Regierungschefs gewesen waren, wenn sich nach ihrem Sturz das Parlament nicht auf einen neuen Kandidaten hatte einigen können. Und schwächt das in irgendeiner relevanten Form die Amtsautorität der Bundkanzlerin? Nein!

Und damit sind wir beim springenden Punkt. Entscheidend für die Autorität eines Kanzlers ist nicht, ob er geschäftsführend im Amt ist oder nicht, sondern ob er eine Mehrheit im Parlament hat, mit der er Gesetze durchbringen kann. Und wenn er die nicht hat, nützt es ihm auch nichts, wenn die Einführung des konstruktiven Misstrauensvotums ihn vor dem Sturz schützt.

Aus der Katastrophe lernen

Von Eberhard Hamer

Die Politik und die ihr ergebene Presse haben erreicht, dass die Mehrheit der Bevölkerung zufrieden bleibt. „Es geht uns doch so gut!“. „Wir sind doch ein reiches Land und können abgeben!“. Doch die Menschen sehen nicht, dass wir durch die Euro-Politik in einem künstlich aufgeblähten Finanzballon leben, der immer größer wird und jederzeit platzen kann.

Uns werden diese gefährlichen Fehlentwicklungen durch Politik und Medien vernebelt. Und uns wird vorgegaukelt, dass es dabei nicht mehr um nationale Wohlfahrt, sondern allein um Globalisierung und Weltrettung gehe, dass man deshalb mit Nullzins und Bürgschaften nationale Zusatzverschuldung in Kauf zu nehmen habe, um die europäischen und internationalen Pleitestaaten noch eine Weile liquide zu erhalten, dass man gegen die internationale Armut durch unbegrenzte Aufnahme aller Armen in unser Sozialsystem „internationale Solidarität“ beweisen müsse, dass man auch das Weltklima durch Verzicht auf die billige Atomenergie und teure ökologische Zwangsmaßnahmen zu retten versuchen müsse, und dass die Zeiten nationaler Demokratie vorbei seien, vielmehr durch globale Herrschaft der Hochfinanz und ihrer internationalen Behörden (EU) ersetzt werden müsse.

Wer über die großen Crash-Risiken wie Spekulations- und Schuldenblase, Geldbetrug, Überlastung der Sozialsysteme oder die Kriegslust der USA redet, wird als Verschwörungstheoretiker, Miesmacher, als „rückständig“ abgetan. Und wer die Gefahren der Massenzuwanderung nennt, gilt gar als „Nationalist“ oder sogar „Rassist“. Die herrschende Elite und ihre Medien wollen „weiter so“, wie ein Drogensüchtiger, der sich vor dem Entzugsschock fürchtet und durch weitere Drogen noch „Zeit zur Lust“ gewinnen will.

Nur ein Crash würde zu echten Reformen zwingen

Erst wenn Unternehmen und Privatleute kein Geld mehr haben, werden sie erkennen, dass sie bisher in einer Finanzblase gelebt haben. Erst dann erkennen sie auch, dass die Parteien sie betrogen haben, dass Schuldenorgien und Massenzuwanderung kein Wohlstandsprogramm, sondern ein Verarmungsgrund waren.

Wo Vernunft nicht ausreicht, muss eben die Macht der Marktkräfte die Scheinwelt zusammenschlagen. Wie nur Winter und Frost einen neuen Frühling bringen, haben in der Geschichte meist erst Krisen und Zusammenbrüche falsche, nicht lebensfähige Strukturen zerstört und neuen politischen und wirtschaftlichen Aufschwung erzeugt. Wir brauchen also dringend einen Crash, der zwangsweise Erneuerung bringt, weil unsere Politik gegen alle Vernunft eine Scheinwelt und gefährliche Entwicklungen zu erhalten versucht.



Nur eine von vielen Blasen, die bald platzen werden: Die Spekulations- und Schuldenblase

Bild: Mauritius

»Der Feind in den eigenen Reihen«

Frei gedacht



Von Eva Herman

Der Niedergang einer Gesellschaft zeigt sich am deutlichsten durch nachhaltig fehlenden Nachwuchs. Keine Kinder, keine Zukunft. Keine eigenen Kinder, keine eigene Zukunft. Wenn ein Volk es sich leistet, auf Nachkommen zu verzichten, so werden andere nachkommen und es richten. Wie die Geschichte dann weitergeht, liegt in fremder Hand. Man muss sich nicht mehr beschweren über das künftige Schicksal des Landes, welches man ja sehenden Auges selbst ausländischen Leuten freiwillig überließ. So einfach ist das. Derzeit geschieht dies in Deutschland. Die Folgen sind weitreichend.

Seit Jahrzehnten wird Deutschland „aufgefüllt“ mit Immigranten, zunächst, um einstige Nachkriegskrisen zu bewältigen und die „Wirtschaft aufzubauen“, wie man sagte. Heute, um Deutschlands „Demografie-Probleme auszugleichen“, wie es jetzt heißt. Und in der Tat, ohne den Zuzug der Immigranten vor 50, 60 Jahren wären hierzulande in der Vergangenheit noch weitaus weniger Kinder geboren worden. Jetzt, seit dem von der UN bereits 2001 vorgeschlagenen Bevölkerungsaustausch („replacement migration“), also seit der bedingungslosen Einwanderungspolitik 2015 durch Angela Merkel, wird das Land deutlich aufgefüllt, mehr und mehr Kinder werden geboren, man kann es beim Gang durch die Straßen Deutschlands erkennen. Diese stammen jetzt halt meist aus muslimischen Familien, viele davon sprechen wenig Deutsch, ihre Kultur und Religion ist eine ganz andere als es die unsere war. Das hat Folgen, und zwar einschneidende, sowohl im Erziehungs- und Gesellschafts- als auch im Staatswesen. Alles wird anders.

Über die in diesem Zusammenhang entstehenden Folgen bei der Bundeswehr zum Beispiel wurde hier schon berichtet. Auch über die Zustände an deutschen Schulen sowie die explodierenden Kosten bei Kommunen und Gemeinden. Heute geht es um die ausufernden Zustände bei der Polizei. Einiges wurde jetzt darüber bekannt, erschreckende Meldungen über immer mehr Immigranten bei der Berliner Polizei, die offenbar für Hass und Gewalt, für Chaos und Unordnung sorgen. Ein Ausbilder der Berliner Polizei-Akademie hatte kürzlich anonym ausgepackt. Diese von der Polizeibehörde als echt bestätigte Voicemail kursierte gerade durch die Medien, in dieser heißt es unter anderem wörtlich: „Ich hab Unterricht gehalten an der Polizeischule. Ich hab noch nie so was erlebt, der Klassenraum sah aus wie Sau, die Hälfte Araber und Türken, frech wie Sau. Dumm. Konnten sich nicht artikulieren.“ Deutschen Kollegen seien Schläge angedroht worden, er selbst habe Angst vor den Auszubildenden, berichtete die „Welt“. „Das wird 'ne Zwei-Klassen-Polizei, die korrupt nur sein wird.“ Und weiter: „Das sind keine Kollegen, das ist der Feind. Das ist der Feind in unseren Reihen.“ Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte darauf bestätigt, man wisse um die Probleme, könne aber ohne konkrete Hinweise nichts unternehmen. „Wir kennen diese Audiodatei und betrachten sie mit Sorge, weil es nicht die erste Äußerung über die Akademie ist, die in diese Kerbe schlägt“, sagte GdP-Sprecher Benjamin Jendro.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Die Polizei, dein Freund und Helfer? Es wird eng im Staate. Und noch längst nicht genug: Kurz nach Bekanntgabe all dieser beunruhigenden Fakten veröffentlichte „Focus-Online“ einen anonymen Brief eines Beamten des Landeskriminalamtes (LKA) an den Berliner Polizeipräsidenten, in dem die Vorwürfe bestätigt – und weit übertroffen werden: Frauen würden als Vorgesetzte nicht mehr akzeptiert, Auszubildende würden das Dienstschwimmen verweigern, wenn im Becken vorher eine „Unreine“ geschwommen sein könnte. Weiter hieß es, der Streit zwischen verschiedenen Ethnien bei der Polizei könne schon bald in blanke Gewalt umschlagen. Es sei nur noch „eine Frage der Zeit, bis der erste Schuss fällt“. Michael Knape, der an der Akademie mehrere Jahre leitender Prüfer war, sagte, das Problem nehme immer weiter zu: „Die Schüler werden immer frecher und respektloser, auch untereinander, da kann die Gewalt inzwischen leicht eskalieren. Es hat sogar schon Zwischenfälle wegen Hehlerei mit Drogen in den Reihen dieser (Polizei)-Schüler gegeben.“

Alle diese Probleme scheinen hinlänglich bekannt. Und sind doch wohl nur die Spitze des Eisberges. Denn jetzt kommt heraus, dass ein Teil der muslimischen Polizeischüler (bundesweit soll der Immigrantenanteil bei der Polizei inzwischen bei etwa 40 Prozent liegen) aus kriminellen, arabischen Großfamilien stammen, die, wie die „B.Z.“ einige Experten des Landeskriminalamtes zitiert, „die organisierte Kriminalität in der Hauptstadt entscheidend mit beherrschen“. Ob es sich um spektakuläre Einbrüche im KaDeWe handelt, um Goldraub im Bodemuseum, oder um einen Überfall beim Pokerturnier, „die arabischen Clans sind perfekt vernetzt, sodass sie sich innerhalb kürzester Zeit verständigen können“. Vor allem der Drogenhandel, Prostitution, Schutzgelderpressung sowie neuerdings Immobiliengeschäfte, „bei denen Flüchtlinge sowie die Stadt betrogen werden“, seien die Haupteinnahmequellen der Clans. „Alle eint, dass sie traditionell kein Vertrauen zum Staat haben, sondern versuchen, ihre Parallelgesellschaft durchzusetzen.“ Wie praktisch, oder? Sobald man ein paar Clanmitglieder bei der Polizei untergebracht hat, laufen die Geschäfte ohne Komplikationen.

Die Polizei geht davon aus, dass es in Berlin fast 20 Großfamilien gibt. Zu jeder Familie gehörten zwischen 50 und 500 Mitglieder, die teilweise unterschiedliche Namen trügen und deshalb für die Sicherheitsbehörden schwer zu identifizieren seien, heißt es. Insgesamt geht man von 9000 Mitgliedern in Berlin aus. Die meisten gelten bei den Sicherheitsbehörden als kriminell aktiv. Sie stammen aus der Türkei, dem Libanon und aus Syrien. Die „B.Z.“ schreibt: „Arabische Clans sind so stark verbunden, dass sie einander jederzeit zu Hilfe eilen können. Als im vergangenen Jahr nach einem Unfall bei Hannover zwei Brüder einer Familie ums Leben kamen, reisten mehr als 3000 Angehörige und Bekannte nach Berlin und legten bei der Beerdigung den Columbiadamm lahm.“ Übrigens sollen Bewerber aus kriminellen Großfamilien trotz einer bestehenden Strafakte in der Berliner Polizei angenommen worden sein, was von einem Sprecher der Berliner Polizeiakademie bestätigt wurde. Derzeit soll mindestens ein Bewerber eine Polizei-Ausbildung durchlaufen, der schon im Bereich der organisierten Kriminalität auffällig geworden sei.

Es ist übrigens zu spät, sich zu beschweren, die Vorgänge laufen schon lange, unser Land ist jetzt anders. Die Polizei, dein Freund und Helfer, ist längst unterwandert. Der bekannte Islamkritiker und Filmemacher Imad Karim spricht seit Jahren über diese Themen. Er lebt unter ständiger Todesangst, da er massenweise Morddrohungen erhält. Im Notfall wird auch er auf die Hilfe der Polizei angewiesen sein. Imad Karim sagte unlängst, dass er schon Ende der 70er ahnte: „Diese aus einer menschenverachtenden, archaischen Unkultur stammenden, bauernschlauen Analphabeten werden es mit dem Rechtsstaat aufnehmen und ihn mit ihrer Geburtenfließbandproduktion zum Aufgeben zwingen.“ Interessant ist zuletzt noch die Frage, welche Polizei unsere Politiker einst schützen wird, wenn das Volk auf die losgeht.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Wie ein Wutbürger

Luther, der Populist – Ein etwas anderes Martinisingen zum Geburtstag des Reformators am 10. November

Viel Aufwand, wenig Ertrag. Dieses Fazit kann man zum Reformationsjahr ziehen, das seit dem 31. Oktober offiziell beendet ist. Das lag wohl auch daran, dass Luther für viele keine Lichtgestalt ist.

Das für viele wichtigste Ergebnis des Reformationsjubiläums war sicher der bundesweit außerplanmäßige Feiertag am 31. Oktober anlässlich des 500. Jahrestags des Thesenanschlags in Wittenberg. Was man sonst nach zehnjähriger Vorbereitung mit Bundesmitteln in Höhe von 50 Millionen Euro auf die Beine gebracht hat, war mehr als dürftig: Der evangelische Kirchentag in Berlin und Wittenberg erwies sich als Besucherflop; eine Ausstellungsorgie in den Luther-Städten täuschte geschickt über die mangelnde Qualität des Gezeigten hinweg; ein gigantisches Luther-Oratorium mit 4000 Sängern verniedlichte Luther als Musical-Star, und ein Playmobil-Luther, mit dem die Evangelische Kirche das Reformationsjahr vermarktete, verballhornte den Reformator als Kinderspielzeug.

Die Banalisierung Luthers war seitens der Organisatoren um „Reformationsbotschafterin“ Margot Käßmann beabsichtigt. Sie wollten Luther auf kleiner Flamme halten. Denn heutzutage haben viele ein zwiespältiges Verhältnis zu ihm. Seine Juden-, Frauen- und Islamfeindlichkeit ist wenig opportun.

Stattdessen sollte die Reformation groß aufgetischt werden. Weil aber Reformation ohne Luther nicht geht, wurde es im Jahr 2017 kein so rauschendes Fest, wie es das in ideologisch weniger belasteten Zeiten vor vielleicht zehn Jahren noch hätte werden können, als die Lutherdekade mit ihrer Veranstaltungsflut begann.

Inzwischen geht die Angst um, wenn von Luther die Rede ist. Es ist die Angst vor einem „Rechtspopulisten“, einem, der den bestehenden gesellschaftlichen Konsens infrage stellt. So bezeichnet der Luther-Biograf Willi Winkler den Reformator nicht nur als „Rebell“, sondern auch als „konservativen Revolutionär“, der etwas Fortschrittliches erreicht hat, nämlich die Reformation.

Tatsächlich fällt es nicht schwer, in ihm einen jener „Wutbürger“ zu sehen, die sich in der Masse als konservative Gegenbewegung zur etablierten Meinung begreifen. Herrschende Kraft zu Luthers Zeiten war die Katholische Kirche, die er nicht bekämpfte, wohl aber deren Dogmen, starre kirchliche Rituale und korrupte Machenschaften wie den Ablasshandel.

Luthers Brüssel war Rom, welches für den Unterhalt des riesigen Apparats das Geld aus den reichen Kleinstaaten saugte und ihnen als einzige Gegenleistung Regeln und Gesetze diktierte. Was für Brüssel die Krümmung der Banane war für Rom die nicht vorhandene der Welt: sie blieb eine Scheibe.

Luther wagte den Widerspruch. Und er tat es mit drastischen Worten: Bei ihm „platzen die Geister aufeinander“, er erfand Bibelwörter wie „Bluthund“, „Schandfleck“ oder „Lästermaul“, sprach von den Deutschen als „aller Völker Affen“ und schimpfte auf die „Huren- und Hermaphroditenkirche“. Wer als Politiker heute so zu sprechen wagt, wird als Populist geächtet.

Provokation als Mittel zur Auseinandersetzung setzte schon Luther geschickt ein. Dabei verstieß er gegen eine weitere Konvention: Er verzichtete auf Latein als Gelehrtensprache der Humanisten und sprach – Deutsch. Wenn man sieht, wie heute das Gendersprech der Eliten oder Englisch zum neuen Latein wird, wo selbst im Reformationsjahr einige Kirchen zu „After-Work-Gottesdiensten“ aufgerufen hatten und sich eine Luther-Ausstellung „Here I stand“ (nach dem Luther-Spruch „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“) nannte, wünschte man sich einen neuen Luther herbei.

Die Rückbesinnung auf deutsche Sprache, Kultur und ein deutsches Volk (dem man lutherisch „aufs Maul schaut“) wiederholt sich in unsicheren Zeiten, da sich die Welt dank Internet in einem ähnlichen Wandel befindet wie vor 500 Jahren. Schon damals wurde der Konsens durch Globalisierung (Entdeckung Amerikas), Wissenschaft (heliozentrisches Weltbild durch Copernicus) und neue Medien gestört. Luther nutzte die Erfindung der Druckerpresse so, wie Donald Trump heute Twitternachrichten aussendet.

Dass eine Veränderung der Welt nicht nur Positives bewirken kann, zeigt die Zuwanderungsproblematik. Sie bereitet Sorgen, die nach einem „nicht weiter so“ ruft. Auch Luther fühlte diese Hilflosigkeit. Als die Osmanen Konstantinopel erobert hatten, rief er nach der Einheit der Nation, um deren Vormarsch zu stoppen: „Deutschland ist wie ein kräftiges Pferd ... Es fehlt ihm aber an einem Reiter.“

Sucht man nach weiteren Parallelen, könnte man Luthers – zeitgeschichtlich erklärbaren – Antisemitismus mit heutiger Islamophobie gleichsetzen. In manchen Dingen wie seinem Hexenwahn oder seiner sozialen Kälte gegenüber den Bauern bei ihren damals niedergeschlagenen Aufständen mag er sogar reaktionär wirken.

Trotzdem wollte Luther die Katholische Kirche vor ihrem eigenen Verfall retten, ähnlich wie heutige konservative Politiker die Demokratie gegen die Aushöhlung durch einen öko- oder genderbeseelten Tugendwahn schützen wollen. Dass es dabei zur Kirchenspaltung kam, war nicht von Luther beabsichtigt. Aber das wollten die Briten hinterher auch nicht, als es zum Brexit kam. Luthers Exit, sein „Lexit“, aber war die viel bedeutungsvollere konservative Revolution, die vom linken Zeitgeist stets als Gefahr für dessen Macht betrachtet wird. *Harald Tews*



Bilder (2): tws

Konservativer Rebell: „Junker Jörgs“ Lutherstube auf der Wartburg, Lutherdenkmal in Erfurt (r.)

Festgefahrener Orient-Express

Der Schnurrbart sitzt. Das ist auch schon das einzig Positive, was man vom Briten Kenneth Branagh berichten kann, der in der Film-Neuauflage von Agatha Christies Krimiklassiker „Mord im Orientexpress“ als belgischer Meisterdetektiv Hercule Poirot aktuell im Kino wie festgeklebt nach einer Mordspur schnuppert, damit nur ja nicht sein verzwirbelter Bart unter die Räder gerät. Wie herrlich leichtfüßig ging es noch zu, als Peter Ustinov in mehreren Filmen den Poirot gab, oder wie mit Albert Finney in der frühesten Kinoversion des „Mord im Orientexpress“ von 1974, als Ingrid Bergman für ihre Nebenrolle einen Oscar gewann.

Trotz Star-Besetzung unter anderem mit Michelle Pfeiffer, Judy Dench, Johnny Depp oder Willem Dafoe wirkt Branaghs Film, in dem er auch Regie führte, wie festgefahren. Nachdem der Zug in einer Schneewehe im Balkan feststeckt, führt dieser Poirot seine Untersuchungen so kühl und humorbefreit, wie es das unbarmherzige Winterklima am Zug zulässt. Zwar kammerspielartig solide inszeniert, verhaspelt sich der Krimi in einer wirren Christus-Analogie, wenn die zwölf Verdächtigen am Ende vor einer Tunneleinfahrt an einem Tisch wie beim letzten Abendmahl sitzen. *H. Tews*



Prominenter Bahngast: Michelle Pfeiffer Bild: 2017 Twentieth Century Fox

Die Sterne funkeln wieder

Eine Institution aus den Goldenen Zwanzigern lebt wieder auf – Das Berliner Varieté Wintergarten wurde vor 25 Jahren wiedereröffnet

Die 4564 Sternchen an der Decke des plüschigen Varietéhauses funkeln und zaubern dem verzückten Besucher ein sanftes Lächeln ins Gesicht. Es wundert nicht, dass die meisten Gäste schon allein von der besonderen Atmosphäre angezogen werden. Sie kommen, um zu staunen und um sich verzaubern zu lassen von aufregenden Shows, anspruchsvollen Musik- und Tanzdarbietungen sowie Artisten aus aller Welt. Denn hier treten die Besten ihrer Zunft auf.

„Wir wollen nicht in die Fußstapfen des alten Wintergartens treten, wir wollen den Hut vor ihm ziehen“, waren sich Roncalli-Chef Bernhard Paul, der Wiener Aktionskünstler André Heller und der in Berlin wirkende Kulturmanager Peter Schwenkow im Jahr 1992 einig. Berlin soll sein Traditionshaus zurückbekommen und die Liebe zum Varieté wieder aufleben. Schließlich gab es den Wintergarten schon im Jahr 1880, damals war er ein beliebter Treffpunkt wohlhabender Bürger im Central-Hotel am Bahnhof Friedrichstraße.

Die auftretenden Stars waren Berühmtheiten, die Namen von Entfesselungskünstler Houdini, der Clowns Grock oder Charlie Rivel garantierten ein volles Haus. Die Goldenen Zwanziger Jahre waren gespickt mit Gastspielen von Sängerin Claire Waldoff, dem damaligen Weltstar Josephine Baker im Bananenröckchen oder Enrico Rastelli, dem Wunderjongleur.

1944 dann das Aus. Die Schaubühne an der Friedrichstraße lag nach einem Bombenangriff in Schutt und Asche, zurück blieb die Legende eines großen Namens.

Vor 25 Jahren öffnete der neue Wintergarten in der Potsdamer Straße für 500 Gäste seine schweren Pforten und wurde vom „Time Magazine“ als Kulturtipp für Europa empfohlen. Schnell entwickelte sich das Traditionshaus zum Publikumsmagneten. Regelmäßig gastiert Max Raabe mit seinem Palastorchester dort, eine perfekte Kulisse für den Vertreter einer guten alten Zeit.

Seit fast 20 Jahren hält Georg Strecker die künstlerischen und geschäftlichen Fäden zusammen. Seinem Durchhaltevermögen ist es zu verdanken, dass das legendäre Revue-Theater 364 Tage im Jahr Raum Anlass zum Staunen bietet. Die harten Zeiten scheint Europas schönstes Varieté-Theater überstanden zu haben. 2008 musste Insolvenz beantragt werden, seit 2009 gibt es einen neuen Betreiber. Der neue Wintergarten ist im 21. Jahrhundert längst angekommen.

„Die Artistik ist über 3000 Jahre alt, und sie wird niemals untergehen“, verkündete der gebürtige Hesse Strecker anlässlich der Geburtstagsfeier im Oktober. Dabei schwingt verdientermaßen Stolz in seinen Worten mit. Rund 7000 Vorstellungen, fast drei Millionen Gäste, 98 eigene Shows sind die glänzende Bilanz eines Vierteljahrhunderts.

Natürlich geht es auch um den Erfolg und Erhalt des schönen Hauses in einer Stadt mit wachsender Konkurrenz. Tagtäglich bietet Berlin zwischen 2000 und 3000 Veranstaltungen, bis zu 30000 Tickets werden verkauft. „Der Markt ist eng geworden und die Ansprüche des Publikums sind gewachsen“, sagt Strecker, „was die Gäste fasziniert, sind echte Menschen, zum Greifen nah. Auch in der letzten Reihe kann man noch die Schweißperlen der Artisten sehen.“

Im großartigen Wintergarten-Varieté herrscht eine ganz eigene Atmosphäre. Ob schrill und laut, poetisch und leise, bunt und schräg oder unheimlich und seltsam. Über allem steht das Staunen, und schaut man während der Shows beherzt nach oben, hat man manchmal den Eindruck, die Sterne funkeln noch heller.

Was den Chef selbst zum Staunen bringt? „Wenn extrem schwierige Dinge federleicht aussehen oder wenn Artisten mit ihrer Musik zu einer Einheit verschmelzen.“

„Überirdisch toll“ bezeichnet Strecker diese Momente. In jeder Premiere schaut er seinen Künstlern über die Schultern, achtet auf das richtige Timing. Perfektionisten braucht es in dieser Branche. Und Leichtigkeit muss gelernt sein.

David Copperfield, Hans Klok oder die Ehrlich Brothers sind die großen Illusionisten auf den ganz großen Bühnen. Strecker setzt im Wintergarten eher auf kleine, feine Zauberei, atemberaubende Artistik und großartige Conférenciers wie die Berliner Schauspielerin Meret Becker.

> »Der kleinere Bruder des Zirkus«

Die aktuelle, quietschbunte Jubiläumsshow „Sayonara Tokyo“ widmet sich der ganzen Palette kitschiger Klischees rund um das Land der aufgehenden Sonne. Geishas, Tamagotschis, Mangas und japanisch inspirierter deutscher Schlager: „Du machst so etwas Fremd-Vertrauliches, so Süß-Erotisches, da liegt was drin“, trällern die drei Ladies Yoko, Nancy und Heidi, und mittendrin in der schrillen Absurdität der Show kommt der jodelnde Japaner Takeo Ischi daher, in weißer Ledertracht. Applaus! Eine herrlich schrille Japanschau, geheimnisvoll und hinreißend wird der Zauber fernöstlicher Mystik beschworen.

Experimentierfreudig wird der Betreiber des Wintergartens auch in Zukunft sein. Und mutig. Risiko gehört zum Geschäft. Dem großen Erbe fühlt sich Strecker dennoch verpflichtet: „Der alte Wintergarten war ein Ort mit Weltruf und hochklassigem Entertainment. Die weltbesten Artisten treten auch heute bei uns auf, nur kennt niemand mehr ihre Namen. Wir sind ein kleineres Rädchen in der großen Vergnügungsindustrie geworden und der größte Star des Wintergartens bleibt das Haus selbst.“

Die Welt dreht sich immer schneller, immer mehr Menschen sehnen sich nach Entschleunigung und einer kleinen Auszeit vom digitalen Alltag. Möge der „kleinere Bruder des Zirkus“, wie Gründervater Bernhard Paul das Varieté einst nannte, am Puls der Zeit weiter bestehen und das Staunen niemals enden, wenn die schwierige Kunst der Illusion wieder einmal federleicht aussieht.

Da scheint die nächste Show zur rechten Zeit zu kommen: „Take it easy!“ begibt sich auf die Spuren von Country, Folk und Rock. Freigeister handgemachter Musik sollen auf außergewöhnliche künstlerische Vorstellungen und aufsehenerregende Körperkünstler treffen. Ab Februar sorgt sie im legendären Berliner Wintergarten für zauberhafte Unterhaltung. *Susan Bäthge*

Programm- und Karteninfos im Internet unter www.wintergarten-berlin.de



Berliner Tokio Hotel: Das Sayonara Tokyo Ensemble im Wintergarten Bild: Bäthge

Eine deutsche Musterstadt in China

Vor 120 Jahren besetzte das Deutsche Reich erst die Kiautschou-Bucht und pachtete sie dann für 99 Jahre

Nachdem Konteradmiral Otto von Diederichs am 14. November 1897 die Kiautschou-Bucht durch das Ostasiengeschwader hatte besetzen lassen, konnte das Deutsche Reich endlich den Reigen der pazifischen und afrikanischen Kolonien um eine asiatische ergänzen. Als erste fremde Macht rang es China ein Pachtgebiet ab. Darauf projektierte es eine vorbildliche Planstadt nach europäischen Städtebaumustern und wilhelminischen Architekturleitlinien.

Tsingtau (grüne Insel), so nannten die deutschen Marineangehörigen ihren neuen Stützpunkt am Gelben Meer. 700 deutsche Soldaten hatten leichtes Spiel, das Fischerdorf mit seinen 2000 chinesischen Soldaten zu okkupieren. Als daraufhin der 99-jährige Vertrag mit China abgeschlossen wurde, war Mao Tse-tung gerade fünf Jahre alt. Im gleichen Jahr vereinbarte auch England einen 99-jährigen Pachtvertrag über die „New Territories“ vor seiner Kronkolonie Hongkong. 1997 hätten die Deutschen, so wie die Briten es taten, ihr Pachtgebiet an China zurückgeben müssen. Eine merkwürdige Vorstellung.

Die Besetzung von Tsingtau hatte naheliegenderweise ihre Vorgeschichte. Gebildete deutsche Stände waren seit dem 18. Jahrhundert chinaverliebt. Jesuiten brachten erste Nachrichten, Reisende Porzellan und Seidenmalerei aus Ostasien mit. Kolonialvereine organisierten nach dem Zweiten Opiumkrieg von 1857 bis 1860 Niederlassungsmöglichkeiten für deutsche Kaufleute. 2500 deutsche Missionare bekehrten 60 000 Chinesen zum Christentum. Allerdings war China technisch rückständig, bezog Waffen von Krupp und Schiffe von Vulcan. Bescheidene Seehäfen wurden eingerichtet, so 1891 im abgelegenen Tsingtau.

Dessen Inbesitznahme hatte das Deutsche Reich gut vorbereitet. Marinegründer Prinz Adalbert hatte schon 1848 die deutsche Flagge in den chinesischen Gewässern gefordert. 1869 hatte der Geograph Ferdinand von Richthofen China bereist und die Bucht von Kiautschou als deutschen Stützpunkt empfohlen. Starke Strömung sollte dem geplanten Hafen, ähnlich Wilhelmshaven, Eisfreiheit bescheren, zusätzlich gute Deckung und Schutz vor Stürmen. Die Kohlevorräte für die modernen Dampfschiffe lagen ganz in der Nähe. Admiral Eduard von Knorr wurde 1895 von Kaiser Wilhelm II. als Chef des Oberkommandos der Marine nach Berlin versetzt und bekam den Auftrag, genauere Pläne zur Übernahme des Kiautschou-Gebietes zu entwickeln. Konteradmiral (Contreadmiral) Alfred Tirpitz, ab 1897 Staatssekretär des Reichsmarineamts, gab dem langjährigen Kieler Marinehafenbaudirektor Georg Franzius den Befehl, die chinesischen Küsten zu erkunden und die Bucht von Tsingtau zu vermessen.

Wilhelm II. reagierte auf die Ermordung deutscher Missionare am 1. November 1897, indem er die Bucht 13 Tage später besetzen ließ. Der Kaiser, auch wenn er selbst niemals in Tsingtau war, wollte sein „deutsches Hongkong“ und unterstellte das neue Pachtgebiet unmittelbar der Marine.

Aber dem für die Neugründung von Tsingtau zuständigen Reichsmarineamt fehlte die stadtplanerische Erfahrung für ein derartig riesiges Projekt. Das neue Gebiet umfasste 553 Quadratkilometer Landfläche und ebenso viel Wasserfläche, dazu die 50-Kilometer-Zone. Balduin Emil Rechtern, Vortragender Rat im Reichsmarineamt, musste mit seinen Baubeamten und Architekten die technische Planung übernehmen und umsetzen. Vorbild war der 1861 von James Hobrecht entworfene hochmoderne Berliner Gesamtbebauungsplan, der wiederum auf die rechtwinkligen spätklassizistischen Fluchtlinienpläne von Berlin-Kreuzberg und -Moabit von Karl Friedrich Schinkel und Peter Joseph Lenné zurückging.

Der heutige Tsingtaubesucher erwartet in der Altstadt farbenprächtige Pagodenarchitektur, entdeckt aber Satteldächer, Fachwerkgiebel, Sprossenfenster, Balustraden, Türmchen, Stuckornamente und Natursteinverblendungen. Repräsentativbauten, Stadtvillen, Kirchen, Krankenhäuser, Schulen und Hafenanlagen aus der deutschen Epoche belegen die Einflüsse kaiserlicher Marinebaubeamter. Die Baukunst in der ehemaligen Garnisonstadt sollte deutsches Lebensgefühl und außenpolitisches Selbstbewusstsein ausdrücken. Mildes Klima, weitläufiges Seebadflair, lange Sandstrände, aber auch prächtige Alleen, bewaldete Bergkuppen und lauschige Täler hielten die Sehnsucht zur Heimat wach.

Die auf die Marinearchitekten George Gromsch und Karl Strasser zurückgehenden Bebauungspläne von Tsingtau waren nach Nutzungsarten und Bevölkerungsgruppen gegliedert, ohne Hinterhöfe, ohne Mietskasernen, ohne Hygienemängel. Stattdessen gab es durchlüftete, aufgelockerte, gründurchzogene Blockstrukturen in einem modularen System, das nach Bedarf aufgefüllt werden konnte. Das war ein Vorgriff auf den fortschrittlichen Städtebau des 20. Jahrhunderts mit seinen Funktionstrennungen. Besonders aufwändig war die „Europäerstadt“ entworfen: individuell gestaltet, herausgehoben repräsentativ, angenehm durchgrünt und auf das südlich angrenzende Meeresufer mit seinen Strandpromenaden, Hotels und Geschäftshäuser bezogen. Parallel hierzu verliefen das Kaiser-Wilhelm-Ufer sowie die Prinz-Heinrich-, Irene- und Kronprinzen-Straße. Von der Strandpromenade nach Norden laufen Kieler-, Friedrich-, Albert-, Wilhelm- und Bismarck-Straße. Die „Chinesenstädte“ lagen in den isoliert aufgebauten Vororten Tapautau, Taitungtschen und Taisitschen.



Bild: Brücke-Osteuropa/CF

Die chinesische Millionenstadt Tsingtau: Im Vordergrund Bauten aus der deutschen Kolonialzeit

Die militärische und zivile Gewalt lag in der Hand von nacheinander fünf aus Berlin nach Tsingtau entsandten Gouverneuren, die allesamt Kapitäne zur See waren. An ihren Bauten mussten sie nicht sparen, schließlich repräsentierten sie Macht und Einfluss, Modernität und Zukunft, Weltgeltung und Kultur. So wurde Kiautschou zur teuersten Kolonie des Deutschen Reiches. Die Gouvernementverwaltung, das Gericht, die Gouvernementpolizei, das Zollamt und vor allem die prachtvolle Gouverneurresidenz stehen noch heute als prachtvolle Monumentalbauten an bedeutsamen Stellen der Stadtgeometrie und symbolisieren vergangenen Nationalstolz.

> Deutschlands teuerste Kolonie

Für die Marinesoldaten bauten die deutschen Architekten 1899 bis 1909 drei aufwendige Kasernenanlagen: Iltis-, Bismarck- und Moltke-Kaserne, dazu Stabsgebäude, Seemannshaus, Marinewaschanstalt und ein Lazarett. Die stilvollen Garnisongebäude sind fast alle erhalten.

Eine Besonderheit waren die opulenten und verschwenderisch ausgestatteten Villen am Diederichs- und Hohenlohe-Weg, am Auguste-Viktoria-Ufer und in der Nähe der Pferderennbahn. Sie waren am englischen Landhausstil orientiert. Hier wohnten die Deutschen: Marineoffiziere, Gouvernementpfarrer, Richter, Beamte, Bauunternehmer, Zollbedienstete, Kaufleute und Lokalprominenz.

Den 2400 deutschen Soldaten und 2000 Zivilisten in Tsingtau sollten auch deutsche Kultur und Bildung geboten werden und möglichst auch den 200 000 Chinesen. Der Evangelische Kirchenausschuss Berlin ließ 1908 bis 1910 für die Zivilgemeinde und die Garnison auf einem Hügel östlich der Bismarck-Straße die Christuskirche im Jugendstil bauen. Der Bau der neoromanischen katholischen St.-Michael-Kathedrale verzögerte sich bis in die 1930er Jahre. Es entstanden mehrere Gouvernements- und kirchliche Schulen, sogar Berufsschulen und eine Hochschule. In Aussehen und Funktion waren sie Abbild typisierter preußischer Schulgebäude. Darüber hinaus existierten wohl an die 200 chinesische Schulen.

Eine Spitzenleistung damals neuester Ingenieurskunst wurde der 1904 fertiggestellte, 240 Hektar große Hafen mit seinen Molen, Brücken, Docks, Kais, Werften und Kränen. Eisenbahnbauten verbanden ihn mit den Kohlegruben in der Provinz Schantung. Zur hochmodernen Infrastruktur zählten auch Bahnhof, Observatorium, Schlachthof, Postbauten, Elektrizitätswerk, Kanalisation, Trinkwasserversorgung und Straßenbau.

Zwei Welten stießen 1897 aufeinander: Die 4000-jährige chinesische Tradition und die Baukultur des erst ein Vierteljahrhundert alten Deutschen Reiches. Schon 17 Jahre später erfasste der Erste Weltkrieg Ostasien. 56 000 Japaner und 1500 Briten belagerten vom 13. September bis zum 7. November 1914 die mit 4300 Soldaten weit unterlegene Marinegarnison Tsingtau. Die Niederlage war vorhersehbar, denn Tirpitz hatte nur neun Landbefestigungen und Küstenbatterien genehmigt. Die Ostasienflotte war machtlos und versenkte sich selbst. Nach dem Fall von Tsingtau gerieten Gouverneur Alfred Meyer-Waldeck, seine Beamten und mit ihnen 5000 reichsdeutsche und österreich-ungarische Soldaten und Zivilisten bis 1920 in japanische Gefangenschaft. 200 waren gefallen und wurden auf dem deutschen Friedhof von Tsingtau begraben. 1930 wurde ihnen ein Denkmal gesetzt, doch die chinesische Kulturrevolution fegte es mitsamt den Grabsteinen hinweg. Der Mythos Tsingtau aber hatte lange Nachwirkungen.

Ingo Sommer

Als die deutsche Schrift »jüdisch« wurde

Das Sütterlin, dessen Namensgeber vor 100 Jahren in Berlin starb, brachte Ordnung in das Buchstabenchaos

Im Januar 1941 erreichte alle deutschen Ministerien ein Rundschreiben vom Obersalzberg, das für Kopfschütteln sorgte. Es ging um Sütterlin, die Schrift, die alle Deutschen schrieben. Der Absender war das willige Sprachrohr Adolf Hitlers, der Leiter der Partei-Kanzlei, Martin Bormann. Mit Datum 3. April teilte er zum Sütterlin Folgendes mit: "Die sogenannte gotische Schrift als deutsche Schrift anzusehen oder zu bezeichnen ist falsch. In Wirklichkeit besteht die sogenannte deutsche Schrift aus Schwabacher Judenlettern ... Am heutigen Tag hat der Führer entschieden, ... dass die Antiqua-Schrift künftig als Normal-Schrift zu bezeichnen sei.“ Weiter erging sich Bormann in hergeholten Erklärungen, warum das Sütterlin, eine Frakturschrift, die auch als „Deutsche Schrift“ bekannt war, plötzlich als jüdisch von Hitler verboten wurde. Nach Erfindung des Buchdrucks hätten sich Juden der lukrativen Druckereien, so Bormann, bemächtigt und Frakturschriften wie das Sütterlin im ganzen Reich verbreitet.

Dass der Erfinder des Sütterlin, Ludwig Sütterlin, eine einwandfreie arische Abstammung vorweisen konnte, störte nicht weiter. Auch dass er die Reformschrift 1911 im Auftrag des Königlich-Preußischen Kultusministeriums entwickelt hatte – mehr Deutsch ging nicht – war dem Führer wohl unbekannt. Historiker vermuten, dass Hitler sich, befeuert durch die militärischen Erfolge seiner Armee, bereits kurz vor dem Endsieg wähnte und eine von ihm persönlich diktierte Schrift im künftigen Großdeutschland einführen wollte, wie er sich auch von Albert Speer „seine“ neue Hauptstadt planen ließ.

Das Preußische Kultusministerium hatte gute Gründe gehabt, eine neue Schrift entwerfen zu lassen. In den Klassenzimmern des Reichs herrschte das reine Buchstaben-Chaos. Den Kindern wurden unterschiedliche Schriftarten beigebracht, ganz nach Geschmack und Vorliebe der Lehrer. Am weitesten verbreitet war eine Fraktur, wie sie in England geschrieben wurde. Bei dieser Kurrentschrift, deren Bezeichnung vom lateinischen „currere“ (laufen) kommt, neigen sich die Buchstaben schräg nach rechts, als würden sie gleich umfallen. „Schön schreiben“ zu lernen war ein wichtiger Teil des Unterrichts, mit Kreide an der Tafel sicher ebenso ein Kunststück wie mit den Federkielen und Tinte. Als die starren Stahlfedern Ende des 19. Jahrhunderts aufkamen, nahm die Kleckserei noch zu. Sütterlin, Professor für Grafik und Kunstschrift an den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Berlin, sollte eine Einheitsschrift entwerfen, die künftig an allen Schulen Preußens gelehrt werden musste.



Karl Ludwig Sütterlin Bild: CF

Der Auftrag des Kultusministeriums war ebenso ehrenvoll wie heikel. Seit dem Mittelalter wurde in Deutschland über die „richtige“ Schrift gestritten. Die Befürworter der Fraktur und die der Antiqua standen sich unversöhnlich gegenüber. Ein Mythos umgab die Schrift. Oberlängen und Unterlängen, runden und kantigen Buchstaben wurden (und werden) bestimmte Charaktereigenschaften des Schreibenden zugeordnet. Die Schrift sollte sogar Ausdruck der Volksseele sein.

Gut ein Dutzend Pädagogen und Schriftexperten standen Sütterlin bei der Entwicklung der neuen Buchstaben zur Seite. Die Schrift sollte eine Variante in Fraktur und „kinderfreundlicher“ werden, klarer und leichter zu schreiben. Sütterlin half dem Alphabet in die Vertikale, er stellte es von A bis Z senkrecht auf eine Linie. Das wie gehäkelt wirkende Schriftbild erscheint heute altmodisch, die Kringel und Schwänzchen, die bauchigen Vokale mögen den Kindern damals gefallen haben. Das Projekt war bereits nach vier Jahren abgeschlossen, und die nach ihrem Erfinder Sütterlin benannte neue Einheitsschrift wurde 1915 an allen Schulen in Preußen eingeführt. 1930 entschlossen sich die Kultusministerien der anderen deutschen Länder, Sütterlin ebenfalls einzuführen. Sie wurde allgemein als Deutsche Schrift bezeichnet. Noch bis in die 1960er Jahre hinein schrieben ältere Menschen in Sütterlin.

Ludwig Sütterlin wurde 1865 in Lahr im Schwarzwald geboren und kam als junger Mann nach Berlin. Als Lieblingsschüler seines renommierten Lehrers, des Künstlers Emil Doepler, fand er schnell Zugang zur Berliner Kunstszene. Seinen ersten bedeutenden Auftrag erhielt er von Emil Rathenau, dem Gründer der Deutschen Edisongesellschaft, später umbenannt in die Allgemeine Elektricitätsgesellschaft, die AEG-Werke in Berlin. Rathenau hatte dem Amerikaner Thomas A. Edison Lizenzen für die Produktion von Glühbirnen abgekauft. Nun suchte er ein aussagekräftiges Markenzeichen für sein Unternehmen. Ganz im Geschmack der Zeit entwarf Sütterlin ein Logo mit einer germanischen Göttin, die eine Glühbirne hoch über ihrem Kopf präsentierte. Rundherum zuckten Blitze. Wie der Blitz schlug auch das Markenzeichen ein. Die naturalistisch dargestellte Dame, von zwei Schwanenschwingen flankiert, war von der Hüfte aufwärts nackt. Durchschlagenden Erfolg hatte auch Sütterlins Plakat für die Berliner Gewerbeausstellung 1896. Es zeigt eine Faust, die sich aus der aufbrechenden Erde reckt und einen schweren Hammer hält. Das Plakat ist im Besitz des Deutschen Historischen Museums Berlin. Darüber hinaus entwarf der vielfach Begabte Art-Deco-Vasen und -Gläser, Vorlagen für Lederarbeiten und Buchschmuck wie für die Festausgabe zum 500. Geburtstag von Johannes Gutenberg.

Sütterlin ist heute Lehrstoff einiger Studiengänge. Die Kenntnisse werden zur Entschlüsselung von Dokumenten und Schriftwerken aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gebraucht. Die Sütterlinstube in Hamburg hilft, wenn Familien Feldpost des im Krieg gefallenen Großvaters oder Urgroßvaters entdeckt haben, die Jahrzehnte lang unbeachtet auf dem Dachboden lag. Die Transkription ist nicht nur für die Angehörigen, sondern auch für die Ehrenamtlichen der Sütterlinstube ein bewegendes Erlebnis.

Klaus J. Groth

Von der Hausfrau zum gerissenen Machtpolitiker

Vor 100 Jahren kam Indiens erste und bisher einzige Ministerpräsidentin, Indira Gandhi zur Welt

Von der Hausfrau zur gerissenen Machtpolitikerin mit diktatorischer Attitüde, die schließlich aus Rache von ihren eigenen Leibwächtern erschossen wurde: So sah der Lebensweg von Indira Priyadarshini Gandhi aus, der am 19. November 1917 in Allahabad begann.

Obwohl ihr Name dies nahelegt, war die Premierministerin Indiens keine Verwandte des Nationalhelden Mohandas Karamchand Gandhi, genannt Mahatma Gandhi, sondern die Tochter des ersten indischen Ministerpräsidenten, Jawaharlal Nehru, der die ehemalige britische Kronkolonie gemeinsam mit Gandhi in die Unabhängigkeit geführt hat. Trotzdem öffnete der Name „Gandhi“ der ohnehin schon höchst privilegierten Brahmanin noch zusätzliche Türen, als sie sich für eine aktive politische Karriere entschied. Dieses berufliche Engagement erboste ihren Ehemann, den Journalisten Feroze Jehangir Gandhi, mit dem sie seit 1942 verheiratet war, dermaßen, dass er die Scheidung verlangte. Sie blieb ihm aber bis zu seinem frühen Tod im Jahre 1960 verwehrt.

Nachdem ihr Vater 1947 Premier der Indischen Union geworden war, diente Indira Gandhi diesem erst einmal als eine Art Privatsekretärin. 1959 avancierte sie zur Präsidentin der Kongresspartei, und wenige Wochen nach dem Tod ihres Vaters wurde sie Ministerin für Information und Rundfunkwesen.

Im Kabinett erwies sich die einstige Geschichtsstudentin ohne Universitätsabschluss als überraschend durchsetzungsstark und tatkräftig. Nach dem Ausbruch des Zweiten Indisch-Pakistanischen Krieges eilte sie 1965 an die Front in Kaschmir, um ihren Landsleuten dort den Rücken zu stärken – was kein anderes Regierungsmitglied riskierte. Deshalb schrieb die Presse in Neu-Delhi, Frau Gandhi sei „der einzige Mann in einem Kabinett von alten Weibern“.

Einige Monate später war sie Premierministerin. Ihr Vorgänger, Lal Bahadur Shastri, hatte zwar noch geplant, die schwierig zu lenkende Nehru-Tochter als Botschafterin nach London abzuschieben, aber während einer Auslandsreise verstarb er in der usbekischen Hauptstadt Taschkent 1966.

An der Spitze der Regierung Indiens wurde Indira Gandhi mit zahlreichen schwerwiegenden Problemen konfrontiert, darunter dem Dauerkonflikt zwischen Hindus und Sikhs im Nordwesten der Republik, der Lebensmittelknappheit von 1966 sowie schließlich dem Bangladesch-Krieg, in dem Bangladesch 1971 mit indischer Hilfe die Unabhängigkeit von Pakistan erstritt. Der während des Krieges von pakistanischen Militärs und Milizen der radikalen islamischen Partei Jamaat-e-Islami verübte Genozid an Hindus und anderen vermeintlichen Ungläubigen bescherte Indien zehn Millionen Flüchtlinge und schließlich den Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg, der nach nur 13 Tagen mit einem überwältigenden indischen Sieg endete. Hierdurch erreichte die Premierministerin den Gipfel ihrer Beliebtheit.

Von dem stürzte sie dreieinhalb Jahre später unsanft hinab, als ein Gericht in Allahabad sie des gesetzwidrigen Verhaltens im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1971 für schuldig befand. Das verlieh ihren innenpolitischen Gegnern enormen Auftrieb.

Daraufhin veranlasste die Regierungschefin im Jahre 1975, dass der ihr ergebenen Staatspräsident Fakhruddin Ali Ahmed den Ausnahmezustand proklamierte. Während der Monate danach, die heute als „die dunkelste Zeit der indischen Demokratie“ gelten, so beispielsweise die Einschätzung der „Times of India“ vom 30. Juni 2013, wurden über 100 000 Angehörige der Opposition ohne Gerichtsverfahren sowie auf unbestimmte Zeit inhaftiert und alle anstehenden Wahltermine storniert. Darüber hinaus regierte Gandhi per Dekret über das Parlament hinweg. Auf diese Weise initiierte sie unter anderem ein Programm zur Familienplanung, in dessen Verlauf massenhaft Angehörige niederer Kasten unfruchtbar gemacht wurden – Kritiker munkeln gar von Zwangssterilisationen.

Allerdings konnte Gandhi die ausstehenden Parlamentswahlen nur bis 1977 hinauszögern. Dort erlitt die Kongresspartei eine vernichtende Niederlage. Sie verlor die Hälfte ihrer Sitze. Nun stellte die Janata Party (Volkspartei) den Ministerpräsidenten. Die neue Regierung von Morarji Ranchhodji Desai versuchte sofort nach ihrem Amtsantritt, Gandhi juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Hierzu installierte sie eine Kommission unter der Leitung des Generalstaatsanwaltes J. C. Shah, die allerdings kaum Verwertbares zusammentrug. Außerdem kippte die Stimmung in Indien bald wieder, weil Desai es nicht vermochte, die ökonomischen Probleme des Landes in den Griff zu bekommen. Die Inflation stieg auf 20 Prozent, während das Wirtschaftswachstum unter die Null-Prozent-Marke fiel und jeder zehnte Inder arbeitslos war. Zudem eskalierten die Kriminalität und allerlei religiös-ethnische Spannungen.

Das bescherte der politisch totgesagten Indira Gandhi bei den vorgezogenen Parlamentswahlen von 1980 ein fulminantes Comeback und die erneute Ernennung zur Premierministerin. In selbiger Eigenschaft sah sie sich mit der Aufgabe konfrontiert, den separatistischen Sikhs unter der Führung von Jarnail Singh Bhindranwale Einhalt zu gebieten, um zu verhindern, dass diese den indischen Bundesstaat Punjab in ein theokratisches „Königreich Khalistan“ verwandeln. Sie ordnete schließlich die Operation „Blue Star“ an. Deren Zweck war es, das höchste Heiligtum der Sikhs in Amritsar im indischen Bundesstaat Punjab, den sogenannten Goldenen Tempel, zu erstürmen, in dem sich Bhindranwale und dessen engste Gefolgsleute verschanzt hatten. Bei dieser Aktion des Jahres 1984 kamen allerdings auch zahlreiche unbeteiligte Zivilisten ums Leben. Darüber hinaus fielen wohl landesweit um die 20 000 weitere Sikhs Pogromen oder Massakern durch die indische Armee zum Opfer. Das trug Gandhi den tödlichen Hass der Religionsgemeinschaft ein.

Trotzdem lehnte Gandhi es ab, ihre Sikh-Leibwächter zu entlassen. Das sollte sich als fataler Fehler erweisen. Am Vormittag des 31. Oktober 1984 töteten Unterinspektor Beant Singh und Wachtmeister Satwant Singh die Premierministerin auf dem Weg zu einem Interview mit dem Schauspieler Peter Ustinov mit 30 Schüssen in den Unterleib. Dabei skandierten sie den traditionellen Sikh-Schlachtruf „Bole So Nihal: Sat Sri Akal!“ (Glück dem, der dies verkündet: Ewig ist der große Gott!). *Wolfgang Kaufmann*



Bei einem Wienbesuch des Jahres 1983 im Hotel Imperial: Indiens Premierministerin Indira Gandhi Bild: pa

»Er ist der Bürger auf dem Throne«

Von vielen verkannt, vom Volk geliebt: Friedrich Wilhelm III. wurde vor 220 Jahren Preußens fünfter König

Den „großen Cunctator“ haben sie Preußens fünften König Friedrich Wilhelm III. genannt, den „Schwächling“, dem es an Mut, Tatkraft und Stärke gefehlt habe. Er sei ein „unwürdiger Nachfolger“ des alten Fritz gewesen, ein „Spießer“, dem jegliche Größe und das Verständnis dafür gefehlt habe; dem alles, was nicht medioker, nicht mittelmäßig wie er gewesen sei, suspekt gewesen sei. Auch der Aufruf zu den Befreiungskriegen vermochte sein Image kaum zu bessern. Offiziell hieß es: „Der König rief, und alle kamen.“ Hinter seinem Rücken witzelte man hingegen: „Als alle riefen, kam schließlich der König.“

Friedrich Wilhelm war etwas, was in seiner Zeit und bei seiner Abstammung höchst unwahrscheinlich erschien: ein Pazifist. Der Großneffe des großen Friedrich, des Feldherrn, den Napoleon als einen der größten der Geschichte verehrte, der Preußenprinz, der, kaum der Wiege entwachsen, schon in Uniform gesteckt worden war, der das Exerzieren vor dem Einmaleins gelernt hatte, verabscheute den Krieg.

Dabei war er kein verträumter Romantiker, sondern als Herrscher durchaus preußisch-pragmatisch. Er strebte nicht nach Glanz und Gloria, Ruhm ließ ihn kalt, stattdessen wollte er einen Staat aufbauen, in dem die Bürger zufrieden leben konnten. Krieg stand diesem Ziel entgegen, Krieg kostete Menschenleben und Geld, Krieg beraubte das Land der Kraft und der Kreativität seiner jungen Männer.

Addiert man zu diesen Ansichten noch hinzu, dass er persönlich bescheiden-bürgerlich lebte, dass er seinen Frauen ein guter, treuer Ehemann und seinen Kindern ein liebevoller Vater war, steht uns ein sympathischer Mann gegenüber. Er mag nicht das gewesen sein, was die Geschichtsschreibung einen „großen König“ nennt, er hat es wohl manchmal nur gut gemeint, statt es gut zu machen, aber das sollte doch keine Legitimation sein, ihn über seine lange Regierungszeit hin gar so mieszumachen.

Der dem Krieg so abgeneigte König wird es wohl selber als Schicksalsschlag begriffen haben, dass er zur selben Zeit lebte und regierte wie Napoleon. Er musste miterleben, wie der Korse im Handstreich Europa eroberte und dabei Preußen mit ihm an der Spitze kurzerhand überrollte. Friedrich Wilhelm III. wollte nicht in den Kampf ziehen. Ihm wäre ein neutrales Preußen am liebsten gewesen. Er versuchte, sich dem großen Schlachten entgegenzustellen. Aber das ließen weder Napoleon noch seine Ratgeber zu.

Der sensible König, dem die spartanische preußische Prinzenerziehung jeglichen Ansatz zum Selbstbewusstsein ausgetrieben hatte, spürte wohl, dass man ihn für sein Bestreben nach Frieden als „Feigling“ sah. Und er hat sicher auch darunter gelitten, dass seine Frau, die von ihm angebetete Luise, für den heroischen Zar Alexander von Russland schwärmte und ihn zum Krieg drängte.



König Friedrich Wilhelm III. von Preußen

Bild: CF

Der von Friedrich Wilhelm III. nolens volens erklärte Krieg gegen Napoleon führte zu einem Tiefpunkt preußischer Geschichte, dem Frieden von Tilsit. Diesem folgten aber noch in der Regierungszeit Friedrich Wilhelms die preußischen Reformen. Mit dem sogenannten Oktoberedikt wurden 1807 die Leibeigenschaft der Bauern und die Frondienste aufgehoben. Außerdem wurden Berufsfreiheit und freier Eigentumserwerb garantiert. Konkret bedeutete das, dass Bauern in die Stadt ziehen, Städter Land erwerben und Adelige bürgerliche Berufe ausüben konnten. In den darauffolgenden Jahren ging es mit den Reformen weiter. Im Herbst 1808 wurde das königliche Kabinett aufgelöst und durch diverse Ministerien – Justiz-, Kriegs-, Finanz-, Innen- und Außenministerium – ersetzt.

Ebenfalls 1808 folgte die Städteverordnung, die zu kommunaler Selbstverwaltung führte. Und 1809 gab es schließlich eine Bildungsreform. Der König setzte Wilhelm von Humboldt als Gründer der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, die heute „Humboldt-Universität“ heißt, ein. 1811 folgten die Gründung der Universitäten Breslau und Bonn. 1812 bewies der stramme Protestant Friedrich Wilhelm III. dann, dass er das Wort seines Großonkels, dass jeder in Preußen nach seiner Fasson selig werden könne, ernst nahm. Er stellte die Juden in Preußen der christlichen Bevölkerung weitgehend gleich.

Zu der Zeit können die Reformen nicht mehr auf den Einfluss von Königin Luise zurückgeführt werden. Die war nämlich bereits 1810 verstorben.

14 Jahre nach Luises Tod heiratete ihr Witwer ein zweites Mal, diesmal morganatisch. Seine zweite Frau, die kaum in der Öffentlichkeit auftrat und weitaus unbekannter als ihre Vorgängerin blieb, war die 1800 in Dresden geborene katholische Gräfin Auguste von Harrach, die zur Fürstin von Liegnitz aufstieg. In ihren Armen starb Friedrich Wilhelm 1840 – und im Gegensatz zu vielen seiner Vorgänger wurde er von seinem Volk wirklich betrauert. Das hatte ihn nämlich geschätzt. Schon kurz nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III. hatte der Berliner Theaterdichter Alexander Herklots 1798 gereimt: „Nicht dem Purpur, nicht der Krone / räumt er eitlen Vorrang ein. / Er ist der Bürger auf dem Throne, / und sein Stolz ist's, Mensch zu sein.“ *Sibylle Luise Binder*



Moment der Woche

Diese Frau ist einfach nicht zu bremsen: Mit 45 Jahren rast Claudia Pechstein übers Eis und gewinnt auf der 5000-Meter-Distanz gerade ihren 33. Titel bei einer Deutschen Meisterschaft. Im Februar will die Polizeihauptmeisterin im südkoreanischen Pyeongchang ihre sechste olympische Goldmedaille holen. Bleibt sie bis dahin verletzungsfrei, ist dies gar nicht unwahrscheinlich, urteilen Experten. Dabei war sie 2009 auf ganz brüchigem Eis unterwegs: Ein schimpfliches Karriereaus drohte, als sie wegen Blutdopings gesperrt wurde, Pechstein kämpfte und legte ärztliche Gutachten vor, die die Vorwürfe entkräfteten. Ein jahrelanger Rechtsstreit folgte. 2011 durfte sie wieder starten. Außerdem ging sie an die Öffentlichkeit. Gerichtsunterlagen, Dopingtest und Expertengutachten sind auf ihrer Internetseite einsehbar. Ihre Antriebsfeder: „Siegen oder sterben – das ist definitiv mein Weg“. *FH*

Viele Imker, viele Bienen

Die gute Nachricht: Der Honigbiene geht’s gut. Die schlechte: Ihrer wilden Verwandten weniger

Die Europäer 5000 vor Christus, die Ägypter des Pharonenreiches, die Inka in Südamerika und die antiken Griechen haben eins gemeinsam: Sie alle nutzten Bienen. Mal rabiat (das Volk wurde ausgeräuchert, um an den Honig zu kommen), mal milde, indem man es durch süße Feigenpampe besänftigte und den Honig vorsichtig erntete.

Bienen gibt es, wie in Bernstein gegossene Tiere zeigen, seit dem Eozän, also seit etwa 65 Millionen Jahren. Es wird sie auch weiter geben: Allen Unkenrufen vom Bienensterben und den damit verbunden apokalyptischen Szenarien zum Trotz, die in ihrer finsteren Trostlosigkeit an die Zeiten der Schwarzmalerei des „Waldsterbens“ erinnern. Imker und Völker in Deutschland gedeihen. Allein in Schleswig-Holstein gibt es 2900 Imker mit 24 000 Völkern, die im Jahr 2016 fleißig 923 460 Kilogramm Honig produzierten. Pro Volk sind das im Schnitt 38 Kilo; was von Volk zu Volk zwischen 15 und 50 Kilo schwanken kann.

Der gleiche Trend zeigt sich bundesweit, wie ein Blick auf die Zahlen des deutschen Imkerbundes zeigt. 850 000 betreute Völker schwirrten 2016 durch Wälder, Wiesen und Felder, nachdem 2006 ihre Zahl auf dem Tiefstand von 650 000 angekommen war. Die meisten Völker hatte es in der seit 1970 erhobenen Statistik 1992 gegeben, als ihre Zahl bei 1,25 Millionen lag. Die Schwankungen und das Tief von 2006 sind schnell erklärt: Bis dahin hatten viele Imker aufgegeben. Seither steigt ihre Zahl wieder, und damit die der Honigbienen. Viele Imker, viele Bienen; wenig Imker, wenig Bienen. Der Verbraucher merkt das seit einiger Zeit an fallenden Honigpreisen. 500 Gramm kosteten bis zu fünf Euro im Supermarkt; inzwischen liegen die Preise je nach Sorte wieder zwischen drei und vier Euro.

Der Publizist Ulli Kulke zog deshalb eine Parallele zum Schweinezyklus – dem periodischen Schwanken von Angebotsmenge und Marktpreis: „Was unterm Strich bleibt, ist das wirtschaftliche Auf und Ab der Imkerei. Man könnte analog zum Schweinezyklus vom Bienenzyklus sprechen, abhängig vom Honigmarkt, von den Bedingungen und Zukunftsaussichten der Branche, von demografischen Veränderungen.“

> 2016 gab es 200 000 Völker mehr als 2006

Also ist alles in Butter, vielmehr in Honig? Nicht ganz. Neben natürlichen Plagen, also Parasiten wie der Varroa-Milbe machen sich auch Viren, Bakterien, Pilze, Einzeller und Wachsmotten über die Bienen her. Einige dieser Bienen-Krankheiten und Parasiten sind in Deutschland anzeigenpflichtig, so etwa die Amerikanische Faulbrut, Varroose, die Tracheenmilbe und der Kleine Beutenkäfer, falls er aus Südafrika eingeschleppt wird.

Und hier wird es heikel. Denn während die von Imkern gehegten Völker des Haustiers Honigbiene sowohl Gesundheitsvorsorge wie auch Krankenbehandlung genießen, müssen Wildbienen ohne diese Versorgung klarkommen. Noch etwas passiert: Honigbienen konkurrieren mit Wildbienen um Futter, also um Blüten. Da wird es vor allem in den Städten kritisch, in denen immer mehr Hobbyimker Bienen halten, um Stadthonig aus dem gerade propagierten „Urban Gardening“ zu produzieren. Der Biologie-Professor (Fachgebiet Tierökologie) Johannes Steidle von der Stuttgarter Universität Hohenheim: „Die Städte sind zu Rückzugsgebieten von Insekten und Wildbienen geworden, hier herrscht eine große Biodiversität. Nun kommen die Honigbienen und fressen, salopp gesagt, den Wildbienen das Futter weg.“

Ein paar Zahlen untermauern das und zeigen, dass die Stadt als Lebensraum wilder Arten oft unterschätzt wird: In Berlin leben 83 Prozent aller Wildbienenarten des Nordostens; in Köln sind sogar 91 Prozent der lokalen Wildbienenarten. „Wildbienenschutz gegen Honigbienenschutz heißt daher aktuell eine der Fragen, mit denen sich die Wissenschaft beschäftigt“, so Steidle.

Natürlich kann man die Landwirtschaft, geht es um Bienen aller Art, nicht ganz aus der Verantwortung entlassen; auch hier ist weniger Raum für Blütenpflanzen als noch in den 1990er Jahren, wo das von der EU 1989 entwickelte, hochsubventionierte Programm der Flächenstilllegungen (2009 eingestellt) für Agrarbrachen sorgte. Damals waren die Preise auch dank der irrsinnigen EU-Planwirtschaft und Subventionspolitik von Weizen bis Milch wegen der produzierten Masse so niedrig, dass viele Bauern besser leben konnten, wenn sie ihre Flächen gegen Geld stilllegten.

Die Brachen von damals sind inzwischen wieder unter dem Pflug. Und dank der von Kanzlerin Angela Merkel brachial durchgedrückten „Energiewende“ gibt es inzwischen ewig hungrige Biogasanlagen, die als Futter endlose Mengen von Energiemais brauchen. So wächst auf vielen Feldern Deutschlands, unbemängelt von den Grünen, die sich noch in den 80ern über „Maismonokulturen zur Schweinemast“ erregten, eine trostlose grüne Wüste.

Ebenfalls problematisch ist die zunehmende Nutzung von Wiesen für Grassilage statt für Heu. Heu braucht Zeit und lässt Zeit für Blüten – was die Bienen freut. Grassilage lässt sich zügig und mehrfach mähen, was zu einer „Vergrasung der Wiesen“ führt, wie es Steidle nennt: Der häufige Schnitt fördert das vegetative Wachstum von Gräsern und Schnellblühern. Das freut Heuschrecken, die Gras verknuspern, ist aber schlecht für Bienen.

Es gibt Probleme. Aber es gibt gleichzeitig die frohe Kunde, dass Bienenwiesen, die blaublühende Zwischenfrucht Büschelschön (Phacelia), Raps, Obstplantagen, Fichten-, Kiefern- und Tannenwälder, Knicks, und Gärten genügend Bienenfutter liefern. Das große Bienensterben fällt aus.

Ulrike Dobberthien



Afghanischer Asylbewerber bei einem Fest in Bad Homburg: „Europa gehört euch“ Bild: Imago

»Ich hätte geschossen«

Ein Immigrant und ein Grenzschützer über deutsche Fehlleistungen

Beide Menschen könnten unterschiedlicher nicht sein. Der eine, Hans, hat viele Jahre die deutsche Grenze geschützt, der andere, Ahad, ist in den frühen 80ern aus dem Iran nach Deutschland gekommen. Hans versteht seit 2015 sein Land nicht mehr, Ahad schämt sich für viele orientalische Immigranten, die seit 2015 ins Land kommen. Beide Ansichten und Erlebnisse werfen ein Schlaglicht auf das, was in Deutschland mächtig schief läuft. *PAZ*-Autor Volker Kleinophorst hat mit Ahad und Hans gesprochen.

Ahad kenne ich schon ziemlich lange. Er lebt seit den frühen 80ern in Deutschland. Wir lernten uns ziemlich bald nach seiner Ankunft kennen. Wie viele Menschen aus seinem Kulturkreis beherrscht er mehrere orientalische Sprachen. Wenn er in der U-Bahn sitzt, kriegt er dadurch viel mit, was uns verschlossen bleibt.

Ahad, ein ruhiger Typ, der lange in der Gastronomie gearbeitet hat, ärgert sich, wie ich erfuhr. Viele seiner Landsleute, die als Asylsucher nach Deutschland kommen, stören ihn. Das wollte ich genauer wissen und traf mich mit ihm. Wir setzten uns in einem Café zusammen. Dort legte er los: „Manche sind kaum da, schon tönen sie rum, wie Scheiße Deutschland ist.“ Ahad versteht das nicht. Er fragt dann: „Ihr kriegt hier, ohne was tun, das Dreifache, was ihr zuhause mit Arbeit verdienen würdet. Und ihr meckert?“

„Was stört sie denn?“, will ich wissen. Seine Antwort: „Die jungen Männer hören nur auf Mullah oder Schlepper. Da haben die ihre Informationen her. Da werden ihnen die Flöhe ins Ohr gesetzt. Jeder Ungläubige ist reich. Aber eigentlich gehört Europa euch‘, heißt es.“ Sogar die, die arbeiten wollen, hätten teilweise absurde Vorstellungen. Ein Syrer habe ihn angesprochen, ob er ihm einen Job besorgen kann. Ahad: „Ich habe gesagt, du musst die Sprache lernen. Kannst du die Sprache, hast du Arbeit, hast du Geld, hast du ein Leben. So funktioniert das hier.“ Ahad weiter: „Ich habe ihn gefragt, ob er das deutsche Wort Schaufel kennt?“ Der Syrer habe gedacht,

> Ahad: »Wer 5000 Euro für Schlepper hat, ist meist kriminell«

Schaufel wäre das deutsche Wort für Schaf. „Stell dir vor auf einer Baustelle, sagst du, bring mir die Schaufel. Und er klaut auf der nächsten Weide ein Schaf?“ Diese Vorstellung findet Ahad zu komisch. Ich auch.

Ahad hat bemerkt, wie schlecht sich viele benehmen, die hier sind. Es seien ja auch keine armen Bedürftigen. Wer 5000 Euro für den Schlepper hat, sei eher ein Drogenhändler, Krimineller, oder sogar ein Extremist. Das gelte nicht für alle, aber für viele. „Heute haben nur noch die da unten Geld“, weiß Ahad. Und dann wären da noch jene, die den Kindersegen als Erwerbszweig entdeckt hätten: „Einer erzählte mir, Fünf Kinder reichen hier zum Leben. Ich sage ihm, du nutzt das deutsche Volk aus. Der lachte und sagte, ja, du hast recht.“

Ahad findet es traurig, wie deutsche Gutmütigkeit ausgenutzt wird. Viele würden auch nicht verfolgt, sondern fahren regelmäßig heim. Das ginge problemlos, vor allem, weil die deutschen Ämter das nicht wirklich sehen wollen.

Ahad ist es merklich unangenehm, so über „seine Leute“ zu sprechen. Das ist in seinem Kulturkreis eigentlich ein absolutes Tabu. Doch er lebe hier schon länger als in seinem Geburtsland und fühle sich eben auch als Deutscher. Und als Deutscher findet er einiges nicht in Ordnung.

Obwohl wir uns schon lange kennen, weiß ich kaum etwas über Ahads Religion. Sie spielte zwischen uns nie eine Rolle. Heute bei unserem Gespräch frage ich ihn danach. Er wird zugeknöpft. Als ich ihn nochmal absolute Anonymität zusichere – er heißt selbstredend auch nicht Ahad – erklärt er: „Da, wo ich herkomme, wirst du Moslem, wenn du geboren bist. Ich praktiziere es nicht, aber ich behalte das für mich. Auch um meine Familie zu schützen.“ Doch eines ist ihm wichtig klarzustellen: „Ein Gläubiger tötete nicht, und er vergewaltigt nicht.“

Ahad dürfte wählen. Macht er aber nicht. Er befolgt einen Rat seines Vaters. Der hat ihm gesagt: „In einem fremden Land musst du dich neutral verhalten.“

Auf einem Fest treffe ich Hans*. Er war Bundeswehrsoldat und hat später als Grenzschützer gedient. „Wie sieht er die Einwanderungssituation? Was ist eine Grenze, und was macht sie aus?“, möchte ich von ihm wissen. Er beginnt zu erzählen: „Ich bin mit 17 zum Barras, zur Bundeswehr, gegangen. Danach habe ich für die Zollverwaltung Grenzaufsichtsdienst gemacht, bis 1993 das Schengenabkommen, also die Abschaffung der europäischen Binnengrenze, in Kraft getreten ist.

Damals sei seine Aufgabe klar definiert gewesen. „Wenn ich Patrouille gelaufen bin und jemanden aufgegriffen habe, der über die sogenannte Grüne Grenze ins Land kommen wollte, habe ich ihn gestellt und kontrolliert. Die deutsche Grenze vor unberechtigten Eindringlingen und Einfuhren von Schmuggelware abzusichern, dafür habe ich mein Geld gekriegt.“

Wenn sich der Eindringling hätte ausweisen können und grundsätzlich einreiseberechtigt war, zum Beispiel ein EU-Bürger des Nachbarlandes, habe er ihn passieren lassen. Allerdings nicht, ohne ihm eine Gebühr für die Ordnungswidrigkeit eines versuchten Grenzübertrittes außerhalb der Kontrollpunkte aufzubrummen. „Das waren 20 Deutsche Mark.“ Hans erzählt weiter: „Hatte jemand keine Papiere, die ihn zur Einreise berechtigten, habe ich ihn sistiert, also mit zur Dienststelle genommen, um die Personalien festzustellen. Wenn nichts gegen ihn vorlag, haben wir ihn zurückgeschickt.“

Jetzt wird er deutlicher: „Hätte der sich allerdings bedrohlich verhalten, wären gar mehrere gekommen, hätte einer beispielsweise ein Messer gezogen, dann hätte ich geschossen.“ Schusswaffengebrauch an der Grenze? Ist das nicht schlimm und verabscheuungswürdig? Hans schüttelt den Kopf und erklärt: „Dazu war ich verpflichtet. Ich war verpflichtet, die Grenze zu schützen. Natürlich auch mit der Waffe. Andernfalls hätte ich mich strafbar gemacht.“

> Hans: »Grenzen zu öffnen, ist weltfremd und selbstmörderisch«

Die Diskussion über Äußerungen von Politikern zum Waffengebrauch an der Grenze findet er allenfalls kindisch. „Ein Staat definiert sich über Staatsgebiet, Staatsvolk und seine Staatsgrenze. Wenn ich nicht bereit bin, diese Grenze mit der Waffe zu verteidigen, dann habe ich auch keinen Staat.“ Was aktuell passiere, sei doch ein Witz. Hans erzählt von Frontex, der „Europäischen Agentur für die Grenze und Küstenwache“: „Nach Schengen hat man in Europa die Binnenkontrollen abgeschafft. Dafür sollten die Außengrenzen geschützt werden mit Frontex. So hat man es versprochen. Das macht man aber nicht. Nein, anstatt die Grenzen zu schützen und die Illegalen wieder zurückzubringen, sammelt Frontex sie ein und bringt sie in die EU. Der Grenzschutz stellt Schlepperdienste zur Verfügung, statt seinen Job zu machen.“



Unberechtigte Eindringlinge? Grenzbeamter mit Blick auf die Schweiz Bild: pa

Komme dieser eingeschleuste Trupp dann an die deutsche Grenze, werde er einfach durchgewunken. Papiere oder nicht sei egal. „Aber dann braucht man da auch keinen hinzustellen.“

Was hält er denn von den Forderungen, die Grenzen generell abzuschaffen? Hans: „Seine Grenze für jeden zu öffnen, ist weltfremd, ja selbstmörderisch. Bisher haben nur einige wenige europäische Staaten ihre Binnengrenzen abgeschafft. Alle anderen Länder der Welt haben ihre noch, und sie wollen weder sie noch deren Verteidigung aufgeben. Gerade wer illegal in muslimische Länder einreist, muss mit drakonischen Strafen rechnen. An allen Grenzen der Welt wird im Zweifelsfalle geschossen. Wenn ich eine Grenze habe, muss ich auch Herr dieser Grenze sein.“

** Name von der Redaktion geändert*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 45 – 10. November 2017

MELDUNGEN

Mausoleum-Projekt abgesagt

Hohenstein – Die Stadtverwaltung von Hohenstein hat entschieden, dass archäologische Untersuchungen des Hindenburg-Mausoleums „moralisch zweideutig“ seien und dass „es möglicherweise der Propaganda für den Faschismus dienen würde“. Das Projekt „Enthüllung des Geheimnisses des Tannenberg-Denkmals“ war einer der Wunschprojekte im Hohensteiner Bürgerbudget. Laut diesem Projekt sollten in diesem Jahr archäologische Arbeiten an der Stelle vorgenommen werden, wo sich früher das Tannenberg-Denkmal beziehungsweise das Mausoleum des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg befand. Ziel der geplanten Arbeiten war die Enthüllung, die Dokumentierung und die Sicherung der letzten nicht zerstörten Elemente des deutschen Denkmals. Nach Auffassung der Antragsteller könnte dort, in dem vernachlässigten und nicht aufgeräumten Bereich des früheren Mausoleums in Zukunft ein historisch-kultureller Park geschaffen werden. Der Bürgermeister von Hohenstein, Artur Wrochna, traf diese Woche die Entscheidung, das Projekt nicht zu realisieren. Vorher hatte er eine Stellungnahme von vielen Instituten eingeholt, darunter die des Ministeriums für Kultur und für das Nationale Erbe, die des Instituts für die Nationale Erinnerung, die der Woiwodschaftsverwaltung und die der Historiker. Alle Stellungnahmen waren negativ. Das im Jahre 1927 eingeweihte Tannenberg-Denkmal sollte an den Sieg Deutschlands und an die 1914 in der Schlacht mit der zaristischen Armee bei Tannenberg in Ostpreußen gefallenen Soldaten erinnern. In der damaligen deutschen Propaganda war die Schlacht eine Revanche für die Niederlage von 1410. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S22: Mühlhausen [Młynary], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Thierau [Tyrowo] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Gross Kosarken [Kozarek Wielki] – Slomowo, Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein, Baustelle. Straße Nr. 59: Lötzen [Gicycko], Baustelle; Sensburg [Mragowo] – Lockwinnen [Wierzbowo], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 65: Lyck [Elk] – Neuendorf [Nowa Wiez Elcka], Baustelle. *E.G.*

Königsberger Denkmäler gerettet

Nach jahrelangem Streit um Eigentumsfragen: »Kämpfende Auerochsen« und Schiller-Denkmal saniert

Königsberg wird fein herausgeputzt: Dazu gehört auch die Restaurierung berühmter Sehenwürdigkeiten wie die „Kämpfenden Auerochsen“ und das Schiller-Denkmal vor dem Dramentheater.

Sie liegen nicht weit entfernt voneinander, die beiden Sehenswürdigkeiten in Königsberg, die die „Kämpfenden Auerochsen“ und das Schiller-Denkmal vor dem Dramentheater. An beide wurden vor Kurzem aufwändige Restaurierungsarbeiten durchgeführt. Die offizielle Bezeichnung für die Arbeiten lautet: „Die Umsetzung von prioritären Maßnahmen zur Erhaltung eines Objekts des kulturellen Erbes – Skulptur Kämpfende Auerochsen“. Die Kosten dieser Erhaltungsmaßnahmen beliefen sich auf umgerechnet knapp 5000 Euro. Die Bronzeskulptur war im Jahr 1911 von dem berühmten Bildhauer August Gaul geschaffen worden. Nach 1945 wechselten die Auerochsen zweimal ihren Standort, bis sie Anfang der 1970er Jahre an ihren historischen Aufstellungsort zurückkehrten.



Symbolisieren den Rechtsstreit: Gauls Auerochsen vor dem ehemaligen Königberger Landgericht Bild: J.T.

Vor ein paar Jahren wurde der Platz um die Skulptur herum neu gestaltet, aber um den Erhalt des Denkmals selbst entwickelten sich bürokratische Schwierigkeiten. Es gab keine Möglichkeit, staatliche Haushaltsmittel für die Reparatur des Objekts zu bekommen. Es galt als verwaist, da weder die Stadt noch die Region noch irgendeine Organisation das gesetzliche Eigentum an der Skulptur innehatte. Obwohl bereits im Jahr 2007 einer Entscheidung der Gebietsregierung zufolge die Skulptur „Kämpfende Auerochsen“ den Status eines Kulturguts von regionaler Bedeutung erhalten hatte, wurde erst im April dieses Jahres bekanntgegeben, dass der Staatliche Schutz von Kulturgütern die endgültigen Eigentumsrechte erhalten hatte. Der entsprechende Verwaltungsvorgang hatte über zwei Jahre gedauert. Mit dem Ergebnis, dass die „Kämpfenden Auerochsen“, der Gedenkomplex für die „1200 Gardisten“ und das „Friedrich-Schiller-Denkmal“ offiziell der Russischen Behörde für Staatseigentum unterstellt wurden.

Kulturelle Objekte nun in Staatseigentum

Erst dann konnten auch Reparaturarbeiten an den „Kämpfenden Auerochsen“ durchgeführt werden. Die Sockelnähte sind nun erneuert und die Schäden, die durch Korrosion und während der Kampfhandlungen 1945 entstanden waren, sind repariert.

Während der touristischen Hauptsaison in diesem Sommer blieb die beliebte Skulptur verhüllt. Neugierige Touristen versuchten trotzdem hin und wieder, hinter die Plane zu schauen, mit der das Denkmal vor neugierigen Blicken geschützt war. Erst Anfang September wurde die Skulptur wieder zur Besichtigung freigegeben.

Die zweite Sehenswürdigkeit, die sich einer „Verjüngungskur“ unterziehen musste, war das Schiller-Denkmal. Die Skulptur zu Ehren des deutschen Dichters, Philosophen und Dramatikers wurde von Stanilaus Cauer, der 1910 seinen Sitz in Königsberg hatte, geschaffen. Schiller war zwar nie in Königsberg gewesen, doch zum 100-jährigen Bestehen des städtischen Operntheaters wurde bei den Feierlichkeiten 1910 dessen Drama „Wilhelm Tell“ aufgeführt. Das Denkmal war ein Geschenk zum Geburtstag des Theaters. Ein Hafenarbeiter des Königsberger Hafens hatte Cauer Modell gestanden. Reiseleiter erzählen gerne, dass es der „proletarische Ursprung“ gewesen sei, der das Denkmal vor der Zerstörung während des Sturms auf Königsberg und später in der Sowjetzeit gerettet hat. Damals soll jemand in russischer Sprache auf das Postament geschrieben haben „Nicht schießen! Das ist einer von uns!“ Das Denkmal erhielt nur einige unbedeutende Beschädigungen durch Granatsplitter auf seiner Oberfläche.

Jurij Tschernyschew

Wer ist Anton Alichanow?

Der neu gewählte Gouverneur des Königsberger Gebiets gibt erstmals ein Interview zu seiner Herkunft

Über die Herkunft des vom Kreml eingesetzten und jetzt durch die Wähler bestätigten jungen Gouverneurs des Königsberger Gebietes, Anton Alichanow, ist viel spekuliert worden. Staatlicherseits hat man wenig dagegen getan, sondern im Gegenteil manche Nebelkerze gezündet, die eher Fragen aufwarf, als dass sie Antworten gegeben hätte. Aufklärung erbrachte der jugendliche Hoffnungsträger Moskaus freilich selbst in einem Gespräch mit dem Königsberger Fernsehen.

Griechisch-russische, georgische und kasachische Wurzeln

Der Vater seiner Mutter – der höfliche Politiker begann seine Schilderung mit der weiblichen Linie – stammte demnach von griechischen Steinmetzen aus dem Gebiet des früheren Trapezunts ab, also dem heutigen Trabzon an der östlichen türkischen Schwarzmeerküste. Dieser heiratete dann eine Don-Kosakin, in deren Adern neben slawischem auch kasachisches Blut floss. Sein Großvater väterlicherseits war ein Georgier, dessen Frau wiederum aus Zentralrussland stammte. Alichanows Eltern hatten sich während ihrer gemeinsamen Schulzeit in der abchasischen Hauptstadt Suchumi kennengelernt, das zur Sowjetzeit ein Teil Georgiens war. Die junge Familie floh schließlich mit Beginn des abchasisch-georgischen Krieges 1992 nach Moskau, wo der junge Anton seitdem aufwuchs.

Mittellos waren diese Emigranten freilich nicht, denn sein Vater Andrej verfügte hier bereits über beste Kontakte, zu denen sich sein Sohn freilich weniger freimütig äußerte. Zu ihnen zählen der jetzige Erste Stellvertretende Regierungschef Igor Schuwalow, ein enger Vertrauter Präsident Putins, der bekannte Umweltpolitiker und Grünen-Chef Oleg Mitwoll, der im Lande bereits höchste Posten bekleidete, auch vor Auseinandersetzungen mit mächtigen Oligarchen und der Kreml-Jugend nicht zurückschreckte und selber schon als Kandidat für die Führung Königsbergs gehandelt wurde, sowie der jetzige Vertreter des Präsidenten im Wolgagebiet, Michail Babitsch, der damals gemeinsam mit Alichanow Senior beim russischen Fleischhandelsunternehmen Rosmjasomoltorg arbeitete – einem Giganten seiner Branche, der, wie man den verfügbaren Firmenunterlagen entnehmen kann, dem Vater des Politikers zu einem Fünftel gehört.



Der neuen Wirkungsstätte verbunden: Anton Alichanow mit einem Stück ostpreußischen Bernsteins Bild: FO/TWW

Auch Alichanows Frau Darja stammt aus keiner unvermögenden Familie. Sie ist eine Enkelin des bekannten Moskauer Mediziners Mogeli Chubutija, einem ebenfalls aus Suchumi stammenden Georgier, welcher eine eigene Klinik besitzt. Zu ihren Verwandten gehört der Präsident der Vereinigung der Georgier in Russland, Michail Chubutija, der wiederum mehrere Unternehmen kontrolliert beziehungsweise besitzt und zudem über einen nicht unerheblichen politischen Einfluss auf die russische Regierung verfügt. Angesichts des ebenso engen wie bisweilen belasteten Verhältnisses Russlands zu Georgien könnte einem solch georgischstämmigen und -versippten Politiker wie dem jungen Alichanow in Zukunft noch eine wichtige Aufgabe im Bereich der „Nahen Außenbeziehungen“ zukommen. Bis es soweit ist, betonte er aber freilich lieber den griechischen Anteil seiner Herkunft – man sollte sich eben nicht vor der Zeit verbrauchen.

2015 wurde Anton Alichanow denn auch zunächst auf Veranlassung Präsident Putins zum Vize-Premier im nördlichen Ostpreußen bestimmt und wechselte erst einmal von der Moskwa an den Pregel, bevor er vor einem Jahr ebenfalls vom Präsidenten kommissarisch zum dortigen Gouverneur ernannt und nun durch das Volk in diesem Amt bestätigt wurde. Wie er im Fernsehen launig anmerkte, kenne jeder den „Weg von den Warägern zu den Griechen“, der an den wikingischen Anfängen des russischen Staates stand – sein eigener Lebensweg sei aber eben genau umgekehrt verlaufen. Der junge Spross des alten Byzanz hatte demnach seine Vorfahrenaufzählung also durchaus mit Bedacht gewählt – und könnte angesichts seiner auch sonst unter Beweis gestellten Umsicht durchaus das Zeug dazu haben, den ein oder anderen neueren Sumpf im alten Preußenlande trockenzulegen.

Thomas W. Wyrwoll



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

dass sie schwer krank war, wusste ich, denn das hatte mir ihr Mann **Joachim Rudat** bereits mitgeteilt, als er mir zu meinem 101. Geburtstag im Namen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Uetersen gratulierte. Nun ist **Ilse Rudat** gestorben, und mit ihrem Tod verlieren wir Ostpreußen eine vitale und ideenreiche Frau, deren Liebe zur Heimat nie erlosch, die sie selber immer wieder anfachte. Unsere Verbindung bestand über Jahrzehnte hinweg von ihrer Seite mit der Aufforderung zu Lesungen und Vorträgen – und von meiner Seite mit deren Erfüllung, denn in Uetersen zu lesen machte einfach Freude. Sie und ihr Mann hatten eine homogene Gruppe aufgebaut, die in und um Uetersen so beliebt war, dass ich immer wieder über die große Anzahl der Teilnehmer nur staunen konnte. Unter denen sich nicht nur geborene oder gebürtige Ostpreußen befanden, denn die von ihr geleiteten Veranstaltungen boten vor allem älteren Teilnehmern viel Abwechslung und waren immer sorgfältig geplant. Bei der Gestaltung kamen ihr die eigenen Kenntnisse und Ideen zugute – bei der Publizierung in der örtlichen Presse ihre Begabung zum Schreiben. Ihre Berichte waren nicht nur auf Ostpreußen beschränkt, sondern enthielten auch aktuelle Beiträge über andere kulturelle Veranstaltungen. Ihr zur Seite ihr Mann Joachim, der in seiner ruhigen Art und mit fundiertem Wissen dem Energiebündel oft Paroli bot, aber gerade diese Diskussionen erhöhten noch den Reiz der Treffen in dem schönen Fachwerkbau Ueterst End im Schatten der alten Klosterkirche. Es waren anheimelnde aber auch anregende Stunden in heimatlicher Atmosphäre, die ich nicht missen möchte. Dass ich sie mit erfüllen konnte dankte mir die Gruppe mit der Ernennung zum Ehrenmitglied. Als ich wegen meines Alters die Lesungen aufgab, hatte sich durch die beginnende Krankheit von Ilse schon einiges verändert, allerdings nicht in der Programmgestaltung, denn Joachim Rudat hatte die Leitung übernommen und führte die Arbeit nahtlos weiter. Nach jeder Lesung hatte sich Ilse mit einem großen Rosenstrauß bedankt – schließlich war man ja in der Rosenstadt Uetersen mit dem weit bekannten Rosarium – und das Foto von uns beiden erschien dann auch regelmäßig in der örtlichen Presse. Diese Aufnahmen haben für mich einen großen Erinnerungswert. Aber einen größeren hat die Hortensie in meinem Garten, denn einmal hatte Ilse den Rosenbrauch unterbrochen und mir die Hortensie geschenkt mit der Bemerkung: Die soll wachsen, dann hast Du immer eine Erinnerung an mich. Heute hat sie sich zu einem prächtigen Busch entwickelt und so erfüllen sich Ilses Worte. Eine Ostpreußin hat ja gerne Erde unter den Füßen und an den Händen. Ilse war eben eine echte Marjell aus Lyck, die unter Flucht, Vertreibung und in dänischer Isolierung sehr gelitten hatte. Aber sie hat die Heimat mitgenommen, bewahrt und weitergegeben. Deshalb hat Joachim Rudat die Worte von Hermann Hesse als Trauerspruch gewählt: „Heimat ist in Dir … oder nirgendwo.“

Er trifft wohl auf alle Landsleute zu, die mir schreiben, denn das geht aus ihren Anliegen hervor, dass die Heimat für sie unvergessen blieb. Dabei handelt es sich nicht nur um Suchwünsche oder ungeklärte Fragen – manchmal sind es nur wenige Zeilen, aus denen vor allem bei den Älteren die Liebe zu ihrer Kinderheimat ersichtlich wird. Manchmal sind einige alte Fotos beigelegt, die trotz Krieg und Flucht gerettet werden konnten, und selbst wenn es nur eine alte Ansichtskarte von einem kleinen Ort ist, in dem es keine besonderen Merkmale gibt, regen sie zum Nachdenken an. So wie die Kopie einer Ansichtskarte von Grünhof im Kreis Ebenrode, die uns Frau **Ursula Kutzinski** aus Bad Bevensen zusandte. Sie zeigt – wie damals üblich bei Ansichtskarten aus ländlichen Gebieten – vier Aufnahmen, die ein Gesamtbild von dem nur 125 Einwohner zählenden Dorf ergeben. Man sieht keine Kirche, kein prägnantes Gebäude, kein Denkmal – aber ein stattliches Gasthaus mit Kolonialwarenhandel, die Försterei, eine langestreckte Ortsrandsiedlung und eine Dorfpartie, auf der aber die ländlichen Gebäude im Hintergrund bleiben, denn den meisten Platz nimmt ein großes Feld ein, und das besagt: Das weite Land bestimmt hier das Leben. So gehen Ursula Kutzinskis Heimaterinnerungen vor allem an dieses Dorf zurück obgleich ihr Geburtsort Absteinen war, wo sie 1936 als **Ursula Eggert** zur Welt kam. Aber in Grünhof lebten ihre geliebten Großeltern, und so wurde es zu ihrem Kinderparadies, das sie als Achtjährige verlassen musste. Alt genug, um Erinnerungen zu speichern, die sie nun hervorholte, um sich an uns zu wenden, denn einen kleinen Wunsch hat sie doch. Es geht um ihren Großvater, der die Flucht nicht überlebte. Er muss ein fröhlicher, lebenslustiger Mensch gewesen sein, denn Frau Katzinski besitzt noch ein Foto, das den wohlbeleibten Herrn bei einem guten Trunk mit einem wesentlich schlankeren Herrn zeigt. Großvater ging nicht auf die Flucht, als der grenznahe Kreis geräumt wurde, er wollte und konnte seinen Hof nicht verlassen und nahm sich das Leben. Seine Tochter soll ihn, nachdem er sich erschossen hatte, im eigenen Garten begraben haben. Auch die Großmutter überlebte nicht die Flucht. Es blieben für Ursula die Erinnerungen an die schönen Tage in Grünhof, die sie nun hervorholt, um ihre Bitte an unsere Leser und Leserinnen vorzutragen: Wer kannte Grünhof und kann über dieses Dorf etwas aussagen, war vielleicht sogar auf dem Hof der Großeltern und kann sich noch an ihren Großvater erinnern? Gibt es auch Schriftliches über Grünhof? (Ursula Kutzinski, Röbbeler-Str.14.C. in 29549 Bad Bevensen.)



Das Haus Selkestraße 13 in Königsberg dominiert heute in einer zergliederten Stadtlandschaft Bild: Geede

An dieser alten Ansichtskarte berührt mich vor allem die Aufnahme, die eine der für Ostpreußen typischen Chausseen zeigt, eine dieser stillen Landstraßen, die von Irgendwoher kommen und nach Irgendwohin führen. Gehen wir in Gedanken zurück: Es ist November, weit dehnt sich das Braun der Äcker, es ist zugepflügt, die Wintersaat in die Erde eingebracht. Aber die Stille dieses Spätherbsttages wird unterbrochen durch das Rollen der Räder der Leiterwagen, die vollgepackt sind mit Umzugsgut, denn zu Martini wird gezogen. Der 11. November ist der Tag, an dem das Gesinde auf den Höfen wechselt. Es wird „Märtin gemacht“ – ein Brauch, der sich noch bis zum 1. Weltkrieg in Ostpreußen erhalten hatte. Das Verdingen hatte schon vorher stattgefunden, jetzt erfolgt der Stellenwechsel für die Ledigen, aber auch für die Instleute, die mit der ganzen Familie zu ihrer neuen Bleibe ziehen – mit ihrem gesamten Hab und Gut im Stroh: Kasten, Bett, Tisch und Stühle. Und mit vielen Pungels und Züchen, die mit Kleidern, Wäsche und Hausrat prall gefüllt sind. Denn es sind ja kinderreiche Familien, und der Nachwuchs muss ernährt werden. Da erhofft man sich von dem neuen Arbeitsplatz bessere Bedingungen als von der alten Hofstelle. Umsonst hat man ja nicht „Märtin gemacht“.

Warum diese Ausführungen, die nicht nur dem Martinstag gelten, sondern sich auch auf Fragen beziehen, die an unsere Ostpreußische Familie gestellt werden. Weil manche Nachfahren, die sich mit ihrer Familiengeschichte befassen, nicht mit den unterschiedlichen Geburtsorten ihrer Eltern oder Großeltern und deren Geschwister zurechtkommen. Wie Herr **Udo Hildebrandt**, dessen Anliegen wir in Folge 30 brachten. Vermittelt durch Herrn **Rainer Claaßen**, LO-Landesgruppe Bayern, der seinem Eisenbahnerkollegen helfen will, Familienangehörige von **August Hildebrandt**, *1891 in Ellernbruch, zu finden. Es handelt sich um eine Großfamilie, denn allein neun Namen sind dem Suchenden bekannt, sieben verschiedene Geburtsorte werden angegeben, von denen einige im Kreis Gerdauen liegen. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Instfamilie, die öfters „Märtin“ machte – jedenfalls ist die Bezeichnung „Wanderarbeiter“, die mir vorgegeben wurde, in diesem Fall nicht angebracht. Durch den dauernden Ortswechsel der Familie muss sie einen großen Bekanntenkreis gehabt haben, und auf diesen setzte ich meine Hoffnung, aber weder bei Udo Hildebrandt noch bei uns tat sich etwas. Bis wir aus unserem Leserkreis zwei Anschriften bekamen, die in mir die Alarmglocken weckten: Beide Namen stimmten mit zwei von uns aufgeführten überein, Hinweise auf die ostpreußische Heimat der beiden Genannten verstärkten diese Vermutung. Ich habe mich zuerst einmal mit Herrn Rainer Claaßen in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, Herrn Hildebrandt zu informieren, denn Herr Claaßen hatte ja als Vermittler die Sache ins Rollen gebracht. Wenn die Angaben stimmen – was meiner Ansicht nach wohl nicht zu bezweifeln ist – hätte Udo Hildebrandt zwei Geschwister seines Vaters gefunden. Das wäre mal wieder ein kleines Familienwunder.

Es tut sich im Augenblick überhaupt so einiges durch Kontakte unserer Leserinnen und Leser untereinander, das Mitfühlen und Mitdenken ist groß, die tätige Hilfsbereitschaft auch. Ein kleines Beispiel zum Abschluss unserer heutigen Kolumne: Auf der Suche nach Informationen über den Verbleib seiner in Königsberg verbliebenen Tante **Ursula Kowski** legt Herr **Rüdiger Schaub** den Schwerpunkt immer wieder auf das Haus Selkestraße 13, in dem die Familie wohnte. Zwar hat sich noch niemand der ehemaligen Nachbarn bei ihm gemeldet, aber Herr **Peter Perrey**, der ihm Informationen über das Gebäude in seinem jetzigen Zustand und die veränderte Lage im heutigen Straßennetz vermittelt. Das gesamte Viertel, in dem die Selkestraße – russisch ulitsa Malyj pereulok – lag, wurde umgestaltet. Aber immer noch steht das Haus Nr.13, dominierend in seiner Größe und reich gegliederten Fensterfront, und es ist auch das Obergeschoss auszumachen, in dem die achtköpfige Familie Kowski wohnte. Vielleicht hilft dieses Foto weiter, dass sich noch andere Bewohner an das Haus erinnern.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



ZUM 103. GEBURTSTAG

Heyn, Hildegard, aus Lyck, am 15. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Engelke, Liesbeth, geb. **Loesch**, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Raudonat, Fritz aus Loye, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Konopka, Friedrich, aus Geigenau, Kreis Lyck, am 16. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Neumann, Horst, aus Gnottau, OT Paplacken, Kreis Insterburg, am 15. Oktober
Schablowski, Eva, geb. **Schoenfeldt**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 3. November
Siegel, Elfriede, geb. **Kompa**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 16. November
von der Schleh-Goltz, Freifrau Ursula aus Ortelsburg, am 14. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kummetz, Ruth aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. November
Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November
Mützenich, Lore, geb. **Dalades**, aus Treuburg, am 16. November
Nowatzki, Marta, geb. **Gardinowski**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November
Stutz, Hildegard, geb. **Gugat**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Rabe, Gertrud, geb. **Myska**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 13. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bauer, Gerda, geb. **Wilkeneit**, aus Ringlacken, Kreis Wehlau, am 14. November
Kohlhaussen, Eva, geb. **Koch**, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November
Kugland, Kurt, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. November
Pahl, Erika, geb. **Drummer**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Reinhart, Elfriede, geb. **Paczkowski**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 16. November
Wilk, Christel, geb. **Rudolph**, aus Lyck, Memeler Weg 15, am 10. November
Wuttke, Ilse, geb. **Koschul**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bock, Dora, geb. **Wenskus**, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. November
Harabin, Emmy, geb. **Nowosadtko**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 16. November
Kinsky, Gertrud, geb. **Urbschat**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 16. November
Krause, Liselotte, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. November
März, Helene, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November
Nowotka, Alice, aus Neidenburg, am 11. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Czub, Dr. Erich, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November
Donde, Erich, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November
Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Ehrlicher, Waltraud, geb. **Bernot**, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 13. November
Hollo, Käthe, **Naschinski**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 11. November
Karasch, Waltraut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Klippert, Irmgard, geb. **Rahn**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 12. November
Lux, Ruth, geb. **Kolodzey**, aus Ortelsburg, am 17. November
Nössig, Maria, geb. **Sutter**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 16. November
Schulz, Ehrentraud, geb. **Wenig**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November
Steinke, Käthe, geb. **Ludwig**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Betker, Gertrud, geb. **Sütterlin**, verw. **Ziegenhardt**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November
Bewer, Helene, geb. **Kamutzki**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. November
Böttcher, Gerda, geb. **Spang**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November
Bröhan, Edith, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 10. November
Druba, Erich, aus Bergenau. Kreis Treuburg, am 14. November
Fleiß, Margot, geb. **Barth**, aus Schloßberg, am 15. November
Halas, Hedwig, geb. **Seyda**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Honnacker, Irmgard, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Jäkel, Marta, geb. **Lorke**, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, am 11. November
John, Lotte, geb. **Pancritius**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16, November
Kutzinski, Heinz, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 15. November
Laux, Käthe, geb. **Rosinski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. November
Martineau, Martha, geb. **Kullik**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 13. November
Neubauer, Erna, aus Lyck, am 15. November
Ruschke, Ada, geb. **Hoffmann**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November
Schaudt, Annemarie, geb. **Neumann**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 16. November
Skorepa, Meta, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. November
Walden, Waltraut, geb. **Pelka**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 16. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Brandt, Ruth, geb. **Schmerberg**, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 10. November
Brutscher, Edith, geb. **Christochowitz**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 10. November
Depold, Herta, geb. **Gloddek**, aus Rohmanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Ermel, Helgard, geb. **Kunter**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November
Hartmann, Ursula, geb. **Szillat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 15. November
Hilgendorf, Brigitte, geb. **Wiersbitzki**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. November
Katies, Erich, aus Lyck, Schlageter Straße 15, am 10. November
Krogmann, Martha, geb. **Seidel**, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November
Kroll, Margarete (Gretel), geb. **Regge**, aus Bruchhöfen und Ebenflur, Kreis Ebenrode, am 15. November
Paul, Werner, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 15. November
Rohmann, Walter, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. November
Zimmel, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beckmann, Ella, geb. **Bastian**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. November
Bischoff, Günter, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 13. November
Buxa, Helga, geb. **Borowy**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. November
Ebner, Eva, geb. **Siebentritt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. November
Erzberger, Heinz, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 6. November
Gayko, Irma, geb. **Oberüber**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. November
Hoffmann, Helmuth, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. November
Klossek, Erika, geb. **Friedriszik**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Krebstekies, Heinz, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 8. November
Krieg, Heinz, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, am 9. November
Krupinski, Günter, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November
Lange, Gerda, geb. **Dressler**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 13. November
Masuch, Gerda, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 10. November
Meyer, Helga, geb. **Kerwel**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 11. November
Montzka, Bernhard, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 10. November
Simon, Lilli, geb. **Oneseit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. November
Syperrek, Erich, aus Lyck, am 12. November
Trzaska Eitel, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Weinreich, Waltraud, geb. **Zacharias**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abraham, Käte, geb. **Sibrowski**, aus Kahlaund, Kreis Mohrungen, am 14. November
Antonatus, Renate, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 12. November
Avramidis, Sieglinde, geb. **Bentkus**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. November
Broßeit, Helmut, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 14. November
Brunke, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. November
During, Ursula, geb. **Korn**, aus Wolittnick, „Gasthaus zum Sandkrug“, Kreis Heiligenbeil, am 14. November
Ehlers, Edeltraut, geb. **Tietz**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 11. November
Graszat, Erhard, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 10. November
Herbarth, Dora, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. November
Kischkat, Heinz, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 11. November
Kuntoff, Karl-Heinz, aus Ragnit, Kreis Tilsit, am 15. November
Molgedei, Lotte, geb. **Heimann**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 13. November
Nickel, Ruth, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 13. November
Nowozin, Paul, aus Eichthal, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Peuser, Renate, geb. **Weber**, aus Treuburg, am 12. November
Schaaf, Hildegard, geb. **Klein**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 16. November
Schlisio, Ella, geb. **Gantz**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 15. November
Scholz, Vera, geb. **Schmischke**, aus Wehlau, am 12. November
Zerrath, Susanne, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 6. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ernst, Jörg, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 16. November
Erwied, Siegurd, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 6. November
Horn, Renate, geb. **Fechter**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 10. November
Kuhr, Rüdiger, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 7. November
Nietz, Lotar, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 12. November
Rudolph, Marga, geb. **Winter**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Salewski, Helga, aus Treuburg, am 11. November
Senff, Ulrich, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 15. November
Strobeck, Brigitte, geb. Salewski, aus Treuburg, am 11. November
Therwies, Manfred, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 12. November

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2017
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

60. heimatpolitische Tagung

Sonnabend, 17. und Sonntag, 18. Februar, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16, neben dem Ratsgymnasium, 27359 Rotenburg (Wümme): 60. Heimatpolitische Tagung. Wir laden Sie und Ihre Familie mit Freunden und Bekannten sehr herzlich ein. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Vorgesehene Tagungsfolge (Änderungen vorbehalten):

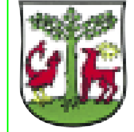
Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr

1. Vortrag Dr Jürgen W. Schmidt, Berlin „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Westpreußen“.

2. Vortrag Dr. Bettina Bouresh, Berlin „Schloss Steinort“.

Sonntag, 18. Februar, 9.30 Uhr: Im dritten Vortrag berichtet der Ministerialrat a. D. Dr. Jürgen Martens, Königswinter, über seine „Reise nach Angerburg im Juni 2017“. Gegen 12 Uhr wird die Tagung beendet sein.

Mit der Veranstaltung wollen wir möglichst viele Menschen ansprechen, sich mit der Geschichte und Kultur unserer Heimat zu beschäftigen. Neue Begegnungen, andere Sichtweisen und Einblicke sollen die Teilnehmer der Tagung anregen. Beim Abendessen – Elchbraten – und danach wird ausreichend Gelegenheit für Gespräche, Erinnerungen und gemütliches Beisammensein sein. Verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen, zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert sowie eventuelle Übernachtungswünsche werden schriftlich erbeten bis spätestens dem 10. Februar 2018 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Sie können sich auf eine anregende Tagung mit interessanten Gesprächen freuen.



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Hauptkreistreffen

Am 30. September und am 1. Oktober waren in der Johanniterakademie in Münster immer noch um die 40 Landsleute gekommen aus ganz Deutschland „inklusive“ Ostpreußen. Schön wie immer war schon der Vorabend, an dem wir alle gemütlich bei einem Glas Wein oder Bier zusammensaßen und „schabberten“. Auch „Neue“ gab es, sie waren schnell integriert nach dem „Verfahren“: „Sie kenne ich ja noch gar nicht, wer sind Sie denn?“

Am Sonntag nach dem Gottesdienst mit Pastor Oskar Müller (Heilsberg) im Festprogramm war der Höhepunkt der Festvortrag unseres Braunsberger Landsmanns Helmut Stange „Geschichte und Geschichten aus Braunsberg“. Er wunderte sich selber, der doch nur 10 bis 12 Jahre Braunsberg bewusst erlebt hat, „über die ungeheuren Kräfte, die dahinter stecken müssen, dass sich jährlich die Braunsberger zusammenfinden im Gedenken an die verlorene Heimat“. Ja das war schon etwas, dieser Vortrag von einem total fitten Braunsberger „Fossil“, das sich auch noch an so Vieles so lebendig erinnern, und das auch so perfekt vortragen konnte. Sehr einfühlend war auch das offizielle Grußwort des Mitglieds im Rat der Stadt Münster, Stefan Leschniok, im Namen der Stadt Münster. Er verband den Blick in die Vergangenheit mit dem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft „auf ein selbstbewusstes Deutschland in einem geeinten Europa und ein friedliches Miteinander der Menschen“.

Wie in jedem Jahr umrahmte Reinhard Kollenberg mit dem „Orchester Kolophon“ die Festliche Stunde. Wir hatten den Eindruck, das Orchester fühlte sich richtig wohl bei uns – es gibt so etwas wie eine Einheit von Orchester und Braunsbergern. Wir werden beim nächsten Treffen Liedtexte bereit halten, wenn Lieder gespielt werden, die wir vom Text her nicht kennen, wie etwa Mozarts Bundeshymne – damit wir dann

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

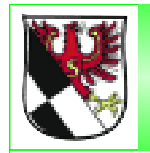
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

auch die mitsingen können. Wie immer, gab es anschließend noch einen Empfang durch die Patenstadt Münster und schließlich das gemeinsame Mittagessen. Nach dem Kaffeetrinken endete das Treffen – gaaaaanz langsam.

Nächste Termine: Der 11. „Ostdeutsche Winterball“ in Bonn, Sonnabend, 3. Februar 2018, 19.30 Uhr, Beethovensaal, Maritim Hotel. Einlass ist ab 19 Uhr.

Das Kreistreffen in Münster 2018 findet statt am Sonnabend, 29. und Sonntag, 30. September 2018, wieder in der Johanniter-Akademie in Münster.

Manuela Begett, Kreisvertreterin

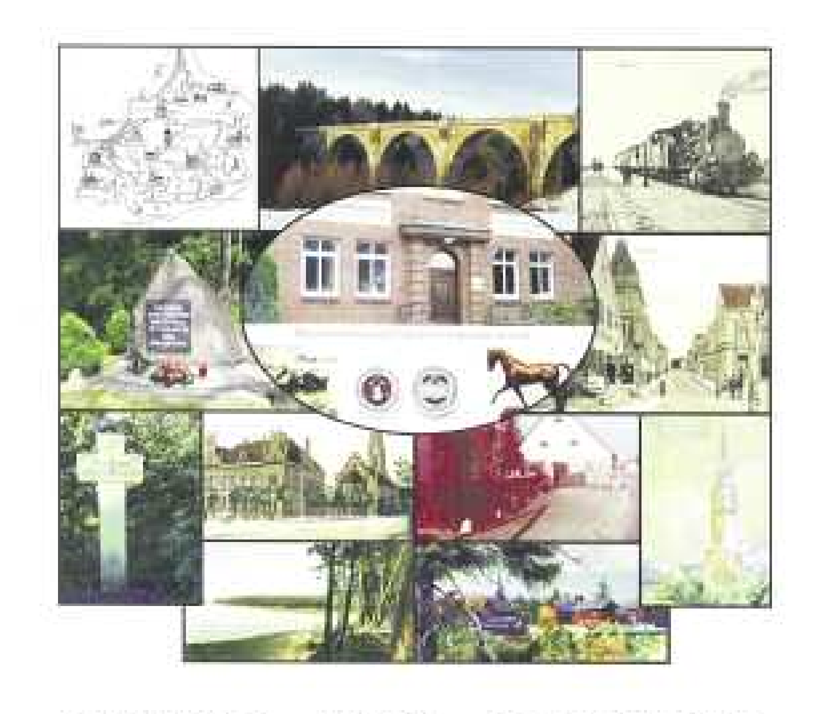


GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Kalender

Wie schon in den Vorjahren bieten wir in diesem Jahr den beliebten „Goldap Fotokalender 2018“ an. Er hat sich mit seinen größtenteils historischen, farbigen Abbildungen und passende Kalendersprüchen in wenigen Jahren zu einem Sammelobjekt entwickelt.



GOLDAP – FOTO – KALENDER

2018

Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V.

Sammlerobjekt: Mit historischen Fotos durchs Jahr — Bild: privat

Zu beziehen ist der Kalender unter: Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade; verkauf@goldap.de, Telefon (04142) 3552 oder (04141) 7977537 (nur mittwochnachmittags). Er kostet 10,95 Euro plus Versand.

Mit diesem Stück Ostpreußen verschenken Sie Freude! Unser weiteres vielfältiges Angebot finden Sie unter www.goldap.de, Denken Sie bitte an die rechtzeitige Bestellung Ihrer Weihnachtsgeschenke.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen am 11. November

Spornitz – Sonnabend, 11. November, 10 bis 17 Uhr, „Landhotel Spornitz“, an der B 191 gelegen: gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirkes Gumbinnen. Es wird Wissenswertes über das weihnachtliche Ostpreußen zu hören sein. Ein darauf abgestimmtes musikalisches Programm sowie ein Film über die Heimat sind vorgesehen und werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, sodass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße hiervon beeindruckt sein werden und gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Eine Übernachtung sollte rechtzeitig angemeldet werden unter Telefon (038726) 880. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Auskunft: Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, Telefon (03871) 226238.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Schwerin – Mittwoch, 15. November, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kreistreffen

Das Treffen in Minden, im Hotel Lindgart begann mit einem Eröffnungsstück des Streicherensembles der Musikschule Porta Westfalica. Anschließend begrüßte die Kreisvorsitzende, Gisela Broschei, die erschienenen Landsleute. Danach erfolgte die Totenehrung durch Wolfgang Knitter. Die Eröffnung wurde abgeschlossen mit dem Ostpreußenlied, begleitet vom Ensemble der Musikschule.

Um 10.30 Uhr begann die Vollversammlung gemäß unserer Satzung. Die Vollversammlung begann mit dem Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin: Wir hatten ja, und das betrifft natürlich an erster Stelle Herrn Mückenberger, die Schwierigkeit der Neuorientierung der Geschäftsstelle, die etliche Kilometer weit von Minden entfernt in Frille in Petershagen liegt. Die neue Anschrift der Geschäftsstelle lautet: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg, Schwarzer Weg 2, 32469 Petershagen, Telefon (05702) 8517210. Aber Herr Mückenberger und sein Mitarbeiter, Herr Woitschikowski, haben recht schnell eine funktionierende Geschäftsstelle geschaffen. Von da aus werden unsere Aktivitäten betrieben, die vorwiegend aus Telefongesprächen und Schriftverkehr mit unseren Landsleuten bestehen. Abgeschlossen ist die Arbeit an den CDs und DVDs unserer Kirchspiele, die wir zum Erwerb anbieten. Etwa 1400 Fotos unserer Dörfer sind zwischenzeitlich im Netz im Bildarchiv Ostpreußen gesichert und können dort eingesehen werden.

Vielen Ostpreußen ist auch das Werk „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski bekannt, der leider im Jahre 2015 verstorben ist. Weil immer noch rege Nachfrage herrscht, haben wir vom Kreis Minden-Lübbecke etliche Exemplare herstellen lassen. Wir bieten sie zum Preis von 25 Euro (einschließlich Versandkosten) an.

Arbeit, aber auch Erfolg, hatten wir mit der Erstellung unserer Ostpreußenkalender. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen auch den zwölften Jahrgang, den für 2018, ans Herz legen, der für einen Unkostenbeitrag von mindestens 12 Euro erworben werden kann. Wir haben uns mit den Kalendern in den vielen vergangenen Jahren nicht nur beschäftigt, weil wir unsere Finanzen aufbessern wollten. Das ist natürlich wichtig. Es war uns auch stets daran gelegen, unsere Kreisgemeinschaft zu präsentieren, und das auch über unseren Kreis hinaus. Auf diese Weise haben wir interessante Gespräche mit Landsleuten und auch mit Freunden des Ostpreußens, die sich für unsere Heimat interessieren, führen können.

Die Satzungsänderung, die in allen Punkten einstimmig beschlossen wurde, brachte die erforderliche Neuorientierung. So gehören nach § 6 Ziffer 2 der Satzung dem Kreisausschuss nunmehr der Vorstand und mindestens fünf Beisitzer an. Gemäß Paragraph 11 Ziffer 1 der Satzung kann die Auflösung des Vereins durch schriftliche Zustimmung der Mitglieder von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. Ziffer 2 dieser Bestimmung regelt die Vermögensverhältnisse bei Auflösung des Vereins. Das Vermögen des Vereins fällt in diesem Fall an die Ostpreußische Kulturstiftung des öffentlichen Rechts mit derzeitigem Sitz in Ansbach. Diese hat es je zur Hälfte für Aufgaben des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen zu verwenden.



Königsberg-Land: Kreistreffen in Minden — Bild: privat

Es folgte dann die Wahl des neuen Kreisausschusses. Gewählt wurden (in alphabetischer Reihenfolge): Dr. Bärbel Beutner, Dorothea Blankenagel, Gisela Broschei, Axel Doepner, Barbara Dörr, Kathrin Gottschalk, Wolfgang Knitter Carl Mückenberger Manfred Schirmacher und Willi Skulimma. Die Gewählten haben die Wahl angenommen.

Nach Beendigung des Kreistreffens um 15.30 Uhr beschlossen die anwesenden Mitglieder des neugewählten Kreisausschusses Frau Broschei, Frau Blankenagel, Frau Dörr sowie die Herren Skulimma, Schirmacher, Doepner und Knitter, eine Sitzung des Kreisausschusses anzuberaumen. Es folgte demgemäß die konstituierende Sitzung des neugewählten Kreisausschusses. Einziger Tagespunkt war die Wahl des Vorstandes. Aus der Mitte des Ausschusses wurde vorgeschlagen, Frau Broschei erneut zur Vorsitzenden des Kreisausschusses zu wählen. Bei der darauffolgenden Abstimmung entfielen sechs Ja-Stimmen auf Frau Broschei sowie eine Enthaltung. Frau Broschei nahm die Wahl an. Wegen der derzeitigen gesundheitlichen Probleme des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Mückenberger, wurde Frau Dörr zur stellvertretenden Vorsitzenden mit sechs Ja-Stimmen und einer Stimme Enthaltung gewählt. Frau Dörr nahm die Wahl an. Zum Kassenwart wurde Herr Doepner einstimmig gewählt. Zu Kassenprüfern wurden Herr Knitter und Herr Schirmacher bestimmt. Die Sitzung wurde um 16.55 Uhr beendet.

Mit einem sorgsam ausgesuchten Programm konnten wir die – leider viel zu wenig – erschienenen Landsleute in dem behaglichen Hotel Lindgart nachdenklich werden lassen, aber auch erfreuen.

Erschütternd war die Lesung von Dr. Christopher Spatz aus seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe“. Dies ganz besonders, weil auch ein Mitglied unseres Kreisausschusses als Kind das Schicksal der sogenannten Wolfskinder geteilt hat. Auch er war nach Kriegsende als Zehnjähriger elternlos geworden und hat sich unter kaum vorstellbaren Bedingungen durchschlagen müssen. Darüber hat er nie gesprochen. Im Gegenteil: Er hat nach Öffnung der Grenze mit vielen Hilfstransporten und eigener Arbeit sein Heimatdorf Waldau unterstützt. Dr. Spatz ist es zu verdanken, dass er sich in seiner Doktorarbeit mit dieser Problematik, die bisher in der Öffentlichkeit wenig Beachtung fand, befasst hat. Seine Arbeit hat dazu beigetragen, dass auch Wolfskinder einen Antrag auf Entschädigung für die Zwangsarbeit nach 1945 stellen können. Er hat in seiner wissenschaftlichen Arbeit den Nachweis geführt, dass viele Wolfskinder zur Arbeit gezwungen waren; Zum Beispiel mussten sie auf Sowchosen mitarbeiten, Leichen beseitigen oder andere Schwerstarbeiten verrichten.

Genossen haben wir dann die Musikshow von „BernStein“, Pseudonym für Bernd Krutzinna. Es war eine wunderbare Wanderung durch die einzigartige Schönheit Ostpreußens, begleitet von ostpreußischen Volksliedern. Wir ließen aber nicht nur andere Musik machen, wir sangen kräftig mit. Und das war ein schöner versöhnlicher Abschluss unseres diesjährigen Treffens.

Unsere aktuelle Anschrift lautet: Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg Mühlenbauhof in Frille, Schwarzer Weg 2, 32469 Petershagen.

Gisela Broschei, Kreisvertreterin



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Sonderausstellung: Nordfriesland bis Nidden

Sonnabend, 18. November, 10 Uhr, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster. Ab 10 Uhr ist der Ausstellungsraum geöffnet. Es ist der letzte Tag, an dem die Sonderausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“ in vollem Umfang gezeigt werden kann. Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag von Dr. Timo Ibsen von Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie, Schloß Gottorf, Schleswig, zum Thema „Bernsteinburgen“.

Der erfahrene und inzwischen auf Ausgrabungen im Königsberger Gebiet spezialisierte Archäologe wird anhand von Karten- und Bildmaterial von seinen Forschungsergebnissen in Burgwällen an den Bernsteinhandelsstraßen berichten. Wer den Wissenschaftler im vergangenen Jahr mit seinem Vortrag über die Ausgrabungen in Wiskiauten (Samland) gehört hat, weiß, dass er auch komplizierte Sachverhalte und weit zurückliegende historische Zusammenhänge für Laien anschaulich und verständlich vermitteln kann. Manch einer erinnert sich an Timo Ibsen durch seine Rolle als wissenschaftlicher Kommentator in dem Film von Gisela Graichen mit dem Titel „Die Bernsteinstraße“. Die Besucher des Lötzener Museums erwartet zum Abschluss der diesjährigen Museumssaison eine besondere Veranstaltung. Der Eintritt ist – wie immer – frei.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Zehn Jahre Heimatmuseum

Das Lötzener Heimatmuseum blickt zurück auf zehn Jahre Ausstellungs- und Veranstaltungsangebote in Neumünster – Teil I



Neumünster: Lötzener Heimatmuseum feiert Jubiläum: Bild: Fritsche

Zur Erinnerung: Am 15. April 2005 wurde die (damals so genannte) Lötzener Heimatstube wiedereröffnet – in der Brachenfelder Straße 23, an ihrem achten Standort in 50 Jahren. Damals wurden Archiv und Lötzener Heimatsammlung seit über 20 Jahren von dem aus Steintal stammenden Paul Trinker betreut.

Im Mai 2005 begegnete ich, an Ostpreußen interessiert, auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen, das erstmals in der Hauptstadt Berlin stattfand, Gisela Madeya, einer „echten" Ostpreußin, bereits 92 Jahre zählend. Zuvor hatten wir nur Brief- und Telefonkontakt. Das Bindeglied zwischen uns waren zwei Männer: Rudi Madeya und Gerhard Eichler (beide zu der Zeit bereits verstorben). Sie waren in Ostpreußen Lehrerkollegen und hatten sich auch nach dem Krieg nicht aus den Augen verloren. Rudolf Madeya war von 1979 bis 1990 Kreisvertreter der Lötzener. Gerhard Eichler war der Vater von Dieter Eichler, mein zweiter Ehemann.

Hier nun in Berlin überrumpelte mich Gisela Madeya mit dem Satz: „Sie werden die Nachfolgerin von Paul Trinker!"

Zurück in Hamburg, vernahm ich vom Band die freundliche Stimme von Paul Trinker: „Kommen Sie doch mal nach Neumünster. Es gibt hier viel Interessantes zu sehen." Mein Mann warnte mich: „Fahre nicht. Das ist gefährlich." Doch ich fuhr hin.

Paul Trinker wollte, mit bald 80 Jahren, die Betreuung dieser Lötzener Einrichtung in jüngere Hände legen.

Im August 2006, im Rahmen des 33. Heimattreffens der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster, wurde ich in den Erweiterten Vorstand als Beisitzerin gewählt und löste Paul Trinker nach mehrmonatiger Einarbeitungszeit im März 2007 in seinem Amt als langjähriger Archivbetreuer ab.

Auf seinen Rat hin wurde von März bis Oktober 2007 eine regelmäßige Öffnungszeit der Räume der Heimatsammlung eingeführt: jeden ersten Dienstag eines Monats von 10 bis 16 Uhr. Dieses Angebot erwies sich jedoch als wenig besucherfreundlich. Seit März 2009 lautet die regelmäßige Öffnungszeit: jeden dritten Sonnabend des Monats (März bis November) von 10 bis 16 Uhr. Daran schloss sich fünf Jahre lang um 16.15 Uhr ein Veranstaltungsangebot an. Der Beginn der Veranstaltungen wurde dann, aus Rücksicht auf die älteren Besucher, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommen, auf 15.30 Uhr vorverlegt.

Dieser Öffnungs- und Veranstaltungstag, anfangs „Tag der offenen Tür", danach „Der besondere Tag" genannt, ist inzwischen eingeschliffen. Aber es hat mehrere Jahre gedauert, bis die Bewohner der Patenstadt wahrnahmen: Die Heimatsammlung der Lötzener ist kein Treff nur für Mitglieder. Sie ist offen für alle, die Fragen und Interesse an Ostpreußen mitbringen. Und noch immer gibt es – leider – Neumünsteraner, die das Lötzener Museum nicht kennen.

Es hat auch eine lange und mühevolle Zeitspanne kontinuierlicher Zuarbeit gekostet, bis über die Ausstellungs- und Veranstaltungsangebote der Lötzener verlässlich in der regionalen Presse informiert wurde. Heute klappt es mit den Veröffentlichungen im „Holsteinischen Courier", in den „Kieler Nachrichten", im „Wochenanzeiger", im „Treff".

Inzwischen kann sich das Ausstellungs- und Veranstaltungsangebot sehen lassen. Wie bescheiden wurde begonnen: „Die Marienburg früher und heute" oder „Textile Kostbarkeiten aus der Volkskunst Ostpreußens" – aus eigenen Sammlungsbeständen gestaltet. Dann startete 2010 die Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum (OL) in Lüneburg auf diesem Gebiet; die Ausstellung „Die große Flucht 1944/45 in grafischen Bildzeugnissen ostpreußischer Künstler" war die erste Leihausstellung, die aus dem OL nach Neumünster kam.

2011 wurde „Kunst aus unserer Patenstadt Neumünster – Fotokunst von Michael Ermel" gezeigt. Sie war ein Versuch, neue Wege zu gehen. Die Ausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren – Fotografien von Mieczyslaw Wieliczko, Olsztyn (Allenstein)" war die erste Ausstellung, die durch den Kontakt zum Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern nach Neumünster ausgeliehen wurde; sie traf auf großes Besucherinteresse. Mit den Fachleuten in Ellingen wurde auch die Tafelausstellung „400 Jahre Stadt Lötzen" erarbeitet, die unter dem Titel „Lötzen – die Perle Masurens" 2012 gleichzeitig in Neumünster und in Lötzen präsentiert werden konnte. *Ute Eichler*

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 48 bis Mittwoch, 15. November zu.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Kreistagssitzung

Die 5. Sitzung des 8. Kreistages fand am 16. September vor Beginn des Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade statt. Nach Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit wurden die Tagungsordnungspunkte behandelt. Als Erstes wurde Roswitha-Ellen van Dorsten in Anerkennung der langjährigen Arbeit für die Kreisgemeinschaft Mohrungen mit dem Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet. Danach wurde das Jahresergebnis, die Stellungnahme des Kassenprüfers Erwin Kornitzki sowie der Haushaltsplan 2018 vorgestellt und vom stellvertretenden Schatzmeister Erhard Wiedwald erläutert. Das Haushaltsjahr 2016 zeigt ein ausgeglichenes Niveau. Der Schatzmeister und der Vorstand wurden für das Geschäftsjahr 2016 einstimmig entlastet. Die Amtsperiode des 8. Kreistages geht im Herbst 2018 zu Ende, somit wird der nächste 9. Kreistag im nächsten Jahr neu gewählt mit einer Kreis-

Heimatkreistreffen

tags-Verkleinerung der Mitglieder – laut Satzungsänderung in § 9-1 von 15 auf 11.

Im Anschluss an die Kreistagssitzung fand das diesjährige Heimatkreistreffen am 16. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade, statt.

Einige Gäste reisten bereits am Freitag an, so auch einige Mitglieder des Herder-Vereins aus Mohrungen, worüber wir uns sehr gefreut haben. Nach der individuellen Begrüßung unter Heimatfreunden folgten zunächst gute Gespräche und die Möglichkeit, ostpreußische Spezialitäten zu erwerben, unter anderem die von unserem Landsmann Erwin Kornitzki angefertigten Plakate in verschiedenen Größen, mit der Mohrunger Kreiskarte, in der jetzt 22 Kirchspiele bebildert wurden. Dazu sind alle Orte ausgezeichnet, die zu jedem Kirchspiel gehörten. Desweiteren eine Tafel mit den Gründungsdaten der einzelnen Ortschaften. Weiter wurde eine Aufzeichnung der Geschichte von Johann Gottfried Herder dokumentiert. Am Abend folgte ein gemütliches Beisammensein.

Am Sonntag, 17. September wurden am Agnes-Miegel-Denkmal Blumen niedergelegt. Danach folgte die Feierstunde mit dem Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder." Die Kreisvertreterin begrüßte die Teilnehmer des Heimatkreistreffens. Frau Wölk, stellvertretende Vorsitzende, überbrachte das Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Es folgten Grußworte der Ehrengäste. Pastor Horst Demsky sprach das geistliche Wort. Nach der Totenehrung von Elisabeth Krahn hielt unsere Kulturreferentin Gisela Harder die Festrede über das „500-jährige Reformationsjubiläum Luthers" aus ostpreußischer Sicht. Eine große Überraschung war der Auftritt einer „Kinder-Tanzgruppe" aus Haste, die die Teilnehmer sehr erfreuten. Nach den Schlussworten der 1. Vorsitzenden wurde die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Ein letzter Blick auf die Mohrunger zeigte, dass sich zirka 60 Besucher in Bad Nenndorf getroffen hatten.

Zufrieden über die guten Ergebnisse der Sitzung und Dank an die Organisation und in der Hoffnung auf ein gesundes Treffen am 15. und 16. September 2018 wieder in Bad Nenndorf grüße ich Sie in heimatlicher Verbundenheit.

Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin

Über Denkmäler aus Sprache

Jetzt neu – Grundlegendes Lehrbuch zum Prußischen

Die Erforschung des Prußischen, der Sprache der autochthonen baltischen Bevölkerung Preußens, war lange Zeit eine Domäne der deutschsprachigen Forschung. Darum verdient gemacht haben sich hervorragende deutsche Gelehrte wie Johann Severin Vater, Georg Heinrich Ferdinand Nesselmann, Reinhold Trautmann und Georg Gerullis. Die letzte umfangreiche auf Deutsch erschienene Schrift zum Prußischen war Janis Endzelins Altpreußische Grammatik, die noch 1944 in Riga als Übersetzung der entsprechenden lettischsprachigen Ausgabe veröffentlicht wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird die Forschung zum Prußischen vor allem in Litauen und Russland betrieben, wobei insbesondere die Arbeiten des an der Universität Vilnius wirkenden Baltisten Vytautas Mažiulis und des



Der Autor und Sprachwissenschaftler: Vitautas Rinkevicius Foto: privat

Moskauer Sprachwissenschaftlers Wladimir Toporow zu nennen sind. Vytautas Mažiulis hat nicht nur die Neuedition der altpreußischen Sprachdenkmäler besorgt, sondern auch ein umfangreiches etymologisches Wörterbuch des Altpreußischen zusammengestellt. Ein ähnliches Projekt hatte Toporov verfolgt, von seinem etymologischen Wörterbuch sind allerdings nur die Bände eins bis fünf (bis zum Buchstaben M) veröffentlicht.

Für die Prußistik erfreulich ist, dass diese Forschungstradition jetzt von dem jungen an der Universität Vilnius lehrenden Sprachwissenschaftler Vytautas Rinkevicius fortgesetzt wird. Dieser hat ein grundlegendes Lehrbuch zum Prußischen verfasst, das dank einer Übersetzung von Harald Bichlmeier und Silke Brohm mit leicht geänderter Konzeption nun auch unter dem Titel „Altpreußisch. Geschichte, Dialekte, Grammatik" in deutscher Übersetzung vorliegt. Das Ergebnis ist ein profundes Handbuch des Prußischen, das das Wissen um diese Sprache, vor allem aber um seine historisch fassbaren zwei Dialekte, das Pomesanische und des Samländische, in kompakter Form darbietet. Abgerundet wird das Buch durch einige Lesestücke mit beigegebenen Faksimiles. Das Buch richtet sich nicht nur an Baltisten und Indogermanisten, auch der am Prußischen interessierte Laie wird aus der Lektüre Nutzen ziehen können. *PAZ*



Vytautas Rinkevicius: „Altpreußisch. Geschichte, Dialekte, Grammatik", Baar-Verlag, Zahna Elster 2017, broschiert, 255 Seiten, 48 Euro. Das Buch kann im Handel oder direkt beim Verlag bestellt werden: Baar-Verlag, Raßdorf 21. 06895 Zahna-Elster, Telefon (0349249) 829650, E-Mail: bestellungen @baar-verlag.com, Internet: www.baar-verlag.com.

Buchvorstellung in Berlin

Auch der Autor wird dabei sein, wenn das Buch am 29. November um 19 Uhr in der Litauischen Botschaft in Berlin, Charitéstraße 9, vorgestellt wird. Es wird zudem auch auf Deutsch eine Einführung in die prußische Sprache und ihre Erforschung geben. Um Anmeldung per E-Mail unter ruta.kaminskaite@praktika.urm.lt wird gebeten.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Johanna-Wolff-Schule

In der Ausgabe 43 auf Seite 17 wurde in der Bildunterschrift Annemarie Knopf falsch geschrieben und Elisabeth Müller sowie Heinz Georg Hoffmann wurden gar nicht erwähnt.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Eva Lüders zum 80. Geburtstag

Im schönen Städtchen Preetz feiert Eva Lüders am 9. November im Kreise der Familie ihren 80. Geburtstag. Ein hoher Geburtstag ist auch ein Anlass, einen Blick zurück zu werfen. Wie viele ostpreußische Altersgenossinnen hatte Eva es nicht immer leicht. Bereits im Alter von sechs Jahren musste sie zusammen mit ihrer Mutter den Geburtsort Bruchhof im Kirchspiel Schillen verlassen. Den Vater verlor sie schon vorher durch den Krieg. Die Flucht endete in Schleswig-Holstein, wo ihre Mutter bereits kurz nach der Ankunft starb. Eva setzte die Schulausbildung fort und schloss eine kaufmännische Lehre erfolgreich ab. Mehrere Jahre war sie in der Kieler Filiale der Deutschen Bank tätig. Unterstützt durch ihren Ehemann Wilhelm suchte sie bereits früh den Kontakt zu ihren ostpreußischen Landsleuten. Im Jahr 2000 wurde sie zur Kirchspielvertreterin von Ragnit-Stadt gewählt, das auch damals schon das Mitgliederstärkste Kirchspiel in der Kreisgemeinschaft war.

Diese Aufgabe hat Eva mit viel Einsatz und Herz ausgeführt und viele Heimattreffen organisiert. Von 2007 bis 2015 meisterte sie schwierige Aufgabe der Geschäftsführerin der Kreisgemeinschaft. Zusätzlich begleitet sie Jahr für Jahr Reisen in die Heimat als Reiseleiterin. Heute betreut Eva, wie seit vielen Jahren, immer noch die Heimatstube in Preetz und vertritt die Kreisgemeinschaft erfolgreich bei offiziellen Anlässen der Patengemeinden.



Eva Lüders Bild: privat

Die Freizeit verbringen die Lüders gern in ihrem Ferienhaus in Kalifornien an der Ostsee oder in ihrem wunderbaren Garten. Hier am liebsten an einem Platz, von dem aus sie einen herrlichen Ausblick auf den Preetzer Kirchsee hat.

Die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit wünscht Dir, liebe Eva, Gesundheit und Zufriedenheit sowie viele glückliche Jahre mit Deinem Wilhelm. Wir haben Dir viel zu verdanken! *Winfried Knocks*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonnabend, 11. November, 14 Uhr, Pfarrscheune in Hainstadt: Gänsebraten-Essen (mit Anmeldung!). Eine Dia-Schau über die letzten Veranstaltungen der Kreisgruppe sowie eine Tombola füllen das weitere Programm aus.

Ludwigsburg – Dienstag, 21. November, 15 Uhr, „Krauthof", Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Stuttgart – Mittwoch, 22. November, 18 Uhr, Haus der Heimat, Schloßstraße 92: Treffen der Frauengruppe. Helga Preußler aus Stuttgart spricht über das Thema: „Katharina von Bora – die Lutherin". Informationen: Uta Lüttich, Telefon (0711) 854093.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Am 24. September traf eine Reisegruppe mit 33 Teilnehmern aus Bayern in der mecklenburgischen Luisen-Gedenkstätte im Schloss und Landschaftspark Hohenzieritz ein.

Unter Leitung von Jürgen Danowski kamen die Teilnehmer aus Ansbach, München und Oberstdorf und waren alle Flüchtlinge und Vertriebene aus Ostpreußen, die als Gäste am 22. Landestreffen der Ostpreußen in Schwerin teilgenommen haben.

Nun galt es, den Sterbeort der unvergessenen Königin Preußens zu besuchen, die hier im Alter von 34 Jahren am 19. Juli 1810 verstorben ist.

Die Gedenkstätte wurde unter Trägerschaft der Staatlichen Schlösser und Gärten Mecklenburg-Vorpommerns am 3. Juni 2017 wiedereröffnet mit einem zeitgemäßeren Aussehen. Insbesondere in dem 22 Hektar großen Landschaftspark nach englischem Vorbild wurden zahlreiche Sanierungsarbeiten an Denkmälern, Wegen und Sichtachsen vorgenommen.

Als es wieder zum Reisebus ging, der in Richtung des bayrischen Bundeslandes startete, gingen viele Grüße an die Heimat mit. „Wir wissen nicht genau, wann wir wieder in Ostpreußen sind", hieß es da von Dr. Danowski.

So ist es halt, das Land der dunklen Wälder ist die Heimat geblieben. *Hans-Joachim Nehring*

Altmühlfranken – Freitag, 24. November, 19 Uhr, Saal, Hotel Gasthof „Krone", Gunzenhausen: Heimatliches Essen „Königsberger Klopse", anschließend Reisebericht aus Pommern, Ost- und Westpreußen mit Bildern.

Ansbach – Sonnabend, 18. November, 14.30 Uhr, Waldfriedhof: Gedenken zum Volkstrauertag. Ab 15.30 Uhr, Orangerie: Bericht von unserer Fahrt zum Ostpreußentreffen in Schwerin, anschließend Tilsiter-Käseessen.

Bamberg – Mittwoch, 15. November, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag „Zu Fuß von Köln nach Königsberg".

Hof – Sonnabend 11. November, 13 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof Martinstag-Heimatnachmittag mit Gansessen.

Landshut – Dienstag, 21. November, 14 Uhr, „Insel": Zusammenkunft.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr



Königsberg – Freitag, 17. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Erntedankfest mit Tombola, Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 12. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Erntedankfest, Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Bremen

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

„Bürgerhaus Mahndorf" – Dienstag, 14. November, 18 Uhr, Mahndorfer Bahnhof 10, nur wenige Schritte von der DB-Haltestelle und der Endhaltestelle der BSAG-Linie 1: Vortragsabend mit Wilko Jäger, Schwanewede „Sommertage in Masuren – Reiseerlebnisse in einem Traumland". Wilko Jäger führt uns beeindruckende Bilder aus dem wunderschönen Ostpreußen vor und lässt uns teilhaben an seiner Begeisterung für diese Kultur- und Naturlandschaft. In der Sprachuntermalung werden wir unter anderem auch der Stimme der bereits seit längerem verstorbenen Susanne Eggers wiederbegegnen, die wir in zahlreichen Literaturabenden erleben durften.

Bremerhaven – Sonntag, 19. November, 11.45 Uhr, Kapelle Geestemünder Friedhof: Gedenkstunde Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Volkstrauertag, anschließend Kranzniederlegung im VDK-Ehrenhain.

Hamburg

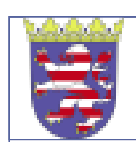
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 18. November, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Christkindlmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Die Landsmannschaften und der Ostpreußenstand sind mit einem Angebot von heimatlichen Spezialitäten vertreten. Für das leibliche Wohl ist auch gesorgt. – Sonnabend, 25. November, 14 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, „New Living Home", Julius-Vosseler-Straße 40: Vorweihnachtliche Feier. Es gibt ein Stück Torte und ein Stück Butterkuchen plus Kaffee satt für neun Euro pro Person. Es erwartet Sie der „Chor-Abendklang" von Frau Berschin. Anmeldung bitte bei Elisabeth Sierich, Telefon (040) 7326861. – Sonntag, 17. Dezember, ab Hamburg ZOB 13:30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76: Besuch des Weihnachtsmarktes. In einmaliger Atmosphäre, mit liebevoll geschmückten Straßen, Kunsthandwerker-Ständen und der Märchenwelt, fasziniert der Weihnachtsmarkt den wir besuchen, immer wieder Jung und Alt. Nach einem weihnachtlichen Kaffeetrinken, mit plattdeutschen Vorlesungen haben Sie im Anschluss Zeit, sich diesen besonderen Weihnachtsmarkt anzuschauen. Die Rückfahrt führt Sie durch das weihnachtlich beleuchtete Hamburg, mit Reiseführer. Preis pro Person: 28 Euro (alles inklusiv). Anmeldung bis 17. November bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041.

FRAUENGRUPPE



Bergedorf – 18. November, 13 Uhr, Hochkreuz, Bergedorfer Friedhof: Kranzniederlegung zum Volkstrauertag, anschließend Café Sternwarte.



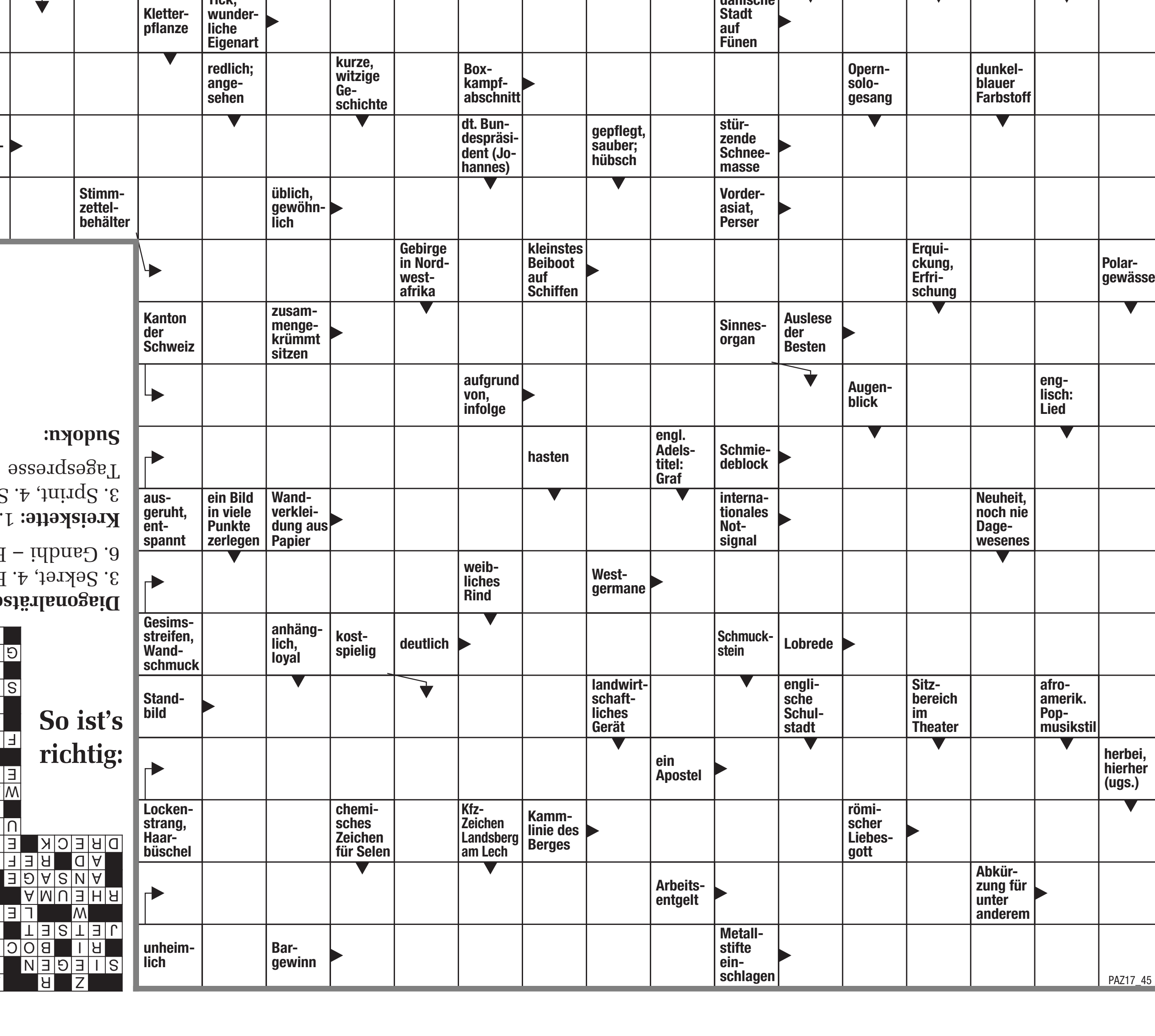
Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt – Sonnabend, 11. November, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Darmstadt-Kranichstein: Monatliches Treffen. Das Thema an diesem Tag „Das

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landesgruppe Bayern: Die Reisegruppe vor dem Luisentempel im Landschaftspark Bild: privat





Sudoku

		8				3		
6		1	9	7	5	8		4
5								9
8				9				7
		3		1		9		
2				3				8
3								2
9		5	3	8	2	7		1
		4				5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

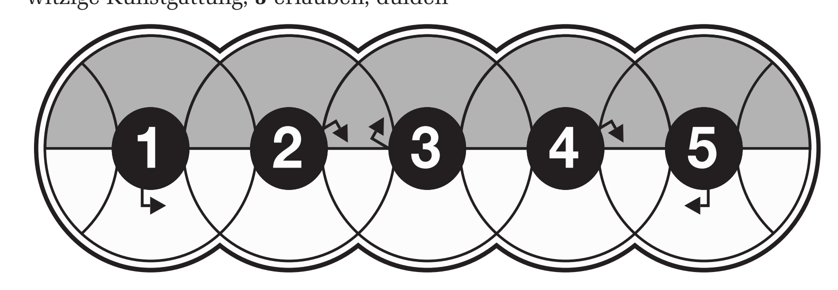
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kleidungsstücke.

1 Beduinenmantel
2 Tagesabschnitt
3 Drüsenabsonderung
4 selbstsüchtiger Mensch
5 spanisch-portug. Prinzentitel
6 indischer Staatsmann

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort aus dem Bereich Zeitungs- und Verlagswesen.

1 in der Musik: gebunden, 2 enge Holztreppe, 3 Kurzstreckenlauf, 4 ironisch-witzige Kunstgattung, 5 erlauben, dulden



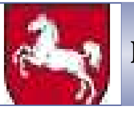
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Leben mit Martin Luther" Markus Sauerwein, Pfarrer der evangelischen Pfarrgemeinde Traisa, wird uns das Wirken von Martin Luther und das Leben mit ihm vorstellen. Über eine rege Beteiligung an dieser Veranstaltung würden wir uns freuen. Auch Gäste sind immer herzlich willkommen. Allen Kranken wünschen wir eine gute Besserung und eine baldige Genesung.

Wetzlar – Montag, 13. November, 19 Uhr, Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Der Marburger Historiker Dr. Peter Wörster spricht zum Thema „Mitten in Europa – und doch an der Peripherie. Baltische Geschichte im Überblick". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 77055.

Wiesbaden – Dienstag, 14. November, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Die Frauengruppe trifft sich zum Thema „Winterfreuden in der Heimat". – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Land des Rübezahl. Schlesische Impressionen", Bilder-Vortrag von Dieter Schetat. Vor dem Bilder-Vortrag gibt es Kaffee und Kuchen von der Konditorei Gehlhaar. – Sonntag, 19. November, Beginn der Südfriedhof-Gedenkstunde bitte der Presse entnehmen: Volkstrauertag. Für die angeschlossenen Landsmannschaften legt der Bund der Vertriebenen (BdV), Kreisverband Wiesbaden, einen Kranz nieder. – Donnerstag, 23. November, 18 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust", Ostpreußenstraße 46: Festliches Wildessen. Serviert werden verschiedene Wildgerichte mit Klößen und Rotkohl sowie einer Wildsuppe. Für den musikalischen Rahmen sorgt das „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden" mit traditionellen Jagdsignalen.

Wenn Sie an diesem besonderen Stammtisch teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte wegen der Platz- und Essendisposition bis spätestens 16. November bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 an. Teilnahme bitte nur nach Anmeldung! ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

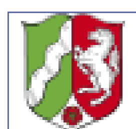


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Sonnabend, 18. November, 10.15 Uhr, Friedhof St. Stephani: Treffen.

Osnabrück – Dienstag, 14. November, 16.30 Uhr, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 17. November, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 18. November, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b: Heimatliteraturkreis.

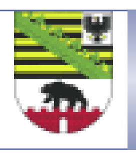
Bonn – Sonntag, 26. November, 15 Uhr, Gedenkstein auf dem Nordfriedhof: Ostdeutsches Totengedenken der im Bonner BdV vereinigten Landsmannschaften – Dienstag, 28. November, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises der LM Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn. Die Frauen treffen sich zu besonderen Themen.

Dortmund – Montag, 20. November, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3, Eingang Märkische Straße: Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Mittwoch, 8. November, 19 Uhr, GHH: „Schlesien" – Liebesgedichte von Barock bis Gegenwart mit Frank Schwablewski und Dr. Jürgen Nelles – Freitag, 10. November, 18 Uhr, GHH: Verleihung des „Andreas-Gryphius-Preises". – Mittwoch, 15. November, 19 Uhr, GHH: tschechischer Dokufilm „Europe-an Arch. Bohuslav Fuchs". – Donnerstag, 16. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Geschichtspolitik in Russland heute – 100 Jahre nach der Oktoberrevolution" Irina Scherbakowa. – Donnerstag, 16. November, 19.30 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen", GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Freitag, 17. November, 18 Uhr, „Lauren's", Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Mittwoch, 22. November, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Die russische Revolution 1914-24 – Leben in der Katastrophe" von Professor Jörg Baberowski. – Dienstag, 28. November, 19 Uhr, GHH: Vortag von Michael Zeller „Der Dichter und der Richter – Ein Fall aus der Praxis des romantischen Dichters E.T.A. Hoffmann".

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag, 19. November, 11 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Feierstunde zum Volkstrauertag.

Witten – Montag, 20. November, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Grützwurstessen mit Beilage und Pillkaller.

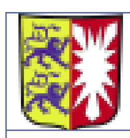


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 24. November, Begegnungsstätte VS Gardelegen: gemütliches Beisammensein.

Magdeburg – Freitag, 10. und 24. November, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Sonntag, 12. November, 14 Uhr, Sportgaststätte „Post", Spielhagenstraße: Volkstrauertag. – Dienstag, 28. November, Immermannstraße 19: Treffen der Stikkerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 14. November um 15 Uhr, „Haus im Stadtpark", Charlotte-Niese-Straße 34: Monatliches Treffen mit einem Lichtbildvortrag vom Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in schleswig-Holstein. Der Pastor im Ruhestand Axel Simanowski aus Bad Schwartau spricht zudem zum Thema „Deutsche Spuren in Südrußland". Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Flensburg – Sonntag, 19. November, 11.30 Uhr, Friedhofskapelle, Am Friedenshügel: Volkstrauertag. – Dienstag, 21. November, 19 Uhr, Restaurant Borgerforeningen: 82. Preußische Tafelrunde, festliches Abendessen mit anschließendem Vortrag von Dr. Olaf Jessen mit dem Thema: „Die Moltkes – Biographie einerFamilie". Rechtzeitige Anmeldungen nur unter Wolfgang Kanstorf, Telefon (0461) 64847, E-Mail: kanstorf@freenet.de. – Sonntag 26. November, 15 Uhr, Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Treffen zum Totensonntag.

Uetersen – Freitag, 10. November, 15 bis 17 Uhr, Haus UetersEnd, Kirchenstraße 7: Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation.

Jetzt erhältlich: Der neue Ostpreußenkalender für 2018

Ostpreußens einzigartige Schönheit hat schon immer bedeutende Maler angelockt. Die Künstlerkolonie in Nidden und die Königsberger Kunstakademie zeugen davon. Ausgewählte Werke solcher Maler, die sich von Ostpreußen faszinieren und inspirieren ließen, sind jährlich in den exklusiven Kalendern des Dortmunder Verlages „type art satz & grafik" zu sehen. Das gilt natürlich auch für 2018. Die farbenfrohen „Ostpreußische Spät-Expressionisten" sind diesmal das Thema. Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann für 22,60 Euro bestellt werden.



Eines der Motive: Franz Domscheit „Dorf im Memelland" Bild: typeart

Zu erhalten ist er bei: der Kalender, „type art satz & grafik", Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de.

1932 gab es 1000 Elche

Jagd und Jäger in Ostpreußen, Teil III

Der niedersächsische leitende Forstdirektor Horst F. Buschalsky (62) ist ein profunder Kenner der einzigartigen Natur Ostpreußens, ihrer Tiere und der dortigen Jagdverhältnisse. Seinen Vortrag anlässlich der Gedenkveranstaltung zur Gründung des Ostpreußischen Jagdmuseums vor 60 Jahren (siehe *PAZ* 43, Seite 19) veröffentlicht die *PAZ* in mehreren Teile. Lesen hier die dritte Folge von „Jagd und Jäger in Ostpreußen – einst und heute".

Aus der pflegenden und hegenden Tätigkeit heraus, verbunden mit praktischem, wissenschaftlich fundiertem Können und Wissen, entwickelte sich über viele Förster- und Jägergenerationen in Ostpreußen das, was an Wildbeständen und Waldbildern seit Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1945 aufgrund des Erfolges weit über die Provinzgrenzen hinaus anerkennend bewundert wurde. Dabei spielen zwei Namen eine große Rolle: das ist der Elchwald und das ist die Rominter Heide. Aber zurück zur Ausgangslage am Ende des 18. Jahrhunderts.

Wenn das Elchwild sich vor der ausbreitenden Landbewirtschaftung in den zurückliegenden Jahrhunderten besser halten konnte als andere Großwildarten, so liegt das nicht daran, dass es von den Wilderern und Jägern weniger geschätzt wurde; aber sein natürlicher Lebensraum war sehr viel schwerer zugänglich und es war als Verzehrer von Weichholz nicht gezwungen, auf offenes Gelände zu wechseln. Weniger vor der Ausbreitung der Landwirtschaft als vielmehr vor den Niederwald- und Moorentwässerungen und dem damit verbundenen Baumartenwechsel wich der Elch zurück. So ist er 1725 noch als Standwild in allen Wäldern östlich der Passarge (diese fließt von Osterode nach Norden bei Frauenburg in das Frische Haff) und westlich in den Waldgebieten um Osterode anzutreffen.

Unter König Friedrich I. (1701 – 1713) werden in der Kaproner Heide vor den Toren Königsbergs in seiner Regierungszeit viele Hundert Elche erlegt, und Friedrich Wilhelm I. lässt dort 1718 40 Stück und 1731 56 Stück zur Strecke bringen. Auch 1780 ist das Elchwild in seinem Verbreitungsgebiet von 1725 noch Stand- oder Wechselwild. In der Folge geht es aber rasch abwärts. In den Jahren 1790 bis 1800 verschwindet der Elch im Westen ganz. 1840 fällt der letzte masurische Elch, 1842 der letzte in Preußisch Eylau. 1852 sind die letzten Reste zwischen Angerburg und Goldap verschwunden, eben nicht nur, weil er scharf bejagt wurde, sondern vornehmlich als Folge der Umwandlung der bis dahin vorkommenden Moore in Wiesen und der Nieder- und Bruchwälder in Wirtschaftswälder mit entsprechendem Baumartenwechsel.

In der zusätzlichen Folge von Siebenjährigem Krieg, der napoleonischen Besetzung und der Revolution 1848 schrumpft der Elchbestand von 500 bis 600 Stück Mitte des 18. Jahrhunderts auf nicht mehr als elf nach einer Zählung von 1849. Von diesem niedrigsten Bestand erholte sich das Elchwild durch Schonung und Schutz bis auf 300 Stück im Jahre 1886. Zur Jahrhundertwende 1900 gab es bereits 390 und 1905 bereits wieder 700 Elche. Bis zum Ersten Weltkrieg stieg die Zahl auf 800 an, um dann durch Kriegseinwirkung und Wilderei nach 1918 wieder auf 230 zurück zu gehen.



Der bekannte Jagdmaler Dieter Schiele zeichnete diesen kapitalen Elchbullen. Bis zu 800 Kilogramm bringen die Tiere bei einer Schulterhöhe von 2,30 Meter auf die Waage Bild: Schiele

Der Vorsitzende der ostpreußischen Jägerschaft, Manfred von Kobylinski, regte in den 1920er Jahren ein Elchhegeprogramm an. Forstleute aus der Elchniederung schlossen sich dieser Forderung an. Die sozialdemokratische Regierung in Ostpreußen unter Ministerpräsident Otto Braun, der ein begeisterter Jäger war, erließ für das Elchwild zwischen 1920 und 1925 Schonverordnungen. Eine von Forstmeister Schirmacher, Oberförster in Nemonien, durchgeführte Zählung ergab einen Elchbestand von weniger als 200 Stück, worauf der Oberpräsident eine dreijährige Schonung verfügte. So stieg der Wildbestand bis 1925 wieder auf 500 Stück an. Danach wurde in größeren Waldgebieten wieder eine moderate Bejagung zugelassen, weil die auch den Verbiss- und Schälschaden zu tragen hatten. So erhöhte sich der Bestand bis 1932 auf rund 1000 Stück und darüber hinaus auf 1500 Stück. Damit war der Elchbestand in der ostpreußischen Elchniederung gesichert. Ansonsten gab es in Deutschland keine Elche mehr.

So fällt der Höhepunkt der Elchhege in die letzten 25 Jahre von 1920 bis 1945. Danach beendet zugleich das Ende des Zweiten Weltkriegs das wertvolle Werk selbstloser Jäger und Förster.

An einige Namen sei hier erinnert: es sind die Hegemeister Rodenwald (Tawe), Riedel (Inse), Knoefel (Pait), Wallin (Gilge) und die Förster Weber (Kastaunen II), Quednau (Siberien), Schulz (Matzgirren), der Oberförster Meyer (Tawellingken), der Landforstmeister Wrobel, der Elchjägermeister Kramer (Pait) und der Oberförster Orlowski (Tawellingken). Sie und alle Ungenannten haben sich um den Erhalt des Elchwildes in Ostpreußen äußerst verdient gemacht. Das kann man allerdings nicht vom letzten Jagdherrn im Elchwald sagen. Der so genannte „Reichsjägermeister" Göring und seine Jagdgäste, betrieben die Jagd auf kapitale Elchschaufler ungezügelt und maßlos. Die Nutzung der Elchschaufler war nicht mehr nachhaltig. Viele Hirsche wurden zu früh gestreckt; der zahlenmäßige Elchbestand konnte dadurch aber nicht mehr negativ beeinflusst werden. Aber qualitativ wurde dem Elchwild Schaden zugefügt. Besonders begehrt waren die kapitalen Schaufler, von denen es aber zu wenige gab, so dass viele Elche viel zu jung gar nicht die obere Altersklasse erreichten.

1945 war das alles zu Ende. Der Elchbestand wurde wie immer nach Kriegen und menschlichen Katastrophen zusammengeschossen. Direkt nach dem Krieg wurde der Elchbestand von russischen Soldaten ausgerottet. Seit Ende der 1950er Jahre sind aus Litauen wieder Elche in den Elchwald zugewandert. Ferner wurden in den 1960er Jahren aus Weißrussland und dem Moskauer Gebiet Elche wiedereingebürgert. Am Ende dieses Jahrzehnts sollen wieder 500 Elche vorhanden gewesen sein, so dass seit 1969 auch wieder gejagt werden durfte. In den Folgejahren vermehrte sich das Elchwild bis in die 1980er Jahre sehr stark auf 1800 Stück. 2005 wird ein Bestand von 1300 Stück angegeben und ein jährlicher Abschuss von 200 bis 250 Stück.

Der Forstprofessor Horst Kramer aus Göttingen, Sohn vom letzten Elchjägermeister Hans Kramer, schildert die heutige Situation in Nordostpreußen in der vierten erweiterten Auflage 2006 des Buches seines Vaters „Elchwald – einst und heute" wie folgt:

„Der heutige Zustand des Elchwaldes, seiner Landschaft, seiner Wälder und seines Wildbestandes muss nicht nur den Forstmann sehr betrüben. Eine jahrzehntelange Aufbauarbeit einer naturgerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Forstwirtschaft, verbunden mit einem die Belange des Waldbaus berücksichtigenden, weltweit bekannten Jagdbetrieb, ist vernichtet worden. Der Besucher des Elchwaldes und seiner Umgebung ist nach wie vor bestürzt über die Situation der Dörfer und der Land- und Forstwirtschaft. ... Während bis vor Kurzem alle Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit beseitigt wurden, lässt man sie heute nicht nur in Königsberg wiederaufleben. Im Elchwald wurde neben der Renovierung und Unterhaltung einiger alter Forstgehöfte vor allem die Instandsetzung der Gebäude von Pait (ein ehemaliges kaiserliches Jagdhaus) zügig in Angriff genommen und zum Teil bereits abgeschlossen."

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe mehr über das ostpreußische Leibrevier Kaiser Wilhelms II

Buntes Narrenschiff

Zu: Bundestagswahl 2017: Die Kollektivschuld (Nr. 39)

Der Ausgang der Bundestagswahl könnte nicht, sondern wird wohl nach Meinung von Eva Herman zum Untergang der Bevölkerung führen. Harter Tobak und kein Hoffnungsschimmer?

Wir heute lebenden Bürger wurden vom Kindergarten, über die Schule und Ausbildung bis in die Universitäten über viele Jahre mit Rundfunk und dem aufgekommenen Fernseher optimal verbildet. Liedermacher wie Reinhard Mey mit seinen Texten über den Zustand in der Republik, über die Verseuchung der Meere und mit Liedern wie: Sei wachsam, der Verstand breitet sich aus in der Bundesrepublik Deutschland und das Narrenschiff, weisen schon länger auf den Zustand in unserem Land hin.

Da die Demokratie von der Änderung lebt, wird sich die Bundesrepublik nicht ausschließen können.

W. Granatowski, Wieda/Harz



Frische Brise von Steuerbord: Auch politisch segelt so mancher nach der Bundestagswahl voll im Wind Bild: pa

Guter Hafen für Segler

Zu: „Die AfD muss weg, egal, wie" (Nr. 41)

Die Geschichte mit der etwas zurückgebliebenen Nachbarin wiederholt sich täglich tausendfach. Auch ich hatte mit einer Lehrerin, der Frau eines verstorbenen Segelfreundes, das gleiche Thema. Mit linker, überschwänglicher Philanthropie und einem kompletten Überblick über ihr Krankheitsbild hat sie sich aus dem Kreis ihrer Segelfreundinnen hinauskatapultiert.

Ich bin Techniker und habe mit einer anspruchsvollen Rhetorik so meine Probleme. Ich habe aber in meinem Leben gelernt, wie man sich Gehhilfen schaffen kann. Nicht jeder Akademiker verfügt über eine besondere Bodenhaftung und kann abstrahieren.

Alle Altparteien, die gegen die AfD wettern, vergessen eines: Diese Partei ist ihr eigenes Produkt. Ich habe eine „Bibel" zum Nachschlagen für alle *PAZ*-Leser gefunden, denen auch nicht immer eine gewisse Artikulation gelingt. Es ist das neu erschienene Buch „Heimatlos" von Ulrich Greiner, der von links außen zum Rechts-Konservativen mutiert ist. Mit einem erstaunlichen Hintergrundwissen bietet er jedem Leser Argumente, die einem das Herz leichter werden lassen.

Ich freue mich, dass meine Zeitung unter anderem von Autoren wie Eva Herman mitgestaltet wird. Alle Rechtschaffenen müssen sich aber darüber im Klaren sein, dass Dummheit gefährlich ist und jeder stark Linksbelastete bereit ist, für seine Überzeugung die Demokratie über Bord zu werfen. Siehe AfD.

Für mich als Segler ist die *PAZ* ein sehr schöner, politischer Hafen.

Peter Karstens, Eckernförde

Ein deutsches Angst-Syndrom

Zu: Bundestagswahl 2017: Die Kollektivschuld (Nr. 39)

Selbst einem gestandenem Realisten, der ja sehr viel mehr aushalten muss als Schönfärber oder Ideologen, ist es schwer, Eva Hermans bündigen Schluss der Analyse des Wahlergebnisses zu akzeptieren. Er sieht aber ein, er muss.

Eines jedoch, und nichts Geringes, ist zu ergänzen. Wissentliche Benutzung unangebrachter Schlagworte, darunter „die Keule" und das ganze Konzept erbitterter Verteufelung, haben erschreckend Erfolg gehabt. Nicht nur die Behinderung des Wahlkampfs mit allen Mitteln der Straße, nicht nur die eklatante Ungleichbehandlung durch die Medien hat das Abschneiden der AfD beeinträchtigt. Der größte Erfolg der sich als Mafia gebenden Etablierten lag darin, dass es, wie kalkuliert, gelungen ist, der AfD den Geruch sittlicher Schlechtigkeit, des Unmoralischen anzuhängen.

Ich kann bezeugen, dass viele dauerhafte Anhänger der AfD in der entscheidenden Sekunde nicht AfD gewählt haben, weil sie plötzlich die Angst überfiel, womöglich ein schlechter Mensch zu sein. Darin kommt das jahrhundertealte selbstquälerische deutsche Syndrom zum Ausdruck, das schon im Konstanzer Konzil zutage trat, dem Ausland hinreichend bekannt und Mittel der Benutzung. Luther war nur in Deutschland möglich. Für die Überschrift des Artikels ist gesondert zu gratulieren.

Gudrun Schlüter, Münster

Sonne der Freiheit

Zu: Nur das Volk darf das Grundgesetz abschaffen (Nr. 42)

Das Grundgesetz ist allemal den Direktiven aus Brüssel vorzuziehen. Der Fehlschluss ist nur, dass es sich deswegen um eine volksnahe Verfassung handelt. Das Grundgesetz wurde den Deutschen in der Besatzungszeit praktisch diktiert, ihm fehlt die Legitimation einer wenigstens nachträglichen Bestätigung per Volksabstimmung. Selbst in diesem Fall: Wirkliche Demokratie setzt die tatsächliche Souveränität des Volkes als oberste Instanz voraus.

Doch gilt das Grundgesetz nur insoweit, als ihm nicht das übergeordnete Siegerrecht der Besatzungszeit, bestätigt auch durch nachfolgende Verträge, entgegensteht: Nicht das Staatsvolk, sondern de facto die Siegermächte sind der Souverän. Nicht erst seit dem Maastrichter Vertrag 1992 steht die Bundesrepublik unter fremder Kuratel. Seit ihrer Existenz hat sie nie aufgehört, unter Aufsicht der Siegermächte von 1945 zu stehen.

Die Bundesrepublik der Adenauer-Ära hat noch mit einigem Erfolg für mehr Souveränität gekämpft, danach ging es nur noch wirtschaftlich bergauf, ansonsten bergab. So war die Vereinigung von 1990 keine innerdeutsche Angelegenheit, sondern geschah unter dem Vorsitz und mit Genehmigung der Siegermächte. Im Kleingedruckten des Zwei-plus-Vier-Vertrages von 1990 gelten die Sonderrechte, die „Vorbehalte" der Besatzungszeit im Wesentlichen fort. Wenig danach ist nun die Europäische Union als dem Grundgesetz übergeordnete Instanz hinzugekommen.

Klartext wäre es zu sagen, dass es hinter der demokratischen Fassade darum geht, Deutschland möglichst klein und unter Kontrolle zu halten, auch um sich an ihm maximal zu bereichern, wie es einmal mehr in der deutschen Haftung für nichtdeutsche Banken- und Staatsschulden zum Ausdruck kommt. In diesem Zusammenhang ist das Grundgesetz, wenn nicht ein Vehikel, so doch kein ernstes Hindernis zur Abschaffung der Staats- und Volkssouveränität.

Dies wird auch durch entsprechende Rechtsprechung der als Bundesverfassungsgericht bezeichneten Institution bestätigt. Es geht nicht um die Verteidigung des Grundgesetzes, sondern um seine Ersetzung durch eine unzweifelhaft souveräne Verfassung – was ja nicht ausschließt, dass viele Bestandteile des jetzigen Ersatzes übernommen werden.

Bis dahin bleibt es bei der Tatsache, dass die letzte freie deutsche Verfassung die der Weimarer Nationalversammlung von 1919 ist. Und es bleibt solange dabei, dass die Bundesrepublik nur eine Art halbsouveränes Gebilde ist, welches sich nur schlecht gegen seine Abschaffung wehren kann, wenn es überhaupt noch den Willen zur Selbstbehauptung hat.

Dieser Wille ist in nennenswertem Umfang allein noch in den neuen Bundesländern vorhanden, auch Österreich ist eine Ermutigung. Die Sonne der Freiheit ist kräftig aufgestiegen zwischen Adria und Ostsee. Wann bei uns?

Rudolf Kraffzick, Rhens

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Eine Kuppe weniger

Der Erste Weltkrieg in den Dolomiten – Für den Stellungskampf durchlöcherte man die Berge

Vor 100 Jahren war der Gebirgskrieg zwischen Österreichern und Italienern am Höhepunkt angelangt. Besonders hart gefochten wurde in den Dolomiten, wo man sich in Tunnelsystemen verschanzte. Am Berg Lagazuoi bei Cortina d'Ampezzo lassen sich solche Stollen aus Kriegszeiten noch heute erwandern.

Von irgendwoher ertönt der schrille Pfiff eines Murmeltiers. Gefahr für seine Familie ist heute aber nicht im Verzug. Die Bergwanderer kommen in friedlicher Absicht, um jenen steilen Weg der österreichischen Kaiserjäger zu erklimmen, die vor 100 Jahren in kriegerischer Absicht zum Kleinen Lagazuoi stiegen.

Damals verlief die Kriegsfront am Berg entlang. Vom 2770 Meter hohen Gipfel konnten die Kaiserjäger, das Gebirgsregiment der k.u.k.-Monarchie, verhindern, dass die verfeindeten Alpini, die italienischen Gebirgsjäger, über den zu Fuße des Berges liegenden Falzaregopass nach Norden vorstoßen konnten.

Mit leichtem Gepäck ist der Anstieg auf dem Kaiserjägersteig am Lagazuoi schon anstrengend genug. Man stelle sich nur die Soldaten vor, die hier schwere Maschinengewehre, tonnenweise Sprengpulver und Bohrgeräte hinaufschleppen mussten. Auf halber Höhe haben sie außerdem eine Hängebrücke über einen schwindelerregenden Abgrund errichtet, hinter der heute noch die Reste eines Schützengrabens zu besichtigen sind.





Kriegsstollen am Lagazuoi (o.). Unten: Ein MG-Nest an der Felswand im Tunnel Bilder: tws

Über einen mit Stahlseilen gesicherten Klettersteig geht es weiter hoch zum Gipfel. Eine abgefeuerte Granate ist hier am Gipfelkreuz als mahnende Erinnerung an den Krieg angebracht. Solche Hinterlassenschaften gibt es noch viele auf dem Lagazuoi. Guido Pompanin hat sie gesammelt und sie oben in seiner Berghütte, dem Rifugio Lagazuoi, ausgestellt: rostige Munition, zerplatze Metallhülsen und Granatsplitter. Eine alte Fotografie zeigt Guidos Großvater in Habsburger Uniform.

Damals, so erzählt Guido auf Deutsch – der hier geläufige romanische Dialekt Ladinisch ist eigentlich seine Muttersprache –, habe der Großvater von Cortina aus Versorgungsgänge für die Kaiserjäger unternommen. Es trieb ihn in Gewissenskonflikte. Denn viele Freunde und Nachbarn aus Cortina kämpften auf der anderen, der italienischen Seite.

In den Dolomiten war das aufgrund der dörflichen Zusammensetzung nicht ungewöhnlich. Luis Trenker, der aus dem benachbarten Grödner Tal stammte, thematisierte diese Kriegsschicksale 1931 in seinem Film „Berge in Flammen", der in Cortina spielt und in dem der Lagazuoi unter dem Namen Col Alto firmiert.

Unweit von Guidos Rifugio, wo es außer erstklassigem Essen auch die höchstgelegene Fass-Sauna im Freien gibt, könnte man mit der Seilbahn komfortabel zu Tal fahren. In der Wintersaison ist sie aber erst wieder ab dem 20. Dezember in Betrieb. Man würde dann jedoch das labyrinthische Stollensystem verpassen, das die Soldaten hier angelegt haben und das ähnlich wie das Freilicht-Kriegsmuseum „5 Torri" (Fünf Türme) auf der schräg gegenüberliegenden Talseite am Wintersportort Cortina jederzeit begehbar ist. Im Berg sollte jeder aber gut ausgerüstet mit Helmlampe und Führer unterwegs sein.

Denn es ist stockdunkel hier. Um sich gegenseitig vom Berg zu vertreiben, bohrten Österreicher und Italiener kilometerlange Tunnel durch das Massiv. Am Ende platzierten sie Sprengladungen, um die Stellungen des Gegners in die Luft fliegen zu lassen. Dabei veränderten sie das Aussehen des Berges. Eine 30-Tonnen-Mine der Kaiserjäger ließ im Mai 1917 eine 200 Meter breite und 136 Meter lange Wandfläche zu Tal stürzen. Und eine ebenso gewaltige Detonation durch die Alpini sprengte einen Monat später sogar einen Teil der Gebirgskuppe ab.

Soldaten kamen dabei kaum zu Schaden. Die alten Nachbarschaftsbande wirkten, die Menschen warnte sich gegenseitig vor der Gefahr, sodass jeder sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte. Tatsächlich kamen bei den Gebirgskämpfen die Wenigsten durch Kampfhandlungen ums Leben. Der Tod kam durch Kälte, Steinschlag oder Lawinen. Am höchsten Berg der Dolomiten, dem südlich vom Lagazuoi gut sichtbaren Marmolada, kam es im Dezember 1916 zur größten Katastrophe, als eine Lawine zirka 300 Soldaten in den Tod riss.

Gipfelkreuz mit Granate am Lagazuoi Bild: tws

Infolge der für die Österreicher erfolgreichen 12. Isonzoschlacht und der folgenden Piaveschlacht fielen in den Monaten Oktober und November 1917 in den südlichen Alpen trotzdem zehntausende deutsche, österreichische und italienische Soldaten.

Am Lagazuoi kann der Besucher sich einen Eindruck vom Kriegsirrsinn machen, wenn man den zirka einen Kilometer langen Tunnel hinabsteigt, den die Italiener 1917 binnen fünf Monaten vom Tal aus in den Fels nach oben gebohrt haben. Hin und wieder kommt man an Schießscharten in der Felswand vorbei, in denen noch alte Maschinengewehre stehen. Am Ende hielten sich die Feinde im Stellungskrieg ähnlich gegenseitig in Schach wie an der Westfront. Jetzt gehören die Berge wieder den Murmeltieren. Sie pfeifen auf den Krieg. *Harald Tews*

Infos über das Kriegsmuseum Lagazuoi und 5 Torri: www.lagazuoi.it; www.cortinamuseoguerra.it. Rifugio Lagazuoi: www.rifugiolagazuoi.com. Alpine Guide Cortina bietet geführte Bergtouren durch die Tunnel im Lagazuoi an: www.guidecortina.com.

Wie es zu den Feindseligkeiten kam

Bei der Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress von 1814/15 war es ein maßgebliches Ziel des österreichischen Staatskanzlers Clemens von Metternich gewesen, ein österreichisch kontrolliertes Zentraleuropa aus Deutschland und Italien zu schaffen, das die von ihm mit Argwohn beobachteten kontinentalen Flügelmächte Frankreich und Russland vom Vordringen in die Mitte Europas abhalten sollte.

Diese Hegemonie Österreichs in Deutschland wie in Italien führte dazu, dass wie die Einigung Deutschlands durch Preußen auch die Italiens durch Sardinien-Piemont nur gegen österreichischen Widerstand durchgeführt werden konnte. Von den drei sogenannten Unabhängigkeitskriegen von 1848/49, 1859 und 1866 wurden alle gegen Österreich geführt. Insofern bedurfte es schon des diplomatischen Geschicks eines Otto von Bismarck, 1879 ein gemeinsames Defensivbündnis aus Italien, Österreich und Deutschland zu schmieden.

Dieser sogenannte Dreibund war regelmäßig verlängert worden und galt bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch. Italien bestritt jedoch, dass mit dem Kriegsbeginn der Bündnisfall gegeben sei, und nahm für sich volle Handlungsfreiheit in Anspruch.

Wohl alle souveränen Länder handeln eigennützig, aber Italien dürfte das einzige sein, dass dieses Motiv religiös überhöht hat. Sein Regierungschef von 1914 bis 1916, Antonio Salandra, forderte 1914 einen „geheiligten Egoismus für Italien" (sacro egoismo per l'Italia).

Die Mittelmächte hatten das Pech, dass gemäß dem italienischen Irredentismus, dem Panitalianismus, die Gebiete, die noch der „Erlösung" harrten, vor allem in Österreich lagen.

Zudem glaubte Italien, im Habsburgerreich leicht Beute machen zu können. Die Donaumonarchie war, was für Italien mit seiner langen Küste wichtig war, weniger eine See- denn eine Landmacht und Österreichs Landstreitkräfte waren durch die Kämpfe an den beiden bereits vorhandenen Fronten mit Russland und Serbien fast vollständig gebunden.

Trotzdem gelang es Italien nach dessen Kriegserklärung an Österreich 1915 nicht, die Österreicher an der gemeinsamen Grenze zu überrennen. Vielmehr zogen sich die Angegriffenen zu einem Großteil in die Berge zurück, wo sie sich gut verschanzten und teilweise sogar aus dem Deutschen Reich Verstärkung erhielten. Das Ergebnis war ein langanhaltender, verbissener Stellungskrieg im Hochgebirge, ein Novum in der Militärgeschichte. *Manuel Ruoff*

Freude am Teilen

Langer Martinszug – Pilgerwege zum Heiligen Martin nach Tours

Etwa 300000 Pilger laufen jährlich auf Haupt- und Nebenstrecken zum Grab des heiligen Jakobus im nordspanischen Santiago de Compostela. 1987 waren sie die ersten der vom Europarat zertifizierten Kulturstraßen, deren Zahl inzwischen auf 32 gewachsen ist, um Europas kulturelles Erbe hervorzuheben.

Da jede europäische Kulturmarke auch einen touristischen Werbeeffekt erzeugt, verlangte der erfolgreiche Jakobsweg geradezu nach einem Pendant. Mit ausgeschilderten Wegen zum Grab des heiligen Martin besteht dieses inzwischen gleich aus einem ganzen Netz. 2005 wurde die 2500 Kilometer lange „Via Sancti Martini" zur eingetragenen Kulturstraße des Europarates. Als Südroute verbindet sie das ungarische Szombathely, den Geburtsort des Heiligen, mit seiner Grablege im französischen Tours über Slowenien, Kroatien, Italien und orientiert sich an Lebensstationen des umtriebigen Heiligen in Südeuropa.

Seit September 2016 gibt es mit der Mittelroute noch einen zweiten eingetragenen Strang der „Via Sancti Martini". Dieser beginnt ebenfalls in Szombathely und verläuft über Österreich, Deutschland, Luxemburg und Belgien nach Tours. Er verbindet sowohl Kirchen und Klöster unter dem Patronat des Heiligen, als auch ab Worms Orte, an denen er gewirkt hat. Dazu laden überall am Wegesrand „Orte des Teilens" dazu ein, im Sinne des heiligen Martin in schlichter (An-)Teilnahme zu handeln. Eine Nordroute über Erfurt mit seiner Martinikirche und Utrecht mit dem Dom St. Martinus, eine der 14 Martinskathedralen, ist geplant.



Martinsgrab in der Saint-Martin-Basilika vonTours Bild: CF

Auf Initiative des Centre Culturel Européen Saint Martin de Tours gehören auch die Via Caesaraugustana von Saragossa nach Tours, die Via Treverorum von Trier nach Tours und die Via Trajectensis von Utrecht nach Tours – über Amiens, wo die berühmte Mantelteilung stattfand – zum markierten Wegenetz mit jeweils 1100 Kilometern. Damit gibt es „Martinuswege", die durch über zwölf europäische Länder führten.

Bereits kurz nach dem Tod des Heiligen am 8. November 397 wurde sein Grab zum bedeutendsten Wallfahrtsort nach Jerusalem und Rom und später eine Hauptstation auf dem Weg nach Santiago de Compostela. Er ist Schutzpatron Frankreichs und der Slowakei, Landespatron des Burgenlandes in Österreich, Patron der Bistümer Mainz und Rottenburg-Stuttgart, Schutzheiliger für alle möglichen Berufe und Lebenslagen sowie tausendfacher Namensgeber für Kathedralen, Kirchen und Klöster weltweit. Nicht zu vergessen: Martin ist der bei weitem häufigste Nachname in Europa und ein oft gewählter Vorname.

Kult und Brauchtum sind ungebrochen. Vielerorts finden am 11. November Martinsumzüge statt, bei denen Kinder mit Laternen hinter einem Reiter mit rotem Mantel durch die Straßen laufen. Selbst in nicht katholisch geprägten Gebieten wie Berlin hat das Tradition, so etwa ab Dom, Ufa-Fabrik oder Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. *Helga Schnehagen*

Der fünfte Martin

Am Martinstag wurde auf deutschem Boden ein Papst gewählt

Die einzige allgemein anerkannte Papstwahl auf deutschem Boden beendete am Martinstag 1417 das Große Abendländische Schisma. Seit 1378 gab es zwei, seit 1409 gar drei Päpste, die sich als allein rechtmäßigen Amtsinhaber betrachteten. Für Abhilfe sorgte die von 1414 bis 1418 in Konstanz tagende allgemeine Kirchenversammlung. Die Konzilsväter setzten zwei der „Schisma-Päpste" ab. Der dritte trat freiwillig zurück. Am 11. November 1417 stand der neue „Einheitspapst" fest. Er nannte sich nach dem Tagesheiligen Martin V.

Die im Konstanzer Münster zusammengetretene Generalversammlung der Konzilsväter hatte sich auf ein einzigartiges Wahlverfahren geeinigt, das eigentlich zahlreiche Abstimmungsgänge befürchten ließ. Üblicherweise war die Papstwahl das Exklusivrecht der Kardinäle, von denen 23 anwesend waren. Doch um die allgemeine Anerkennung des Abstimmungsergebnisses sicherzustellen, erweiterte die Versammlung die Wählerschaft um je sechs Vertreter der fünf Konzilsnationen: der deutschen, englischen, italienischen, französischen und spanischen. Zum neuen Papst war gewählt, wer sowohl bei den Kardinälen als auch in jeder einzelnen Konzilsnation eine Zweidrittelmehrheit erlangte.

Die Wähler zogen am 8. November ins Kaufhaus am See. Es heißt heute missverständlich „Konzilgebäude", obwohl es das Gebäude des Konklaves, also der Wahlort, war. Beim zweiten Abstimmungsgang verzeichnete Kardinal Oddo Colonna als einziger viele Stimmen aus allen Lagern. Nun vernahmen die Eingeschlossenen das vor dem Konzilgebäude von 200 Sängerknaben angestimmte Lied „Veni creator spiritus – Komm, Schöpfer Geist". Sie waren so ergriffen, dass sie sich schnell auf den neuen Papst einigten. Dafür sorgte das als „Akzess" bezeichnete Hinzutreten von Wählern, die zuvor anders abgestimmt hatten, zur Partei Colonnas.



Sorgte für die Kircheneinheit: Martin V. Bild: Südverlag

Der bei seiner Wahl knapp 50 Jahre alte Papst Martin V. entstammte einer römischen Adelsfamilie. Als Kardinal belegte er 1411 Jan Hus wegen der Verbreitung von „Irrlehren" mit dem Kirchenbann. Um sich zu verteidigen, erschien Hus auf dem Konstanzer Konzil. Die Konzilsväter verurteilten ihn 1415 zum Tod auf dem Scheiterhaufen. Martin verließ Konstanz am 16. Mai 1418 und traf zwei Jahre später in Rom ein. Er machte sich um die bauliche Erneuerung der Stadt verdient und sorgte bis zu seinem Tod 1431 für die Wiederherstellung und Festigung der Macht des römischen Papsttums.

Konstanz feiert vom 10. bis 12. November den 600. Jahrestag der Papstwahl. Zum Festprogramm gehören Umzüge und Festgottesdienste, Kurzvorträge und Führungen zu den Schauplätzen der Konzilsereignisse. *Veit-Mario Thiede*

Informationen zum Festprogramm: www.konstanzer-konzil.de. Informationen zum Stadtrundgang „Ein Kardinal und der Sekretär des Papstes geben sich die Ehre": www.konstanz-tourismus.de. Lesetipp: Jürgen Hoerens Taschenbuch über Martin V. ist im Südverlag erschienen und kostet 16 Euro

Wegbereiter für folgende Generationen

Der Begriff „Kriegsenkel“ hat sich mittlerweile fest etabliert. Mehrere Psychotherapeuten und Sozialforscher veröffentlichten Essays und Bücher über die Generation der Kriegsenkel und familiär vererbte Traumata als Folge von Krieg und Vertreibung. Ein weiterführender Beitrag hierzu ist das neue Buch von Joachim Süss mit dem Titel „Die entschlossene Generation. Kriegsenkel verändern Deutschland“. Der 1961 geborene evangelische Theologe, Dozent und Autor aus Erfurt gehört einem kleinen Kreis von Kriegsenkel-Spezialisten an, die sich, wie er es formuliert, die Aufarbeitung des Elends zur Aufgabe gemacht haben, das die NS-Zeit in den Seelen der Nachgeborenen angerichtet hat.

Die Kriegsenkel-Generation wird den geburtenstarken Jahrgängen zwischen 1960 und 1975 zugeordnet, den sogenannten Babyboomern. Längst sitzen die jetzt 40- bis maximal 60-jährigen Menschen an den Schalthebeln der Macht. „Sie prägen unser Land, indem sie ihren Wunsch nach Aussöhnung und Verständigung beharrlich in die Gesellschaft tragen“, ist im Klappentext zu lesen.

Die Eltern der Kriegsenkel gehören zur Generation der Kriegskinder („die vergessene Generation“). Ihr Leid kompensierten sie still durch Härte und eine Überbetonung von Wohlstand und Erfolg. Durch diese Haltung verunsichert, fehle einem nicht geringen Teil ihrer Kinder, den Kriegsenkeln, ein tragfähiges Lebensfundament, so die Auffassung der Forscher. Nicht selten entwickelten sie diffuse Ängste, ein Empfinden von Heimatlosigkeit oder Schuldgefühle. Auch das Thema Kinderlosigkeit betreffe viele Kriegsenkel, erklärt Süß.

Obwohl die Zuordnungen zu bestimmten Jahrgängen unscharf sind, zieht er unter den Nachgeborenen eine Grenze zwischen den sogenannten 68ern, also den Jahrgängen zwischen 1945 und 1960, und den Kriegsenkeln. Die 68er hätten die Gelegenheit gehabt, ihre Väter und Mütter für deren Handlungen oder ihr Mitläufertum zu kritisieren, argumentiert er. Die Kriegsenkel dagegen seien mit den Wirkungen solcher Erfahrungen konfrontiert gewesen. Die Folge: „Ihr Weg führte nicht auf die Straße, sondern nach innen.“

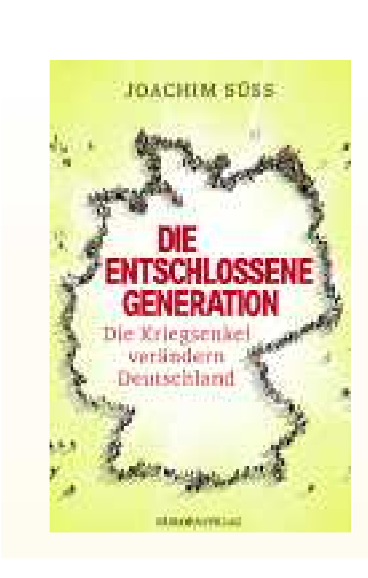
Kriegsenkel als Pioniere

In seine Exkurse über die zeithistorischen Tendenzen der Nachkriegsjahrzehnte bringt Süss persönliche Erinnerungen als Kind einer schlesisch-stämmigen Mutter ein sowie Momente der Bewusstwerdung seiner eigenen Trauma-Geschichte. Selbst ein Kriegsenkel, formuliert er tiefgreifende Erkenntnisse: „Unsere unmittelbaren Vorfahren, die Gesellschaft, in der wir aufwuchsen, sie haben Kräfte des Lebens blockiert, sehr zu unseren Ungunsten, indem sie die Verbindung mit der Vergangenheit austrockneten, jedenfalls jene Teile der Geschichte, die für das Verständnis der eigenen Biografie wichtig gewesen wären.“ Die deutsche Erfahrung im Osten war ein Hauptereignis der deutschen Geschichte. Der Umgang damit sei auf deutscher sowie polnisch/tschechischer Seite unzulänglich gewesen.

Kriegsenkel forschten in ihrer Familiengeschichte, setzten sich mit dem Heimatverlust ihrer Eltern und deren Kriegsvergangenheit auseinander. Einige gründeten Selbsthilfegruppen. Die Gesamtzahl derer, die sich mit dem Thema beschäftigen, liegt nach Schätzungen des Autors im sechsstelligen Bereich. Den Kriegsenkel-Weg, der auch zu den Orten in den Ostgebieten führt, bezeichnet er als „Heldenreise“. Er münde in einen heilsamen Selbsterfahrungsprozess und erbringe Klarheit über die eigene Existenz. Das Konzept der Heldenreise hat die Psychotherapie der Märchen- und Mythenforschung entlehnt. Süss nimmt ausführlich Bezug darauf. Die Heldenreise der Kriegsenkel führe „durch das Dunkle, auch das Böse hindurch“, erklärt er. Am Ende erkennen sie, was im Bereich der eigenen Verantwortung liege und was nicht: „Schuld darf zurückgewiesen werden für Dinge, die man nicht selbst verschuldet hat.“ Er ist überzeugt: Wenn die Kriegsenkel aus dem Traumaschatten hinaustreten, werden sie zu Pionieren für sich und andere, auch zu Wegbereitern für nachfolgende Generationen.

Es lohnt sich, dieses kluge und ungewöhnliche Buch aufmerksam zu lesen.

Dagmar Jestrzemski



***Joachim Süss: „Die entschlossene Generation. Kriegsenkel verändern Deutschland“,** Europa Verlag, Berlin, München, Zürich, Wien 2017, gebunden, 247 Seiten, 18,90 Euro*

Roter Oktober weltweit

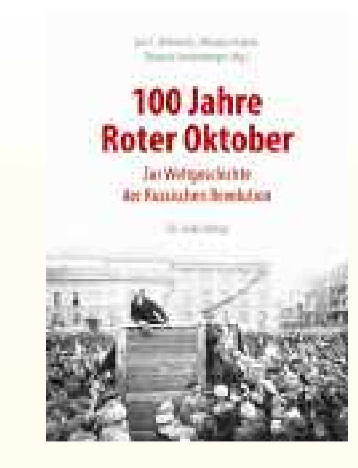
Zweifellos war die Russische Revolution ein Ereignis von Weltbedeutung. Zwar hat der Kommunismus keineswegs das kapitalistische System überwunden, wie die Idealisten von damals glaubten, dennoch hatte der Umsturz Auswirkungen auf alle Länder der Welt, wie die Beiträge in dem Band „100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution“ zeigen.

Die Herausgeber gehen systematisch vor, indem sie ihre Autoren zur Revolution und deren Rezeption in Russland selbst und im Ausland in Zehnjahresschritten zu Wort kommen lassen.

Die Russische Revolution war keineswegs homogen. Sie führte schließlich zum Bürgerkrieg. Lenin befand sich stets in Abgrenzung zum anderen Parteiflügel, den Menschewiki. Der Fokus des vorliegenden Buchs richtet sich nicht auf die Geschichte selbst, sondern es will zeigen, welche Wirkung Lenins Umsturz bis in die Gegenwart entfaltet hat. Dabei wird der Blick auch auf Länder der Dritten Welt in Afrika, Asien und Länder Lateinamerikas gerichtet, in denen Gesandte der Kommunistischen Partei Einfluss nahmen. Die Gegensätze zu Kubas Fidel Castro, der mit dem rebellischen Che Guevara zu kämpfen hatte, werden herausgearbeitet ebenso wie der chinesische Sonderweg. Im 20. Jahrhundert beeinflusst von der Russischen Revolution, ist die Volksrepublik China des 21. Jahrhunderts eine Kombination einer kapitalistischen Wirtschaft und eines kommunistischen Staatswesens, das die Zeit auf dynamische Weise überdauert hat.

Aufgrund der unterschiedlichen Aspekte und Herangehensweise der Autoren aus Deutschland, Russland, Großbritannien, den USA, Polen und Spanien liefert das Buch zahlreiche auch weniger bekannte Informationen und erlaubt einen interessanten Rückblick auf den Roten Oktober, die vergangene Sowjetunion und das heutige Russland seit der Perestrojka.

MRK

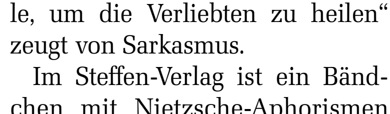


***Jan C. Behrends/ Nikolaus Katzer/Thomas Lindenberger (Hg.): „100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution“,** CH. Links Verlag, Berlin 2017, gebunden, 352 Seiten, 25 Euro*

Kleine Bosheiten für jeden

Kleine Bosheiten würzen den Alltag. Ein Meister darin war der Philosoph Friedrich Nietzsche, der erst posthum als sprachgewaltiger Provokateur, Visionär und Philosoph größere Berühmtheit erlangte.

Der 1844 Geborene wurde schon mit 25 Jahren Professor der klassischen Philologie in Basel. Ein Nerven- und Augenleiden ließ ihn vereinsamen. Zu seinen berühmt-berüchtigten Aphorismen zählt „Die Affen sind zu gutmütig, als dass der Mensch von ihnen abstammen könnte.“ Aber auch der Ausspruch „Mitunter genügt schon eine stärkere Brille, um die Verliebten zu heilen“ zeugt von Sarkasmus.



Im Steffen-Verlag ist ein Bändchen mit Nietzsche-Aphorismen erschienen, welche die vielfach ausgezeichnete Künstlerin Joe Villion auf eine frische, moderne Art illustriert hat. Ein ideales Mitbringsel.

M. Rosenthal-Kappi



***Friedrich Nietzsche/ Illustrationen Joe Villion: „Mit einer Bosheit beginne ich jeden Tag. Aphorismen“,** Steffen-Verlag, Berlin 2017, gebunden, 60 Seiten, 9,95 Euro*

Krimi mit Einsicht in Energiegeschäfte

„Windradmafia“ ist ein Rheinhessen-Krimi der gehobenen Klasse, gut formuliert, informativ und politisch äußerst brisant. Es geht um die Rettung der Welt vor der drohenden „Klimakatastrophe“, aber auch um Einfluss, Geld, Gier und Macht.

Der Autor betont, dass alles fiktiv und inszeniert sei, aber die Bezüge zur Region und zur Wirklichkeit sind geradezu augenfällig,wenn man das hügelige Rheinhessen, in dem die riesigen Windrotoren wie Pilze aus dem Boden schießen und die Landschaft „verspargeln“, betrachtet. Zentrum des grausigen Geschehens ist die Gemeinde Wörrsdorf mit dem Windkraftanlagenbauer Blowi AG. Es beginnt mit einer großen Explosion, bei der das Bürogebäude dem Boden gleich und der ehemalige Firmeninhaber und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende platt gemacht wird. Fast zeitgleich kommt in Mainz ein bekannter und wohlhabender Architekt und Planer unter mysteriösen Umständen ums Leben.

Darum rankt Frieder Zimmermann seine Kriminalgeschichte, sehr realistisch und logisch klug aufgebaut, sodass die Sache zwar immer komplizierter, aber bis zum Ende spannend und nachvollziehbar ist. Eine zentrale zwielichtige Rolle spielt der Bürgermeister von Wörrsdorf und Landtagsabgeordnete Engelhard. Wie akribisch die Polizei die Sache angeht und (fast) aufklärt, wie die Medien mitmachen, welche Rolle das Geld in seiner internationalen Vernetzung spielt, bis zur wohlorganisierten italienischen Mafia wie es dem neuen Besitzer der Blowi AG, einem global agierenden Energiekonzern aus Ludwigshafen, ausschließlich um maximalen Gewinn geht. Naiver religiöser Schöpfungsglaube und brutale Geldgier stoßen frontal aufeinander.

Und all dies wurde von der Politik initiiert und wird vom Staat indirekt gefördert durch eine Glorifizierung und Subventionierung einer Energiequelle wie dem Wind, der besonders über Rheinhessen wenig ergiebig ist und nur maximal ein Viertel der Zeit eines Jahres real Strom produziert.

Wer allein in den Wind investiert, muss sich bewusst werden, dass er dreiviertel des Jahres ohne Strom ist. Für Energiekonzerne eine fantastische Konstellation: Und wer zahlt am Ende die Zeche? Der Verbraucher, wir Steuerzahler ganz alleine. Diese Einsicht allein macht den Krimi so wichtig und empfehlenswert.

Wolfgang Thüne



***Frieder Zimmermann: „Windradmafia“,** Verlag Matthias Ess, Bad Kreuznach 2017, broschiert, 288 Seiten, 12,90 Euro*

Wie Behörden vor Meinungsterror kapitulieren

„Fuchs, du hast die Gans gestohlen“ – dieses altbekannte Kinderlied gehörte bis Februar 2017 zum Repertoire des Glockenspiels im Turm des Rathauses zu Limburg. Dann stieß sich eine militante Vegetarierin an der „Brutalität“ der Aussage des Liedchens und forderte den Limburger Bürgermeister Marius Hahn (SPD) auf, jedwede weitere Abspielung zu unterbinden. Und tatsächlich kam der wackere Kommunalpolitiker dem irrwitzigen Ansinnen auch widerstandslos nach. Selbiger Vorfall inspirierte den *PAZ*-Autor und Philosophen beziehungsweise Politikwissenschaftler Florian Stumfall zu einem Buch namens „Das Limburg-Syndrom“. In diesem listet er noch zahlreiche weitere haarsträubende Beispiele für den Meinungsterror durch Minderheiten sowie das staatliche Einknicken gegenüber den Forderungen diverser Wirrköpfe auf.

Anschließend versucht Stumfall zu erklären, warum Menschen mit derart absonderlichen Idealen und Wünschen wie die Limburger Beschwerdeführerin heutzutage so viel Macht innerhalb der Gesellschaft ausüben können. Dabei verweist er auf mehr oder weniger „unsichtbare Instanzen“, die gezielt dafür sorgen, dass das Irrationale in Politik und Alltagsleben Einzug hält, womit letztlich ein neues Wertesystem entsteht. Das Ganze übrigens unter tatkräftiger Mitwirkung der Medien, welche oft nicht mehr frei, sondern willfährige Helfershelfer dieser Instanzen sind.

Ebenso benennt Stumfall dann auch noch einige wichtige Strippenzieher im Hintergrund, die vom Limburg-Syndrom profitieren und dessen Verbreitung daher nach Kräften fördern: Das sind beispielsweise die Europäische Union mit ihrem Drang nach umfassender Kontrolle und Vereinheitlichung aller Vorgänge auf unserem Kontinent sowie die angelsächsische Finanz- und Politikelite. Letztere, so der Autor, verspreche sich von der zunehmenden Dominanz des Schwachsinns in der Politik sogar die totale Herrschaft über die traditionelle abendländische Welt – getreu dem Motto des einflussreichen US-Geostrategen Thomas Barnett, dass die kontinuierliche Verdummung der Menschheit eine unerlässliche Voraussetzung für jedwede Diktatur mit globaler Reichweite darstelle.

Presseorgane als willfährige Steigbügelhalter

Mithin sind all die lautstark auftretenden Minderheiten hierzulande, welche die absonderlichsten Dinge verlangen und dann auch bekommen, laut Stumfall „nützliche Idioten“. Denn sie demontieren eben nicht nur den althergebrachten und bewährten Wertekanon, sondern agieren zugleich auch als Steigbügelhalter für jene Kräfte, denen es in letzter Instanz um eine neue, wenig menschenfreundliche Weltordnung geht.

Wolfgang Kaufmann

***Florian Stumfall: „Das Limburg-Syndrom. Der Weg des brauchbaren Schwachsinns in die Politik“,** EWK-Verlag, Elsendorf 2017, gebunden, 159 Seiten, 18 Euro*

Korrektur

In der Besprechung des Buchs, **„Salzburger, Ostpreußen“** von George Turner (*PAZ* Nr. 40) hat sich ein Fehler eingeschlichen, wodurch ein falscher Eindruck entsteht. Im ersten Absatz muss es heißen: „Vieles ist **vor** ihm zu summarisch, auch zu euphorisch behandelt worden.“ Das Verdienst der Arbeit von Turner besteht darin, dass er das Phänomen der „Salzburger“ nüchtern und sachlich beschreibt und damit mit manchen romantischen Überlieferungen und Fehlinterpretationen aufräumt. Zudem liefert er mit der Bearbeitung des Themas ein Beispiel für Integration und Identitätswahrung und damit einen Beitrag zu einem höchst aktuellen Thema. In das Jubiläumsjahr der Reformation passt es, weil die Vertreibung der Salzburger ein nicht zu übersehender „Luther-Effekt“ ist.

PAZ



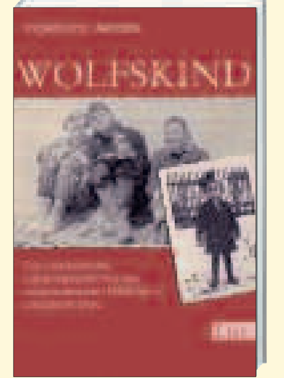
Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
Warum England den Ersten Weltkrieg auslöste und Amerika ihn gewann
Im Sommer 1914 löste eine kleine Gruppe britischer Staatsbürger innerhalb von wenigen Tagen den Ersten Weltkrieg aus. Die Akteure waren Angehörige einer anglo-amerikanischen Geld- und Machtelite. Jahrelang hatten sie dieses Ereignis konsequent und heimlich vorbereitet. Ihr Ziel war es, die aufstrebende Wirtschaftsmacht Deutschland zu vernichten, die ihren globalen Phantasien im Wege stand. Das Deutsche Reich wehrte sich, bis es nach viereinhalb Jahren Kampf aufgeben musste. Dieses Buch schildert, was passierte. Der Autor: Helmut Roewer, geboren 1950, studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Geschichte. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen wurde er Rechtsanwalt und promovierte zum Dr. jur. über ein rechtsgeschichtliches Thema. Später arbeitete er als Beamter im Sicherheitsbereich des Bundesinnenministeriums in Bonn und Berlin, zuletzt als Ministerialrat. Von 1994 bis 2000 war er Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. Heute lebt und arbeitet er als freiberuflicher Schriftsteller in Weimar und Skagen. 364 Seiten
Nr. P A1182 Kartoniert **24,95 €**



Helmut Roewer
Unterwegs zur Weltherrschaft
Band 2: Warum eine anglo-amerikanische Allianz Deutschland zum zweiten Mal angriff und die Rote Armee in Berlin einmarschierte
Der Streit, den die Sieger des Ersten Weltkriegs um die deutsche Beute untereinander nicht beilegen konnten, führte zum Monstrum des Diktats von Versailles. Deutschlands Ruin folgte auf dem Fuße, denn den meisten ehemaligen Feindstaaten ging es lediglich darum, Reparationszahlungen zu erpressen. Die Auseinandersetzungen der Sieger verschärften sich, als amerikanische Finanzfirmen ihre Kredite bei den ehemaligen Verbündeten eintrieben und mit ihren überschüssigen Dollars in Deutschland Geschäfte machen wollten. Mit der mutwillig erzeugten Weltwirtschaftskrise von 1929 verschoben sich die Fronten erneut, denn nunmehr wurden die Industrienationen auf das Niveau von Deutschland herabgedrückt. Als dieses sich nun wider Erwarten als erstes zu erholen schien, kamen die vom Jahrhundertbeginn bekannten Kriegsbefürworter unter den anglo-amerikanischen Eliten erneut zum Zuge. Sie führten ihre Länder konsequent in den Zweiten Weltkrieg. 398 Seiten
Nr. P A1183 Kartoniert **24,95 €**

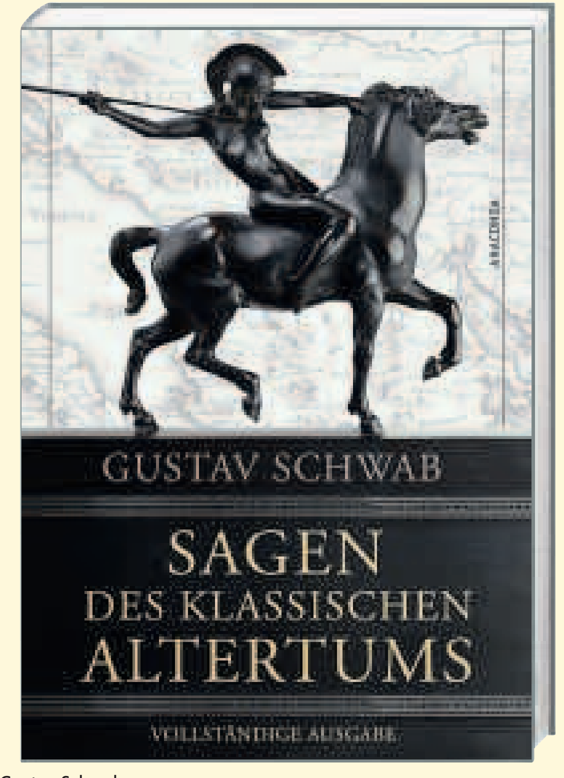


Bernsteinkette mit Lederband
Dekoratives Bernsteincollier mit geschliffenem, verschiedenfarbigem Bernstein, aufgelockert durch echtsilberne Schmuckelemente. (Länge ca. 45 cm)
Nr. P A1177 **89,90 €**



Ingeborg Jacobs
Wolfskind
Die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto. 336 Seiten/TB
Nr. P A0384 **9,99 €**

Ostpreußen 1945. Auf der Flucht vor der Roten Armee verliert die siebenjährige Liesabeth Otto ihre Mutter und Geschwister. Allein irrt sie durch die Wälder und gerät auf der Suche nach Nahrung und Unterkunft ins benachbarte Baltikum. Unter unfassbaren Entbehrungen schlägt sie sich jahrelang durch, stets auf der Hut vor sowjetischen Häschern. Ein erschütterndes Schicksal, zugleich ein Panorama deutsch-sowjetischer Nachkriegsgeschichte, das beispielhaft steht für eine ganze Generation von Kindern, die auf der Flucht von ihren Eltern getrennt wurden und sich monatelang, ja oft jahrelang alleine und ohne ihre Angehörigen durchschlagen mussten.



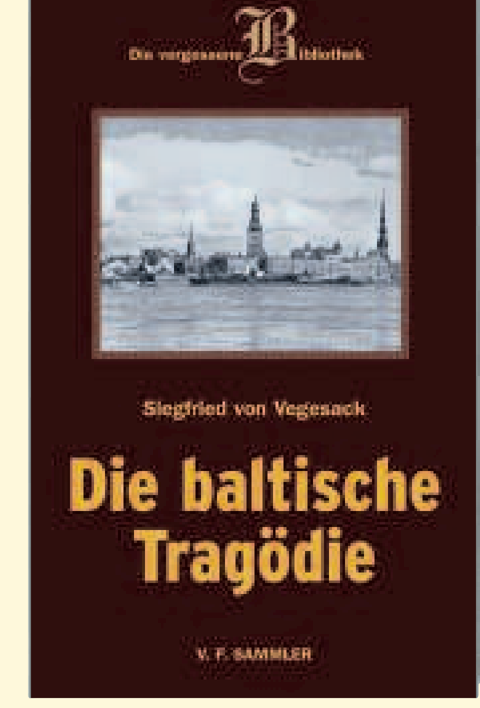
Gustav Schwab
Sagen des klassischen Altertums
Bis heute gilt sie als die maßgebliche Sammlung antiker Mythen in deutscher Sprache – Gustav Schwabs berühmte Nacherzählung der „Sagen des klassischen Altertums". Dank ihrer Lebendigkeit und Detailfülle gehört sie seit Langem ähnlich den Märchen der Brüder Grimm zum Kanon der deutschen Literatur. Hier findet sich der gesamte Mythenschatz der antiken Welt: der Sagenkreis um den Trojanischen Krieg und die Gründung Roms ebenso wie die Argonautensage und die Geschichten von Herakles, Odysseus und Ödipus. Diese vollständige Ausgabe enthält alle drei Bände, die Schwab in den Jahren 1838 bis 1840 herausgab. 960 Seiten
Nr. P A1162 Gebunden **9,95 €**



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 CD **12,95 €**



Christoph von Weitzel (Bariton)/Christoph Ullrich (Klavier)
Winterreise – CD
Franz Schubert vertonte im Jahre 1827 die Gedichte aus der Urania. Die CD enthält die Lieder, gesungen von Christoph von Weitzel und am Klavier begleitet von Christoph Ullrich. Lieder: Gute Nacht; Die Wetterfahne; Gefrorene Tränen; Erstarrung; Der Lindenbaum; Wasserflut; Auf dem Flusse; Rückblick; Irrlicht; Rast; Frühlingstraum; Einsamkeit; Die Post; Der greise Kopf; Die Krähe; Letzte Hoffnung u.v.m. Laufzeit: ca. 74 Minuten.
Nr. P 533184 CD **12,95 €**



Siegfried von Vegesack
Die baltische Tragödie
Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrenschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert. 520 Seiten
Nr. P 9627 Gebunden **19,90 €**



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD **12,90 €**



Aldona von Hüon de Schoye
Frühling, Sommer, Herbst und Winter
Die schönsten Gedichte für das ganze Jahr
304 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1042 **10,00 €**

Wir leben mit dem Lauf der Jahreszeiten: Nach verschneiten Landschaften erfreuen wir uns an blühenden Knospen, sitzen an langen Tagen im strahlenden Sonnenschein, bis uns bunte Wälder zum Spaziergang anlocken, die schon bald wieder unter einer Schneedecke liegen ... Jede Jahreszeit hat ihre ganz besondere Schönheit. Von jeher haben Dichter die wechselnden Stimmungen der Monate in Worte gefasst. Dieser Band versammelt die schönsten Gedichte zu den vier Jahreszeiten, die unseren Lebenslauf stetig begleiten.



Bernsteinanhänger mit Silberschlangenkette
Klassischer Naturbernsteinanhänger in unregelmäßiger Form mit ca. 3,5 cm Länge an einer Silberschlangenkette (ca. 50 cm Länge)
Nr. P A1051 **79,90 €**

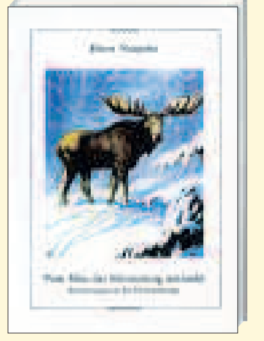


Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2018
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Königsberg, Elchwerder, das alte Rathaus in der Altstadt von Allenstein, Neidenburg, die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Mohrungen, die Ordensburg in Marienburg, Memel, Deutsch Eylau, Osterode, ein Blick über die Altstadt von Danzig, das Kulturhaus und Gericht im Stadtzentrum von Tilsit und das Kurische Haff. Format 60 x 48 cm
Spiralbindung
Nr. P 535681 **27,95 €**



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2018
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Ostpreußische Spät-Expressionisten". Format 50 x 35 cm
Spiralbindung
Nr. P A1167 **22,60 €**

Camilla von Stackelberg
Verwehte Blätter
Erinnerungen aus dem Baltikum
Camilla von Stackelberg erzählt aus ihrem Leben und umspannt dabei die letzten vierzig Jahre deutsch-baltischer Geschichte von der Jahrhundertwende bis zu der Besetzung der eigenständigen Republiken Estland und Lettland durch die Sowjetunion Ende 1939 und der Umsiedlung der Baltendeutschen. In ihren Berichten über ihr wechselvolles Leben, das sie in Riga und Reval führte, und von den harten Zeiten der Flucht, Rückkehr und Vertreibung, entsteht das lebendige Bild einer halb fremden, halb vertrauten Welt. Die Landschaften des Baltikums waren geprägt von einer Mischung der Sphären, in der neben Deutsch auch Russisch gesprochen wurde. Man lebte in dem Gefühl, an den Grenzen des Kontinents zu stehen. Mit Skepsis blickte man auf die westliche Hemisphäre mit ihren Moden und ihrer Politik. Und doch ist fast alles europäisch an dieser Lebensweise: die Badeorte mit ihren Musikpavillons und der Rhythmus der großen und kleineren Feiern, die das gesellschaftliche Leben der Baltendeutschen prägte. „Verwehte Blätter" ist ein spannendes Stück gelebter Geschichte – ein fesselndes geschichtliches Porträt Alt-Livlands, Estlands und der Deutschbalten im vergangenen Jahrhundert. 360 Seiten
Nr. P 533188 Gebunden mit Schutzumschlag **16,95 €**



Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
Erinnerungen an die Elchniederungen
Horst Naujoks, geboren um 1900, hat in diesem Buch Fluchterlebnisse seiner ehemaligen Schülerinnen und Schüler zusammengefasst, teilweise in Briefform. Ein Zeitzeugnis voller Erinnerungen an Orte und Menschen der Elchniederung. 144 Seiten mit S/W- und farbigen Fotos. Mit zum Teil farbigen Fotos.
Nr. P A1181 Kartoniert **7,95 €**



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
im Ermland, Oberland, und Masuren.
Laufzeit: 60 Minuten
DVD
Nr. P A0351 **5,95 €**

Bereits im Jahre 1241 erbaut, liegt sie im südlichen Ostpreußen, in Masuren. Im 13. und 14. Jahrhundert erbauten die Ordensritter auch in den entlegensten Dörfern monumentale Kirchen und Burgen – die Zeugen der Backsteingotik. Eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen, zum Teil aus dem fahrenden Auto, dokumentieren die Einzigartigkeit der ostpreußischen Landschaft. Der Autor, selbst gebürtiger Ostpreuße, vermittelt durch fundiertes Wissen interessante geschichtliche Hintergründe zu den einzelnen Objekten. Durch die Aktualität der Filmaufnahmen, sie alle stammen aus dem Jahr 2010, ist dieser Film nicht nur für Landsleute interessant, sondern für alle, die sich von der Einmaligkeit dieses beeindruckenden Landes überzeugen lassen.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Zweifel an der Macht des Volkes

Hamburg – Eine Mehrheit von 53 Prozent der Deutschen bezweifelt, dass es in Deutschland tatsächlich eine Herrschaft des Volkes (Demokratie) gibt. Dies ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag des „Stern“. Nur 42 Prozent sind der Meinung, dass das Volk wirklich etwas zu sagen hat. Besonders zufrieden äußerten sich Anhänger der Grünen. Das größte Misstrauen hegen demnach die Wähler der AfD. *H.H.*

Gewalt in Hamburgs Stupa

Hamburg – Ein Abgeordneter des CDU-nahen Studentenverbandes RCDS ist während einer Sitzung des Studentenparlaments (Stupa) der Universität Hamburg gewalttätig attackiert worden. Die vier bis fünf mutmaßlichen Linksextremisten, die nicht dem Parlament angehören, flohen nach der Tat. Der RCDS zeigte sich entsetzt über den Vorfall ebenso wie über die Reaktion der Fraktion „Campus-Grün“, welche die Gewalt indirekt gerechtfertigt hat. *H.H.*

ZUR PERSON

Im Kanu mit dem Putschisten

Ob man ausgerechnet mit diesem Herrn in einem Kanu sitzen möchte? **Frank Bainimarana** (63), der Ministerpräsident der Fidschi-Inseln, leitet vom 6. bis 13. November die 23. Weltklimakonferenz der UN in Bonn. Seine Nation im Südpazifik gilt als besonders gefährdet, sollte der Meeresspiegel aufgrund einer Klimaerwärmung ansteigen. „Wir sitzen alle im selben Kanu“, erklärte er jüngst in einem ARD-Interview und verlangte weitere größere Anstrengungen gegen die Erderwärmung.

Wer zu ihm ins kippelige Wassergefährt steigt, sollte sich allerdings klarmachen, dass er es mit einem ziemlich zwielichtigen Staatsmann teilen wird. Bainimarana putschte sich als Militäroberbefehlshaber gleich zweimal in seinem 870 000-Einwohner-Land an die Macht, zum letzten Mal 2007. Seitdem regiert er den Inselstaat und sorgt regelmäßig bei Organisationen wie Amnesty



International für seitenstarke Berichte über Menschenrechtsverletzungen unter Fidschi-Palmen. Er setzte Gerichte unter Druck, zensierte Medien und wies Journalisten aus. Es geht um Folter und eine übergriffige Staatsgewalt. Von einem Klima der Angst ist die Rede.

2014 siegte Bainimarama bei demokratischen Wahlen und erhielt fast 60 Prozent der Stimmen. An der Situation im Land hat sich dennoch wenig geändert, stellte Amnesty International jüngst fest.

Derlei Erkenntnisse dürften im Pathos-gesättigtem Klima der Bonner Konferenz allerdings keine Rolle spielen. Auch um widersprüchliche Fakten zur Erderwärmung werden die 25 000 dort versammelten Weltretter einen Bogen machen. Dafür ist eben kein Platz im Kanu. *Frank Horns*



Erlösende Idee

Stille Verwesung

Wie eine Republik langsam vergammelt, was einen Polizeipräsidenten empört, und wofür ein tapferer Kleriker einsteht / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Oha! Das klingt ernst: „Die zunehmend ungeordnete, zum Teil chaotische und konfliktträchtige Welt hat das sicherheitspolitische Umfeld Deutschlands und Europas dramatisch verändert.“ Denn „die EU-Erweiterung ist weitgehend aufgegeben, weitere Staaten haben die Gemeinschaft verlassen. Europa hat seine globale Wettbewerbsfähigkeit verloren“.

Hätten Sie sich das je vorstellen können? Nein? Müssen Sie auch nicht, jedenfalls noch nicht. Die Zitate stammen aus einer „Strategischen Vorausschau“ der Bundeswehr, die dem „Spiegel“ zugesteckt wurde. In dem vertraulichen Papier vom vergangenen Februar spielen die Militärexperten angeblich erstmals die Trends der näheren Zukunft durch. Das, was Sie eben gelesen haben, ist ein Szenario für das Jahr 2040.

So, so, Deutschlands „Umfeld“, also unsere Nachbarschaft, könnte sich in den kommenden 22 Jahren „dramatisch“ verändern. Das wird dann aber auch Zeit, denn schließlich müssen unsere Partner und Freunde jenseits der Grenzen doch mit uns mithalten. Sollten die Armeen Polens oder der Schweiz ähnliche Studien ausarbeiten, stünde da hinsichtlich Deutschlands vermutlich, dass sich unser Staat „zunehmend ungeordnet, zum Teil chaotisch und konfliktträchtig“ darstelle, da er sich „dramatisch verändert“. Nur dass der Text dort nicht unter der Überschrift „Szenario 2040“ liefe, sondern unter „Lagebeschreibung 2017“.

Wirklich? Na ja, aber das erscheint uns denn doch ein bisschen übertrieben, als ginge unser Staat gerade unter lautem Knall in Rauch auf oder versänke krachend im Chaos. Danach sieht es nicht aus. Wer sich beispielsweise die Entwicklung der deutschen Hauptstadt näher anschaut, wo sich die nationalen Verhältnisse wie unter dem Brennglas verdichten, der bekommt eher den Eindruck, dass die Bundesrepublik in den Zustand der stillen Verwesung übergegangen ist, statt in lärmigem Radau zu verpuffen.

Staat bedeutet in unserem Verständnis vor allem Rechtsstaat. Der Berliner Oberstaatsanwalt Ralph Knispel setzt uns davon in Kenntnis, dass „ein funktionierendes Rechtssystem nicht mehr vorhanden ist“. Wie der Zerfall eines Rechtssystems plastisch aussieht, davon bekamen wir dieser Tage einen pikanten Einblick. Der Bericht eines Lehrers der Polizeiakademie in Berlin-Spandau hat einigen Staub aufgewirbelt: Polizeischüler türkischer und arabischer Herkunft scheinen demnach dabei zu sein, die Trennung zwischen Polizei und Unterwelt nachhaltig zu verwischen (siehe dazu die Kolumne von Eva Herman auf Seite 8. Die Kollegin hat über den Themenkomplex noch einiges mehr zu erzählen).

Ein langjähriger Berliner LKA-Beamter hat in einem Brief an seinen Polizeipräsidenten Klaus Kandt behauptet, dass die Unterwanderung von Verwaltung und Justiz durch Mitglieder polizeibekannter „Großfamilien“ bereits begonnen habe. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis der erste Schuss zwischen „rivalisierenden Ethnien“ in der Polizeiakademie falle, so der Beamte.

> Asyl: Am besten, man ignoriert die deutschen Behörden komplett, dann kommt man ans Ziel

Kandt ist verständlicherweise aufgebracht. Nein, nicht über die beschriebenen Zustände, sondern über die Beschreibung der Zustände, entsetzt sich: „Für mich erschöpft sich dieses Schreiben in haltlosen, diffamierenden, möglicherweise sogar strafrechtlich relevanten Bemerkungen“, empört er sich im Berliner „Tagesspiegel“.

Der Chef der Deutschen Polzeigewerkschaft, Rainer Wendt, findet die Aufnahme der Männer aus den Clans in den Polizeidienst sogar gut. Das sei doch eine Chance zur Integration. Die Polizei als Integrations- und Resozialisierungsanstalt. Das sind in der Tat ganz neue Perspektiven.

In jedem Falle haben die Polizisten die Warnung ihres Präsidenten hoffentlich verstanden: „möglicherweise sogar strafrechtlich relevant“! Also, wer hier noch mal den Schnabel aufmacht, der sollte sich warm anziehen. Merke: Auch ein Staat in Verwesung kann hart durchgreifen – allerdings meist nur gegen diejenigen, die noch an ihn glauben. Am besten fährt derjenige, der den Gammelstaat völlig ignoriert. Was am leichtesten gelingt, wenn man nicht einmal Bürger des Staates ist. Bis zu 520 000 „irregulär aufhältige“ Ausländer stromern in Deutschland herum, schätzt die Bremer Migrationsforscherin Dita Vogel. Also Leute, die das Land eigentlich verlassen müssten. Tun sie aber nicht. Und warum auch: Sie tauchen einfach ab, warten ein Weilchen, und schon wird das Asylverfahren wegen „Nichtbetreibens“ eingestellt. Das kann passieren, weil der Bewerber nicht zur Anhörung kommt, nicht mehr auf Briefe antwortet oder als „unbekannt verzogen“ abgehakt wird.

Wenn die Rückführung über längere Zeit scheitert, bekommen die Antragsteller fast automatisch einen Aufenthaltstitel. Man nennt das in Fachkreisen „aus dem Verfahren herauswachsen“. Da die Verwaltungsgerichte in Asylklagen ersaufen, dürften die „Herauswüchsigen“ bald sprunghaft mehr werden. Die Zahl der Verfahren ist von 69 000 Mitte 2016 auf 320 000 Mitte 2017 angeschwollen. Ein Vorstandsmitglied vom Bund Deutscher Verwaltungsrichter spricht von „Entgleisung“, „Chaos“ und „Überforderung“ in den Gerichten.

Na also, „wir schaffen das“. Und die großen Kirchen schaffen kräftig mit. Der Flüchtlingsbeauftragte der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Hamburgs Erzbischof Stefan Heße, mahnt zur weiteren Aufnahme von „Flüchtlingen“. Die große deutsche Protestantin Katrin Göring-Eckardt, immerhin von 2009 bis 2013 Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), hat ja bereits festgestellt: „Nächstenliebe hat keine Obergrenze!“

Miese Kritiker werfen den Kirchen neuerdings vor, sie machten aus der Asylsucher-Betreuung ein Riesengeschäft. Schließlich bekämen sie dafür ordentlich Geld aus der Staatskasse. Das mit dem Staatsgeld ist zwar richtig. Doch wir wollen deshalb nicht die Aufopferungsbereitschaft unseres Klerus infrage stellen, wenn es um sein „gesellschaftliches Engagement“ geht. Da befasst man sich bei weitem nicht nur mit der Asylfrage, auch der bedrohliche Klimawandel treibt die Kirchen gewaltig um. Dafür fegen sie sogar ihre Gotteshäuser leer. Ja wirklich, so „engagiert“ sind die!

Heinrich Bedford-Strohm, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, beklagt sich im Blättchen „Chrismon“: „Wenn die Kirche zu einem Themenabend einlädt ‚Was kommt nach dem Tod?‘, dann sind die Säle voll. Machen wir eine Veranstaltung zum Klimawandel, kommen deutlich weniger.“

Er hätte auch sagen können: Wenn wir diese klerikalen Nebensächlichkeiten anbieten wie die tief religiöse Frage, was uns nach dem Ableben erwartet, strömen diese Figuren in Scharen herbei. Wollen wir dagegen unsere eigentliche Aufgabe wahrnehmen, sprich, das Parteiprogramm der Grünen unters Volk bringen, hört uns so gut wie keiner zu. Was für eine verrückte Welt! Man könnte glatt verzweifeln.

Aber nicht Heinrich Bedford-Strohm, der lässt sich von tumber Ignoranz und Gegenwind nicht beirren. Denn der ist aus anderem Holz, wie er anlässlich der Schlussveranstaltung des Luther-Jahres stolz bekannte: Man müsse, so der EKD-Ratsvorsitzende, wie der große Reformator vor 500 Jahren mutig für die eigene Meinung einstehen.

Bravo! Das sagt einer, der im Dezember 2016 beim Besuch auf dem Tempelberg zu Jerusalem sein Kreuz abgelegt hat, um Andersgläubige nicht herauszufordern. Die hatten ihn um diese Geste der Unterwerfung gar nicht gebeten, er hatte sich das nur so gedacht.

Ist Bedford-Strohm etwa ein Feigling? Niemals! Hätten sie von ihm verlangt, auf dem Tempelberg den menschengemachten Klimawandel zu leugnen, wäre er ganz bestimmt standhaft geblieben: „Hier stehe ich …!“ Nachgiebig ist man eben nur bei Dingen, die einem sowieso nicht so wichtig sind. Bei den entscheidenden Dogmen weicht der Tapfere dagegen keinen Millimeter zurück.

MEINUNGEN

*Am Beispiel der Forderung nach weiterem **Familiennachzug** für Asylsucher erläutert **Ramin Peymani** in seinem Blog „peymani.de“ (30. Oktober), was eine **Regierungsbeteiligung der Grünen** bedeuten könnte:*

„Mehr als 60 000 unbegleitete Minderjährige leben inzwischen hier. Es ist keineswegs vermessen, nur für diese Zuwanderergruppe von einem Familiennachzug auszugehen, der eine halbe Million erreicht. Mit den Grünen an der Macht werden sich sämtliche Negativentwicklungen der letzten Jahre dramatisch beschleunigen. Wieso aber gestatten wir einer Sekte, die gerade einmal fünf Prozent aller Bürger vertritt, unser Leben so radikal zu verändern? Die Mehrheit will Jamaika – Deutschland muss verrückt sein!“

*Im Portal „Publico“ (5. November) wundert sich **Alexander Wendt**, wie tatenlos die Politik der **Verwahrlosung der deutschen Hauptstadt** zusieht:*

„Es ist faszinierend zu sehen, wie Angela Merkel und ihre Bediensteten über einen Marshallplan für Afrika nachdenken – unter anderem – während die zuständigen staatlichen Stellen nicht einmal kleinste Areale sicherheitstechnisch in den Griff bekommen, die selbst unter Umständen des Berliner Baustellenumfahrungsverkehrs nur 30 Autominuten vom Kanzlerinnenschreibtisch entfernt liegen.“

*In seinem Internet-Tagebuch „Acta Diurna“ (6. November) erforscht **Michael Klonovsky**, was er für die tieferen **Motive** der aktuellen **Zuwanderungspolitik** hält:*

„Die EU verliert an Einfluss und manipulativer Kraft, die Völker sind störrisch – was tun? Man muss sie verdünnen, man muss neue, dumme, alimentierungsbedürftige Wählergruppen importieren, den Zusammenhalt zerstören und zugleich Unsicherheit schaffen, auf dass die Menschen nach Schutz rufen und man zugleich die Zügel der Überwachung, der Zensur und der Kontrolle anziehen kann. Das ergibt doch, aus der Sicht eines amtierenden Eurokraten, durchaus Sinn, oder?“

*Wird sich die **CDU** nach dem Erfolg der AfD wieder stärker um ihre **konservativen Anhänger kümmern**? Nein, vermutet Jan Fleischhauer in „Spiegel Online“ (2. November) und sagt voraus, dass die Christdemokraten sogar noch **weiter nach links rücken** würden:*

„Die offene Frage ist jetzt, ob die Grünen so werden wie die CDU. Oder ob die CDU so wird wie die Grünen. Wenn die Vergangenheit einen Hinweis auf die Zukunft gibt, dann steht jetzt erst einmal die Ökologisierung der CDU an. Die meisten Leute denken, die Lehre aus dem Debakel bei der Bundestagswahl sei ein Rechtsschwenk, um die AfD wieder aus dem Parlament zu vertreiben. In Wahrheit bereiten sich die Christdemokraten unter Angela Merkel darauf vor, noch weiter nach links zu ziehen. Was die Tonlage angeht, sind Grüne und CDU schon nah beieinander. Merkel und Göring-Eckardt verstehen sich blind, wie es heißt.“